PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44 a – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 14.Januar 1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

16.Januar 1975 Jg. 3 Nr. 2 50 Pfennig

Lohnkampf: Das Angebot von Regierung und Metallkapitalisten auf dem Tisch: 5% u. 6%

In den beiden großen Tarifauseinandersetzungen, die gegenwärtig in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst geführt werden, wird die Entscheidung vorbereitet. Schon allein von der Zahl, der in diese Auseinandersetzung einbezogenen Arbeiter und Angestellten, gewinnen diese beiden Tarifauseinandersetzungen Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse. Wie weit können die Kapitalisten und ihr Staat in der gegenwärtigen Lage gehen, welchen Druck können sie auf die Arbeiterklasse ausüben? Wie weit können sie die Lebenslage der Arbeiterklasse verschlechtern? Darum geht es in dieser Tarifauseinandersetzung. Auch die Kapitalistenklasse sieht die Sache so. Und weil es um ihr Klasseninteresse geht und nicht um diesen oder jenen Kapitalisten und diese oder jene Branche, weist sie auch ihrer Gesamtvertretung, dem bürgerlichen Staat, in diesem Lohnkampf eine besondere Bedeutung zu. Er soll im öffentlichen Dienst die Marke setzen, an der sich die ganze Kapitalistenklasse nach unten ausrichten kann und sich die ganze Arbeiterklasse nach unten ausrichten muß. An diesem Punkt hat die Kapitalistenklasse die Lohnabhängigen dem besonderen politischen Beschuß ausgesetzt. Hier will sie es wissen. Hier hofft sie, spalten zu können und auf einen Streich Millionen von Lohnabhängigen demütigen zu können. Das liegt im Sinne aller Kapitalisten. Je weniger im öffentlichen Dienst läuft, um so mehr können sie in anderen Bereichen nachsetzen. Es ist deshalb richtig, die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf den öffentlichen Dienst zu richten, den die Kapitalistenklasse abspalten will, um so die ganze Klasse besser schlagen zu können.

ÖTV- und Metall-Tarifauseinandersetzung Seite 3



«Schon zum Opfer bereit?» höhnt die bürgerliche Presse

"Schon zum Opfer bereit ?"

Unter dieser Überschrift untersucht ein adliger Leitartikler in der Springer-Zeitung 'Die Welt' vom 11.1.1975 die Auswirkungen der Krisensituation auf die westdeutsche Arbeiterklasse.

Wohin die Kapitalistenklasse es in der Krise gern bringen will, das zeigt folgende Geschichte, die der Leitartikler mit großer Begeisterung erzählt:

"Die 220 A-beitnehmer der Strickwa-

"Die 270 Arbeitnehmer der Strickwarenfabrik 'Checkmate Fashions' in Leicester (England), drei Viertel von ihnen weiblichen Geschlechts, haben eine Lohnerhöhung um 10 Prozent abgelehnt. Ihre Begründung: 'Die Sicherheit unserer Arbeitsplätze ist uns wichtiger. Steigen die Löhne, dann sinken die Auftragseingänge. Einer muß doch anfangen, Vernunft walten zu lassen.'"

Wahrscheinlich ist die Geschichte erlogen. So oder so, zeigt sie, welche für sie himmlischen Zustände die Kapitalisten sich durch die Krise und die wachsende Arbeitslosigkeit versprechen. Eine gefügige Arbeiterklasse, die sich freiwillig selber die Haut abzieht, damit die Kapitalisten sie gerben können. Das wäre in der Tat großartig für die Kapitalistenklasse. Befriedigt stellt der bürgerliche Leitartikler fest, daß auch in Westdeutschland sich die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert und daß unter dem wachsenden Druck, Teile der Arbeiterklasse gezwungen sind, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln:

"Bereitschaft zum Verzicht wird auch aus anderen Trendmeldungen erkennbar. Die Gewerkschaften beklagen, daß die Teilnehmerzahl bei Lehrgängen für Betriebsräte und Vertrauensleute merklich gesunken sei. In Hamburg, das mit der Einführung des Bildungsurlaubs dem Bund vorprellte, wird ein Desinteresse der Arbeitnehmer an dieser Errungenschaft vermerkt. Mehr als das; allenthalben werden Urlaube hinausgeschoben, wenn manche Arbeitnehmer nicht gar ihren Anspruch verfallen lassen. Die Krankmeldungen gehen zurück; allein im Bereich der Hamburger Ortskrankenkasse um 9 Prozent, bei den Angestellten hört man sogar von einem Rückzug um mehr als ein Drittel. Aus vielen Unternehmen wird gemeldet, daß trotz Kurzarbeit und Entlassungen die Produktivität (der Herr Leitartikler meint die Produktion) *kaum merklich gesunken sei."*

All dies gefällt dem Aristokraten ganz ausgezeichnet. Das einzige, was ihm nicht gefällt, wenn man solche Erscheinungen aus dem Zwang der kapitalistischen Verhältnisse erklärt:

"Das böse Wort von der 'Gefahr einer Disziplinierung der Arbeitnehmer durch eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen' machte die Runde. Es hat den Rang jener Viertelwahrheiten, deren Gefährlichkeit in ihrer Plausibilität liegen."

Er weiß, sobald die Arbeiterklasse ihre Lage auf die Zwänge einer ganz bestimmten, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zurückführt, der Schritt nicht weit ist, bis zur Sprengung dieser Zwänge zusammen mit den Verhältnissen, die sie hervorbringen. Deshalb erklärt er flugs die ganze Wahrheit, daß die industrielle Reservearmee, daß die Arbeitslosigkeit eine üble Waffe der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse ist, zu einer *"Viertelwahrheit"*. Ganz abstreiten kann er das nicht. Die ganze Wahrheit sieht freilich ganz anders aus nach seiner Ansicht:

"Vielmehr setzt die Erkenntnis sich

"Vielmehr setzt die Erkenntnis sich

wieder durch – die freilich, das ist der viertelwahre Teil der Parole, in fetteren Jahren verlorenzugehen drohte –, daß die Wirtschaft im allgemeinen, daß die Firma im besonderen einem gemeinsamen Boot gleichzusetzen sind und nicht einer Melkkuh, daß alle Beteiligten Verantwortung tragen für ihr Gedeihen."

Bleiben wir bei den Bildern des Freiherrn von Loewenstern. Wer wird gemolken? Die Wirtschaft? Von den Arbeitern? Keineswegs. *"Die Wirtschaft"* bringt rein gar nichts hervor. Wer nichts hervorbringt, kann auch nicht gemolken werden. Allen Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft bringt die Arbeit hervor und diese Arbeit wird geleistet durch die Arbeiterklasse, die diesen gesellschaftlichen Reichtum für die Kapitalisten produzieren muß. Denn die Kapitalisten haben *"die Wirtschaft"*, d. h. die Produktionsmittel, die Fabriken und Maschinen in der Hand. Dafür, daß die Arbeiterklasse den gesellschaftlichen Reichtum für die Kapitalistenklasse produziert, erhält sie in der bürgerlichen Gesellschaft nichts als das, was notwendig ist, damit sie weiter fähig bleibt, den gesellschaftlichen Reichtum in den Händen der Kapitalistenklasse stets zu erneuern und zu vermehren. Auch unabhängig von der Krise wird die Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse *"gemolken"*, um beim ländlichen Bild des Freiherrn zu bleiben. In der Krise ändert sich nur, daß der Kapitalist die Arbeitskraft noch mehr auspressen kann ohne Rücksicht auf ihre Zerstörung, denn es gibt Arbeitskräfte genug. Untersuchen wir das andere Bild des Freiherrn. Es stammt diesmal aus der Seefahrt. Auch dieses Bild ist gefährlich. Vergleicht man *"die Wirtschaft im allgemeinen"*, d. h. die kapitalistische Gesellschaft im besonderen oder vergleicht man die Firma, d. h. die kapitalistische Fabrik mit einem Boot, dann kann es sich bei diesem Boot offensichtlich nicht um ein Ruderboot handeln, in dem der Arbeiter mit seiner Frau gegen Bezahlung einer Miete vielleicht am Sonntag mal auf dem Wannsee rudert. Es kann sich bloß um eine Galeere handeln, in der der Arbeiter durch Ketten an den Ruderplatz gebunden ist, und der Kapitalist von der Kommandobrücke die Peitsche schwingt. Ist Wind vorhanden und hat die Galeere volle Segel gesetzt, dann geht der Druck der Ketten leicht zurück. Läßt der Wind nach, dann verstärkt sich der Druck der Ketten. Egal aber ob Hochkonjunktur herrscht oder Stagnation und Krise, immer ist es die Arbeiterklasse, die an die Ruder gekettet ist, und ist es der Kapitalist, der das Kommando führt.

Das Ganze läuft bloß darauf hinaus, daß in der Krise deutlicher hervortritt, was auch ohne Krise wahr ist: In der kapitalistischen Gesellschaft wird die Arbeiterklasse ausgebeutet durch die Kapitalistenklasse und so lange die kapitalistische Gesellschaft existiert, werden die Ketten höchstens kurzfristig weniger fühlbar, um sich in der Krise umso schwerer be-

sich in der Krise umso schwerer be-

merkbar zu machen.

Diese Tatsache, die "heilsamen" Folgen der Krise für die Arbeiterklasse, besingt der Freiherr in den höchsten Tönen und hofft auch noch, daß er dabei zum Vorsänger der Arbeiterklasse werden könnte. Das Bemerkenswerte bei diesem Versuch ist dabei Zynismus. Und der Freiherr sagt auch gleich, warum er meint, daß er sich diesen Zynismus leisten kann:

"Erst jetzt (wo es Arbeitslosigkeit gibt und der Druck auf die Arbeiterklasse wächst) *darf man wieder die Aussage wagen, daß die Humanität am Arbeitsplatz mit dem Vorhandensein eines solchen anfängt; daß die wichtigste Sozialleistung eine volle Lohntüte ist. Daß derlei Erkenntnisse sich durchsetzen, ist der Kern der Tendenzwende. Die Rückkehr zur Vernunft beginnt am Arbeitsplatz."*

Am Ende kann er sich doch nimmer zurückhalten. Da ist auch ihm die "gefährliche Viertelwahrheit" Wahrheit genug. Endlich kann man sich die Phrasen sparen, jubelt der Leitartikler, endlich kann man wieder sagen, ihr, die Arbeiter, seid Lohnsklaven und nicht mehr. Man kann euch das sagen, denn es gibt zur Zeit genug von euch. Man kann es sich endlich wieder leisten, euch Unverschämtheiten ins Gesicht zu sagen, man kann es sich leisten, euren Lohn als Sozialleistung zu bezeichnen und wenn ihrs nicht schluckt, dann fliegt ihr raus. Goldene Zeiten für die Kapitalisten, goldene Zeiten für ihre Schreiberlinge!

Aber Vorsicht, ihr Leute, ihr habt uns immer wieder gesagt, daß es sowas wie Lohnsklaverei nicht mehr gibt, ihr habt uns gesagt, jeder sei sein eigener Herr und mancher von uns ist auf euer Geschwätz hereingefallen. Jetzt erkennen wir, daß wir tatsächlich nichts sind als Lohnsklaven und daß wir auch nicht anders behandelt werden.

Die erste Bedingung für die Befreiung der Arbeiterklasse ist die Erkenntnis ihrer eigenen Lage als ausgebeutete Klasse. Diese Erkenntnis wächst, auch wenn sich der einzelne Arbeiter den Zwängen der kapitalistischen Verhältnisse beugen muß und die Klasse noch nicht in der Lage ist, diese Zwänge zu sprengen.

Der Triumph der Kapitalisten wird aber kurzlebig sein. Wo sie triumphieren, endlich herrscht wieder die Lohnsklaverei, schlicht und einfach, ohne Schnörkel und Verzierungen, da wird ihnen aus dem Munde der Arbeiterklasse [illegible]er hörbarer das Echo zurückschallen:

Nieder mit der Lohnsklaverei!

– J.S. –

USA bereiten erneute Aggression vor

Im Einklang mit dem Wehgeschrei Thieus über die schweren militärischen Niederlagen, die seine Söldnertruppe in den letzten Wochen bei ihren Land- und Reisraubaktionen erlitten, erleben wir auch in der bürgerlichen Presse in der BRD eine planmäßige Hetzkampagne gegen den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes. Kern der imperialistischen Propaganda ist die Behandlung Nordvietnams und der Kommunisten als 'Ausländer', fremde Okkupanten und Aggressoren. Dabei steht diese Lüge vollständig im Gegensatz zum Pariser Abkommen vom 27.1.1973.

Pariser Abkommen vom 27.1.1973.

Artikel 1 lautet: *"Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in den Genfer Abkommen über Vietnam von 1954 anerkannt wurden."* Und in Artikel 15: *"a) Die militärische Demarkationslinie zwischen den beiden Zonen am 17. Breitengrad ist nur provisorisch und ... keine politische oder territoriale Grenze."* Wo es um den Abzug fremder Truppen geht, ist nur die Rede von den Truppen der USA und ihrer Verbündeter, nicht von nordvietnamesischen Truppen.

Während also das Abkommen gerade die Ziele der Provisorischen Revolutionären Regierung und Nordvietnams festhält, die vollständig die des vietnamesischen Volkes sind, widerspricht das Abkommen in jedem Punkt den Interessen des US-Imperialismus, Südvietnam zu beherrschen. Es ist ein großer Schritt vorwärts auf dem Weg zur vollständigen Befreiung vom Imperialismus. Daher ist klar, daß während die Provisorische Revolutionäre Regierung und die Demokratische Republik Vietnam alle ihre Anstrengungen, politisch, militärisch und wirtschaftlich auf die Verwirklichung des Abkommens ausrichten, die US-Regierung aber jede Verwirklichung verhindern will.

Nordvietnams Unterstützung der Front im Süden dient dem ganzen vietnamesischen Volk

Wenn in Südvietnam also die Befreiungstruppen der Provisorischen Revolutionären Regierung durch nordvietnamesische Soldaten unterstützt werden, so entspricht das dem Ziel der Verwirklichung des Pariser Abkommens. Ihre militärische Offensive bedeutet auch keineswegs eine "flagrante Mißachtung der vereinbarten Waffenrufe" (Bild vom 8.1.75). Thieu und seine US-Berater hatten vom ersten Tag nach Unterzeichnung des Abkommens den Krieg fortgesetzt, um auszulöschen, wovon das Pariser Abkommen ausgeht: von der *"Existenz von zwei Armeen, zwei Regierungen und zwei Kontrollzonen in Südvietnam"*. Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' schreibt dies ganz unverblümt: *"Die erste Phase ihrer Bewährung begann mit dem Waffenstillstand. Thieu gab den Auftrag, seine Truppen sollten ihre militärischen Positionen verbessern. Das Leopardenfell sollte im Schutze des provisorischen Friedens 'ausgebessert' werden. Hunderte, später Tausende Übergriffe, örtliche Überfälle und kleine Unternehmen hielten die Armee in Atem. Da sie erfolgreich war, fand sie Gefallen an diesem Kleinkrieg.*

Dann kam die zweite Phase: Vietcong und Nordvietnamesen gingen zu Gegenangriffen über. Die Roten 'öffneten' ihre Straßen, die in Gebiete führten, in denen sie politische Kader aufgebaut hatten. Da sich Südvietnam weit dehnt, wurde die ganze Streitmacht Thieus in diese zähen, nun vom Vietcong diktierten Kämpfe einbezogen. Seit dem Sommer des vergangenen Jahres sind Nordvietnamesen und Vietcong zur dritten Phase übergegangen: Sie haben eine verlängerte Großoffensive mit wechselnden Schwerpunkten eingeleitet. Die Südarmee ist jetzt in eine ständige Abnutzungsschlacht verwickelt. Ihre Truppen müssen einmal im Delta, dann im Hochland oder am Meer gegen einen Feind antreten, der den Gegner zwingt, Kämpfe an Stellen aufzunehmen, die für ihn taktisch ungünstig sind, aus politischen Gründen aber verteidigt werden müssen. Phuoc Binh ist das typische Beispiel für diese Strategie Hanois. (FAZ vom 11.1.1975)

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:

USA bereiten erneut Aggression vor

Fortsetzung von Seite 1

Thieu ist völlig isoliert – die Bevölkerung Saigons kämpft in einer Front mit der Provisorischen Revolutionären Regierung.

Die militärische Offensive der Befreiungskräfte wird von der imperialistischen Presse als Beweis dafür angeführt, daß die Volksmassen politisch auf Seiten Thieus und der USA stehen und die 'Kommunisten', Nordvietnam etc. völlig isoliert seien und Thieu die Wahlen gewinnen würde. In diesem Zusammenhang wird auch immer angeführt, daß die befreiten Gebiete dünn besiedelt seien, während sich im Saigoner Herrschaftsbereich der größte Teil der Bevölkerung drängt. Welch Wunder bei der amerikanischen Vietnamisierungsstrategie, die die systematische Entvölkerung der befreiten Gebiete zum Ziel hat. Während Bombenteppiche und Militäroperationen systematisch 'Flüchtlinge' produzieren, gab Thieu den Befehl, *"jeden Flüchtling sofort zu erschiessen, der versucht in sein Heimatdorf in den befreiten Gebieten zurückzukehren"*. (Artikel 11 des Pariser Abkommens dagegen garantiert das Recht zur Rückkehr in die Heimatgebiete.)

Daß diese Menschen nicht freiwillig im Saigoner Machtbereich vegetieren, beweist die Tatsache, daß Thieu mit über 1 Million Soldaten unterstützt von einer Luftwaffe mit mehreren Tausend Flugzeugen, mit den nur 300 000 Befreiungskämpfern nicht fertig wird.

Thieus Armee – eine Armee gegen das Volk

Während die Volksbefreiungsarmee die Unterstützung der Bevölkerung hat und sich auf sie stützen kann, braucht Thieu seine Truppe nicht nur zum Kampf gegen die Befreiungsarmee, sondern auch als Instrument, um die in seinem Herrschaftsbereich sich machtvoll entwickelnde Bewegung in der Bevölkerung für Frieden, demokratische Freiheiten, Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kleidung, sowie nach nationaler Versöhnung und Eintracht niederzuhalten.

Die Federknechte der Imperialisten unterdrücken Berichte über diese breite Volksbewegung. Stattdessen verbreiten sie Thieus Inszenierungen "antikommunistischer" Demonstrationen. So Peter Scholl-Latour am 12.1. in den ARD: *"Thieu hat aufgerufen und die Südvietnamesen sind gekommen."* Was dann gezeigt wurde, waren tausende 'Schüler, Studenten, Beamte', Menschen, die er über Schulklassen, Ämter, Studienseminare bei Androhung von Kerker antreten lassen kann, die Beamten, direkt im Solde der USA. Für die Bevölkerung hat er Volkstrauer verhängt – so wie während seiner im Fernsehen übertragenen Massenaufmärsche zum 'Jahrestag der Republik' 1972 ein allgemeines Ausgehverbot für die Bevölkerung bestand.

Die Pressehetze hat das planmäßige Ziel, den offiziellen Bruch des Pariser Abkommens durch die USA vorzubereiten und den Weg für die Fortsetzung der US-Völkermordstrategie frei zu machen: *"Im Indochina-Konflikt hat . . . eine Eskalation begonnen, für die Amerika diesmal von niemandem, nicht einmal von der Partei der Nachgiebigen im eigenen Land, verantwortlich gemacht werden kann."* (Welt vom 9.1.75)

Ein neuer Anlauf zur Fortsetzung der Völkermordstrategie soll möglich werden.

–HL–

Weiteres über Vietnam, u. a. ein Artikel über die Entwicklung seit dem Pariser Abkommen, auf S 15.

Strauß besucht die VR China

Die chinesische Arbeiterklasse nutzt die bestehenden Widersprüche der internationalen Situation
Die Einladung an Strauß ist ein Ausdruck dieser Politik

"Wer der Illusion nachjagt, er könne die 'chinesische Karte' ausspielen, kann sich sehr leicht verrechnen." So schreibt der sowjetrussische Kommentator Sergej Guh in einem Kommentar zu dem Strauß-Besuch in der Volksrepublik China. Dies ist an die Adresse von Strauß gerichtet. Der sowjetrussische Kommentator hat vollkommen recht. Die VR China ist ein selbständiges Land. In ihr hat die Arbeiterklasse die politische Macht. Die VR China macht Politik, aber sie wird nicht zum Spielball der Politik fremder Mächte und läßt sich dazu nicht machen.

Wenn die VR China Strauß einlädt und Strauß dieser Einladung folgt, dann haben beide Seiten verschiedene Interessen und Absichten.

Die VR China lädt Strauß vor allem ein, um ihn kennenzulernen, weil er der Vertreter einer wichtigen Strömung der westdeutschen Bourgeoisie ist und als einer der Führer der parlamentarischen Opposition großen politischen Einfluß besitzt und unter Umständen Kanzler werden kann. Es ist nützlich, den Feind zu kennen.

Die VR China ist ein sozialistisches Land. Die Bourgeoisie insgesamt ist ihr Feind. Da aber die Bourgeoisie unterschiedliche und gegensätzliche Interessen hat und auch die Bourgeoisie der einzelnen Länder unterschiedliche und gegensätzliche Interessen hat, kann sich ein sozialistisches Land, auch wenn es schwächer ist als die internationale Bourgeoisie zusammengenommen, gut verteidigen, wenn es die Widersprüche im Lager der Gegner kennt und sie auszunutzen versteht. Dies immer besser zu lernen, ist die Absicht der VR China bei jeder Einladung an einen bürgerlichen Politiker.

Gleichzeitig lernen durch eine solche Einladung auch die bürgerlichen Politiker die VR China kennen. Auch das ist gut. Sie lernen, daß die VR China ein Land ist, das sich vollkommen von ihrem eigenen Land unterscheidet. Die Arbeiterklasse hat die Macht, und die Arbeiterklasse ist fähig, diese Macht zu erhalten. Daß die bürgerlichen Politiker wissen, daß China, obwohl ein saftiges Stück Fleisch, für sie nicht zu ergattern ist, ist wichtig. Sie kommen dann auf keine falschen Gedanken.

Zwischen der sozialistischen VR China und Franz Josef Strauß als Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinschaft. Es gibt aber Übereinstimmung in eng begrenzten Punkten: Die VR China ist der Auffassung, daß die "Entspannung" der Supermächte und ihre "Abrüstung" ein großer Schwindel sind, daß sich in Wirklichkeit ihre Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in der Welt und vor allem über Europa verschärft. Daß demgegenüber eine große Selbständigkeit der Länder Europas zu begrüßen ist und daß diese große Selbständigkeit nur durch einen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder erreichbar ist. Dies würde die beiden Supermächte, die Hauptfeinde der Völker, schwächen. Die Beziehungen der VR China zu den europäischen Ländern tragen zu deren Selbständigkeit gegenüber den Supermächten bei, indem sie die Widersprüche zwischen den Supermächten und den europäischen Ländern ausnutzen.

Zwischen den Vertretern der westeuropäischen Bourgeoisie und der VR China gibt es also insofern Übereinstimmung, als diese Politiker auf eine selbständige Rolle Europas hinarbeiten. Diese Übereinstimmung ist begrenzt, da die europäischen Politiker selbstverständlich eine Rolle Europas als imperialistische Macht anstreben. Dennoch geraten sie dabei in Widerspruch zu den beiden Supermächten. Zwischen der VR China und bürgerlichen Politikern wie Strauß gibt es also außenpolitisch eine begrenzte Übereinstimmung und einen grundsätzlichen Gegensatz. Die begrenzte Übereinstimmung mit den europäischen imperialistischen Ländern auszunutzen um dem Imperialismus insgesamt und vor allem die beiden Supermächte zu schwächen, das ist die Außenpolitik der VR China gegenüber Europa.

Diese Außenpolitik steht in keinem Gegensatz zu den Interessen der europäischen Arbeiterklasse und der westdeutschen Arbeiterklasse. Die Beziehungen der Arbeiterklasse zu der Bourgeoisie ihrer Länder ist aber eine rein innenpolitische Beziehung, und da gibt es nur einen grundsätzlichen Gegensatz und keinerlei Übereinstimmung. Die Arbeiterklasse der europäischen Länder hat es in der Hand, die internationale Situation durch ihren Sieg über die Bourgeoisie zugunsten der internationalen Arbeiterklasse zu ändern; einstweilen muß die chinesische Arbeiterklasse die bestehenden Widersprüche der internationalen Situation nutzen. Das ist auch der Sinn der Einladung an Strauß und andere westdeutsche Politiker.

–J.S.–

26 politische Häftlinge in akuter Lebensgefahr

Nach über zwei Monaten Hungerstreik gegen die Isolations- und Vernichtungshaft befinden sich alle 26 Häftlinge in Westberlin und der Bundesrepublik, die den Hungerstreik fortführen, in akuter Lebensgefahr. Die bürgerliche Justiz nimmt den Tod der Häftlinge lieber in Kauf, als ihre einfachen und gerechten Forderungen zu erfüllen. Nur in Westberlin ist die Isolation inzwischen aufgehoben worden, sind die politischen Häftlinge den anderen Häftlingen gleichgestellt. 6 der in Westberlin Inhaftierten setzen aus Solidarität ihren Hungerstreik fort, bis die Aufhebung der Isolation für alle politischen Häftlinge durchgesetzt ist.

Die Mehrzahl der in Hamburg, Stuttgart-Stammheim, Zweibrücken und Straubing in Isolation gehaltenen Häftlinge kann nach zwei Monaten Hungerstreik wenigstens stundenweise mit jeweils einem anderen Häftling zusammen in der Zelle sein, eine Maßnahme, die aber nichts dazu beiträgt, die Vernichtungswirkung der Isolation aufzuheben (dazu der Artikel auf Seite 9), die Justiz hängt diese Maßnahme an die große Glocke, um von den Isolationsmaßnahmen abzulenken, deren Existenz sie immer noch öffentlich ableugnet, während die verantwortlichen Richter Buback und Prinzing gleichzeitig die im Dezember von den Anwälten gestellten Anträge auf Aufhebung der Isolation aus "Sicherheitsgründen" abgelehnt haben.

Mit riesigem Aufwand wurden Intensivstationen eingerichtet, um zu verhindern, daß weitere Häftlinge sterben, und damit die Empörung über ihre Behandlung neue Nahrung erhält. Weil aber nach so langer Zeit des Hungerstreiks auch eine Intensivstation kein sicheres Mittel ist, wird in der Öffentlichkeit gezielt eine Debatte angezettelt, ob man jemanden zwangsernähren dürfe oder nicht; wird die Frage ausgestreut, ob man überhaupt so viel Geld für die Häftlinge ausgeben soll.

Die Menschen sollen abgestumpft werden für den Fall, daß doch wieder ein Häftling stirbt; mit dem Kostenargument sollen sie gegen die Häftlinge aufgehetzt werden; drittens soll von der Frage der Isolationshaft selbst abgelenkt werden.

Jetzt sind in Baden-Württemberg von den Universitäten jeweils 10 in Notfallmedizin und Wiederbelebung ausgebildete Ärzte angefordert worden, die dem Stuttgarter Gefängnis Stammheim zur Verfügung stehen sollen.

Sind nun die Häftlinge an den Millionen schuld, die das alles kostet? Haben sie nach Intensivstationen verlangt? Sie haben die einleuchtende und für sie lebensnotwendige Forderung gestellt, daß die Isolations- und Vernichtungshaft aufgehoben wird. Die Erfüllung dieser Forderung ist sehr billig.

Nicht weniger unerträglich als die Behandlung der Forderungen der Häftlinge ist die Tatsache, daß immer noch eine ganze Reihe von Menschen, die bei der "Aktion Winterreise" verhaftet worden sind, ohne irgendeine Angabe von Gründen weiter in Haft gehalten werden. Von den 10 allein in Frankfurt Verhafteten sind 6 wieder freigelassen, ebenso der Hamburger Rechtsanwalt Reinhard. Das bestätigt, wie willkürlich bei dieser Aktion Menschen ins Gefängnis geworfen worden sind. Die Öffentlichkeit wird aber bewußt im Unklaren gelassen, wieviele Menschen aufgrund welcher Anschuldigungen überhaupt noch in Haft gehalten werden.

Dieter Kunzelmann, der durch das Zeugnis einer von der Polizei gekauften Rauschgiftsüchtigen zu 21 Monaten Haft verurteilt wurde, wird nicht entlassen, obwohl er bereits 51 Monate in Haft ist. Erst 5 Tage nach Ende der Wahlen, für die er in Berlin kandidiert, soll er entlassen werden. Gleichzeitig läuft schon ein neues Verfahren, in dem ihm Kontakte mit Häftlingen als "Verdacht auf Gründung einer kriminellen Vereinigung" ausgelegt werden.

Die Öffentlichkeit muß wissen, was sich in der Bundesrepublik hinter den Gefängnismauern abspielt! Wer, wegen welcher Anschuldigungen, wo in Haft gehalten wird!

Blütenträume der Kapitalisten

Die VR China wird keinen Außenhandel treiben der sie in Schulden und Unabhängigkeit stürzt

Unter anderem um die Möglichkeiten der Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen auszukundschaften, reiste er in die Volksrepublik China, so verkündete F.J. Strauß vor seiner Abreise nach Peking. Was es damit auf sich hat mit diesen Möglichkeiten, konnte man letzte Woche im Dritten Fernsehprogramm des Süddeutschen Rundfunks erleben. Anläßlich eines Films über die Wirtschaft der Volksrepublik China fand dort eine Diskussion über die Außenhandelsbeziehungen der Bundesrepublik zur Volksrepublik China statt. Teilnehmer waren der zuständige Referent des Wirtschaftsministeriums, ein Vertreter des für den China-Handel zuständigen Ausschusses der deutschen Wirtschaft und ein Kapitalist, der Möbelverschläge produzieren läßt, welche er seit Jahren erfolglos in China zu verkaufen versucht.

Dies vorweg: Als "ehrbare Kaufleute" verharrten sie alle in einer Art Bewunderung und Verärgerung zugleich über die Außenhandelsprinzipien der Volksrepublik China. Daß diese nämlich keine Schulden machen wolle, nur das kaufe, was sie bar bezahlen könne. Bewunderung herrschte, weil die Volksrepublik China immer pünktlich und solide zahle. Verärgerung, weil das Geschäft doch nicht ordentlich ausdehnbar sei, wenn man sich nicht verschulde und wenn man nicht über die "dürre" Barbezahlerei hinauskäme.

Da konnte man den stillen Seufzer vernehmen, wie anders sich doch der Handel mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern anließe. Lohnveredelung und Kapitalbeteiligung waren hier die Stichworte. Der Kapitalistenvertreter meinte, da sei wohl auf absehbare Zeit nichts drin, die Chinesen würden nicht mal mit sich über dieses Thema reden lassen.

Optimistischer war da der Regierungsvertreter. Auf lange Sicht müßten die Chinesen mit sich reden lassen, denn schließlich wären sie auf die moderne Technologie der kapitalistischen Länder, sprich der Bundesrepublik, angewiesen. Schön irren wird sich dieser Herr, und erfahren hätte er dies können in dem Film "Der Bau des Rote-Fahne-Kanals", der vor dieser Diskussion gesendet wurde. Dort wurde nicht nur gezeigt, wie die Kraft der Volksmassen im wahrsten Sinne des Wortes Berge versetzt. Dort konnte man auch erfahren, wie es einem chinesischen Spezialisten mit 'ausländischer Facherfahrung' ging, der meinte, er als Spezialist wüßte alles besser als die Volksmassen. Er wurde scharf kritisiert, und auf sein Spezialistentum konnte verzichtet werden. Es liegt also auf der Hand, daß die Volksrepublik China der westdeutschen Technologie zuliebe die Prinzipien ihres Außenhandels – sich nicht zu verschulden, um unabhängig zu bleiben – nicht aufgeben wird.

Genau deswegen, und das war den Diskutanten klar, wird die Volksrepublik China keine Kredite mit Auflagen und keine ausländischen Kapitalbeteiligungen, wie sie inzwischen in der Sowjetunion gang und gäbe sind, zulassen. Wieder in einer Mischung von Bewunderung und Verärgerung wurde in der Diskussion gesagt: 'Die Chinesen wollen einfach selbst bestimmen, was sie mit dem machen, was sie gekauft haben.' Überhaupt' wurde dieser Gesichtspunkt, daß die Volksrepublik China ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit strikt wahrt, als Hauptschranke für die Entwicklung eines ordentlichen Außenhandels angesehen. So wird in der Volksrepublik China für die Bedürfnisse der Volksmassen produziert, und nicht unter dem Gesichtspunkt, welche Waren man am besten im Ausland losschlagen kann – ein Gesichtspunkt, der gerade den westdeutschen Kapitalisten eigen ist. Dazu meinte der Regierungsvertreter: Wie wollen die ordentlich produzieren, wenn sie nicht produzieren, was wir kaufen wollen? – womit er geflissentlich übersieht, daß nicht das, was er kaufen will, sondern das, was das chinesische Volk braucht, dort die Produktion bestimmt.

Aber auch andere "Merkwürdigkeiten", die ihnen im China-Handel begegnet waren, wußte der Kapitalistenvertreter zu berichten. Unbewußt gab er damit ein gutes Beispiel für die internationale Solidarität der Volksrepublik China. Man habe dort ein Produkt kaufen wollen, das die Chinesen nur in Entwicklungsländer verkaufen würden. Als man hartnäckig geblieben sei, hätten die Chinesen es zu einem "weit überhöhten Weltmarktpreis" angeboten, um "ihr Gesicht zu wahren". Offensichtlich wurde aus diesem Geschäft nichts, während die Entwicklungsländer dieses Produkt weiterhin zu niedrigerem Preis kaufen konnten.

Alles in allem konnte man an dieser Diskussion gut lernen, daß die Volksrepublik China auch ihre Außenhandelsbeziehungen nicht nach dem Prinzip der kapitalistischen Länder – möglichst viel verkaufen und die anderen Länder durch Schulden unterwerfen – gestaltet, sondern nach dem Prinzip, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu wahren.

Nicht erfahren konnte man in dieser Diskussion, woran dies liegt, daß die Volksrepublik China so ganz andere Außenhandelsprinzipien verfolgt als die kapitalistischen Länder. Dem wären die Diskussionsteilnehmer auf die Spur gekommen, hätten sie den Unterschied zwischen einem am Profit ausgerichteten und einem auf die Bedürfnisse des Volkes gerichteten Wirtschaftssystem diskutiert. Freilich, wie hätten sie auch sollen, hätten sie dann doch die Überflüssigkeit ihrer eigenen Existenz zugestehen müssen. Hätten sie dann doch zugestehen müssen, daß nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit und Produktion für die Bedürfnisse des Volkes nur möglich ist, wo nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiterklasse die politische Macht hat. Solches im westdeutschen Fernsehen zu sagen, schien dann aber auch der Diskussionsleiterin zuviel.

e.r.

Polizei erschoß flüchtenden Jugendlichen
Er hatte keinen Führerschein

In München wurde am Mittwoch Morgen ein unbewaffneter 18-jähriger Junge von der Polizei erschossen. Er hatte keinen Führerschein und wollte einer Polizeikontrolle entgehen. Er wurde, nachdem er die Kontrollstelle überfahren hatte, von einem Streifenwagen verfolgt und gestellt. Zwei Beamte mit entsicherten Pistolen bedrohten ihn. Er verriegelte die Tür seines Autos von innen. Daraufhin zerschlug einer der Polizisten die Scheibe des Autos mit der Pistole und tötete den Jungen mit zwei Schüssen. Die Münchner Polizei versucht das ganze herunterzuspielen. Es ist die Rede davon, daß sich die Schüsse beim Einschlagen des Fensters unbeabsichtigt gelöst hätten. Bei einem Schuß wäre das vielleicht glaubhaft, beim zweiten Schuß ganz sicher nicht mehr. Außerdem versucht die Münchner Polizei jetzt, die Sache als "putative Notwehr" hinzustellen, was aber, wie im Fall Hendrian, nicht glaubhaft ist. Der Junge war unbewaffnet.

–OAG München–

5% Angebot im öffentlichen Dienst

Stillhalten nützt nur den Kapitalisten, dem bürgerlichen Staat, schadet der Arbeiterklasse

Die westdeutsche Kapitalistenklasse kann mit ihren Statthaltern in der Regierung zufrieden sein. Am letzten Montag wurde auf einer Kabinettssitzung beschlossen, den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst eine Tariferhöhung von 5 % anzubieten. Am Tag darauf tat dies der gegenwärtige Innenminister Maihofer von der FDP, nachdem er sich mit den Vertretern von Ländern und Gemeinden abgesprochen hatte.
Im Nettolohn ausgedrückt, bedeutet dies für die Arbeiter und Angestellten so um die sechzig Mark mehr zum Ausgeben allerhöchstens. Dieser Betrag wurde in den meisten Haushalten im letzten Jahr verzehrt durch die Erhöhungen von Strom, Gas, Wasser, Mieten.
Der Schlachtruf der Regierung lautet also im Klartext: Esst gefälligst weniger! Darüber hinaus hat der sanfte Innenminister auch schon angedeutet in der Presse, daß es zu weiteren Personalverkürzungen kommen wird, daß es Einstellungsstopps und Rationalisierungen geben soll. Und bekanntlich gibt es die ja auch schon. Im Klartext also: "Arbeitet gefälligst mehr!"

Die Regierung geht für die Kapitalistenklasse voran.

Der Innenminister, der die Verhandlungen im Auftrag der Koalition führt, bezeichnet dieses 5prozentige Anerbieten als "realistisch und zugleich fair". Dies wird auch den Anschauungen der Kapitalisten entsprechen, denn wenn die Arbeitslosigkeit da ist, dann ist für ihr Profithirn realistisch, an Lohnraub zu denken und fair, daß mehr arbeiten soll, wer überhaupt noch Arbeit hat. Es werden also die Kapitalisten und der ganze Anhang von hochbezahlten Lumpen, die die bürgerliche Klasse bilden, der Regierung ein herzliches "Landgraf, bleibe hart!" zurufen in den nächsten Tagen und Wochen. Schon allein, weil es so erfreulich wenig ist, was die Regierung anbietet.

Ohrfeige gegen die Arbeiterbewegung

Die Sache hat noch ihre zweite Seite. Es handelt sich bei diesem Angebot um eine schlichte Ohrfeige an die Ar-
um eine schlichte Ohrfeige an die Ar-
beiterbewegung. Es verfolgt den Zweck, das Selbstbewußtsein der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu unterminieren. Es wird versucht, das Ergebnis des Streiks vom letzten Jahr zunichte zu machen. Denn mit Beunruhigung stellt die bürgerliche Klasse fest, daß die Erfahrungen der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst Fuß fassen und die innere Geschlossenheit des Staatsapparates empfindlich erschüttern. Mit allen Mitteln soll daher der Millionenmasse der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst der Gedanke ausgetrieben werden, sie könnten durch freie und selbständige Vertretung ihrer Interessen etwas erreichen.
Man sieht, wer immer noch meint, es handelt sich um ein erstes Angebot und es wird so schlimm nicht werden, der irrt sich. Die Regierung will die Niederlage der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst, sie sucht die schimpflichste aller Niederlagen zu erzielen, nämlich eine ohne Gegenwehr. Und auf den ersten Blick schaut es so aus, als ob die Aussichten der Regierung glänzend wären. Und die Aussichten der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst schlecht.
Im Rücken eine Forderung, die nicht trennscharf ist zwischen der Masse der Arbeiter und Angestellten einerseits und den hochbezahlten Bürokraten andererseits, vor sich einen Gegner, der erstens bewußt darauf ausgeht, sie zu brechen, und zweitens das Geld auch wirklich dringend für die Kapitalisten braucht, die er vertritt. Geführt durch Leute, die nicht die Lage realistisch einschätzen, sondern die Taktik festlegen, indem sie sich irgendwelche Illusionen über sozialdemokratische Regierungen machen, anstatt zu bedenken, daß wir in der kapitalistischen Klassengesellschaft leben. Die Zeichen scheinen auf Niederlage gestellt.
Indessen wird diese Niederlage bloß eintreten, wenn man sich jetzt auf den guten Glauben an die Regierung, an die Weisheit der Gewerkschaftsführung, an die Gerechtigkeit im Kapitalismus treiben läßt.
Wer zum Beispiel jetzt zögert, Protestmaßnahmen gegen dieses Angebot zu unterstützen, der wir allen Arbeitern schweren Schaden zufügen. Denn er wird sie spalten. Ein solches Angebot und keine Gegenwehr, das legte nun tatsächlich den Gedanken nahe, man habe Dreck am Stecken. Unbedingt ist es jetzt nötig, tätig zu werden. Und, es wird auch möglich sein.

Die Niederlage muß nicht sein.

Erstens gibt es viele Sozialdemokraten, denen die echt christliche Haltung abgeht, nach dieser Ohrfeige duldend die andere Wange hinzuhalten. Man wird auf der Ebene des Betriebes leicht Einheit erzielen können, daß Protestaktionen sein müssen.
Zweitens, jetzt wo das konkrete Angebot da ist, wird es einfach sein, die Hetze gegen den Lohnkampf zurückzuweisen. Es sind die Industriearbeiter nicht so kleinlich, daß sie nicht verstünden, daß eine "Erhöhung von fünfzig/sechzig Mark" nicht hingenommen werden kann. Sie sind auch nicht so töricht, daß sie nicht verstünden, daß eine derbe Lohnsenkung im öffentlichen Dienst für alle Arbeiter schlecht ist. Wenn die öffentliche Meinung jetzt von der bürgerlichen Presse vollständig beherrscht wird, so darf man nicht glauben, daß dies die Meinung der Arbeiterklasse ausdrückt. Gegen solchen Lohnraub wird der Kampf die Solidarität aller Arbeiter finden, Duckmäusertum hingegen nicht!
Drittens muß man bedenken, daß die schlechte Forderung auch in den höchsten Körperschaften der Gewerkschaft bloß mit Mehrheit durchgesetzt werden konnte. Offensichtlich waren viele höhere Funktionäre nicht bereit, mit einer Träne im Knopfloch in die Niederlage zu wandeln. Für die Entfaltung der Gegenwehr wird sozusagen Platz da sein. Man muß sich klar sein: Wenn jetzt ohne Gegenwehr kapituliert wird, dann wird es im kommenden Jahr herb zugehen in den Betrieben und Dienststellen des öffentlichen Dienstes. Es werden Rationalisierungen kommen, es werden weitere Personalverkürzungen kommen. Es werden auch politische Angriffe auf die Freiheit zur gewerkschaftlichen Betätigung wieder aufleben, nicht wie jetzt hauptsächlich im bürgerlichen Zeitungsgeschrei, sondern auch direkt durch die Regierung.
Mit Lohnabhängigen verfährt die Kapitalistenklasse und ihr Staat so: Wenn sie sich nicht wehren, dann werden sie zu Grunde gerichtet. Man wird also sich wehren müssen, man wird sich anstrengen müssen im öffentlichen Dienst. Die Arbeiter in der Industrie, die fortschrittlichen Gewerkschafter, müssen die Lage im öffentlichen Dienst genau beobachten. Sie müssen unter ihren Kollegen aufklärend wirken. Die Arbeiter können kein Interesse daran haben, daß Verwechslungen eintreten zwischen den hochbezahlten Bürokraten und Volksunterdrückern, die zurecht verhaßt sind, und den gewöhnlichen Beschäftigten, die die Lage der Arbeiter teilen und deren Kampf der Solidarität der Arbeiter bedarf.
Diese Solidarität ist den Streikenden im öffentlichen Dienst im letzten Jahr gewaltig zu Gute gekommen. Es entstand eine Lage, die das Lohnniveau hob, den Staatsapparat hingegen erschütterte. Kampf im öffentlichen Dienst nützt der ganzen Arbeiterklasse. Stillehalten nützt den Kapitalisten, nützt dem bürgerlichen Staat, schadet der Arbeiterklasse.

–M.F.–



Beim ÖTV-Streik Anfang 1974

Metalltarifrunde:

Die Kapitalisten wollen es wissen

Nach zwei Tagen Verhandlungen und einem Angebot von 6 % haben die Kapitalisten der nordrhein-westfälischen Metallindustrie die Verhandlungen abgebrochen, weil die IG-Metall dieses Angebot nicht angenommen hat. In Nordrhein-Westfalen wird jetzt in drei getrennten Schlichtungsverhandlungen über Tarifverträge verhandelt: Der Manteltarifvertrag, der Lohnrahmentarifvertrag und der Lohn- und Gehaltstarifvertrag.
An dem Vorgehen der Kapitalisten kann man erkennen, daß sie sich stark fühlen. Sie waren es, die nach zwei Tagen die Verhandlungen für gescheitert erklärten, um die Schlichtungsstelle anzurufen.

Die Kapitalisten fühlen sich stark.

Wenn in den letzten Jahren die IG-Metall die Verhandlungen für gescheitert erklärte, hieß das, daß sich die Metallarbeiter auf einen Arbeitskampf vorbereiteten, um die Forderungen wenn nötig mit Streik durchzusetzen. In den Betrieben konnte man hören: "Wenn sie nicht wollen, wir können auch anders." Es war Gesamtmetall, die dann auf ihre Verhandlungsbereitschaft hinwies. Nun versucht Gesamtmetall, den Spieß herumzudrehen. Indem sie die Verhandlungen abbrach und das Scheitern erklärte, will sie die IG-Metall vor die Alternative stellen, entweder ihr nehmt das Angebot von 6 % an oder ..., den Rest überlassen wir euch.
Die Metallkapitalisten glauben Schwächen in den Reihen der Metallarbeiter erkannt zu haben, sie fühlen sich stark mit der Regierung und der gesamten bürgerlichen öffentlichen Meinung im Rücken. Monatelanges Trommelfeuer, das den Arbeitern einbleuen sollte, sie und ihre Löhne seien der Grund allen Übels, sie seien
seien der Grund allen Übels, sie seien
nur ein Kostenfaktor in der Produktion, nicht die Arbeiter seien es, die durch ihrer Hände Arbeit allen gesellschaftlichen Reichtum produzieren. Diese Propaganda sollte bewirken, allen Stolz und Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse zu brechen. Die Arbeiterklasse nicht als Klasse der Produzenten, sondern als unnötigen Kostenfaktor darzustellen, war das Ziel des Trommelfeuers.

Die IG-Metall-Führung hat dem nichts entgegengesetzt.

Tatsächlich hatten die Stellungnahmen des IG-Metall-Hauptvorstandes, die "Metall" und der "Gewerkschafter" dem nicht viel entgegenzusetzen. Nicht wurde herausgestellt, daß die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr stärker gestiegen sind als die Löhne und Gehälter, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen notwendig sind, um die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten zu halten. Die IG-Metall-Führung hat dem Trommelfeuer von Kapitalisten und Regierung nur entgegengehalten, daß Lohnerhöhungen notwendig seien, um durch die Stärkung der Massenkaufkraft die Gewinne der Kapitalisten wieder zu erhöhen. Es scholl ihr natürlich aus dem Lager der Kapitalisten entgegen, daß es da besser sei, die Löhne zu drücken und so die Gewinne direkt zu erhöhen. Diese Taktik hat es den Kapitalisten ermöglicht, nun die Initiative zu ergreifen und die Metaller herauszufordern. Die bürgerliche Presse beginnt schon zu jubeln. Am 14.1. meldet die 'deutsche presse agentur', das Ende der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie sei abzusehen, die IG-Metall hat ihre Bereitschaft erklärt, ihre Forderung auf 8 % zu reduzieren (Süddeutsche Zeitung vom 14.1.75).
Aber aus welchem Grund sollten die Kapitalisten ihr Angebot auf 8 % erhöhen? Sie kennen nur die Sprache und die Gesetze des Profits. Sehen sie ihn durch einen Streik gefährdet, sehen sie ihre teuren Maschinen nutzlos in den Hallen rumstehen, können die Arbeiter sie zum Nachgeben zwingen. Aber wenn die IG-Metall-Führung schon bei 8 % ist, das Angebot von Gesamtmetall bei 6 %, was einen Unterschied beim Ecklohn von ungefähr 100 Mark statt 80 Mark ausmacht, wie sollen da die Metallarbeiter einen konsequenten und eventuell langwierigen Streik durchführen? Für 20 Mark im Monat! So hoffen die Kapitalisten und deshalb treten sie so dreist auf. Ihre Propaganda hat anscheinend Wirkung gezeigt:
Der IG-Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg schlägt einen differenzierten Tarifvertrag vor, um der Ertragslage der einzelnen Firmen gerecht zu werden. War dieser Vorschlag erst einmal ausgesprochen, konnten sich die Kapitalisten über ihn und die gesamte IG-Metall lächerlich machen und lehnten dankend ab. Beim Stahltarifabschluß konnten sie den Stahlbonus durchsetzen und damit gleichzeitig Zeichen für die Tarifauseinandersetzungen in der Metallverarbeitung. Loderer schwächt seine Forderung nach allgemeiner Investitionskontrolle ab auf nur wenige exakt zu bestimmende Sonderfälle, wo die Entscheidungsautonomie der Unternehmer eingeschränkt werden soll. Nur dann, wenn den geplanten
soll. Nur dann, wenn den geplanten
Investitionen sehr massiv ein klar abgegrenztes, öffentliches Interesse entgegensteht, das anderweitig nicht zu schützen ist (Der Gewerkschafter Nr.1/75).
Dieses Schwanken und Zurückweichen der IG-Metall-Führung nehmen die Kapitalisten als Schwäche der Metallarbeiter. Sie wetzen in Nordrhein-Westfalen die Säbel, um hier die entscheidende Schlacht zu schlagen.
Die Politik der Gewerkschaftsführung hat die Metallarbeiter in diese Lage geführt. Jede Tarif- und Lohnauseinandersetzung zeigt, daß der Lohnkampf Teil des Kampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse ist. Werden die Gewerkschaften nicht in dem Bewußtsein des Kampfes in die Tarifrunden geführt, sondern mit dem Ziel des Interessenausgleichs und der Versöhnung der beiden Klassen, dann haben die Kapitalisten freie Hand. Daß das 6 %-Angebot und der Abbruch der Verhandlungen durch die Kapitalisten von der Gewerkschaft einfach geschluckt werden mußte, zeigt schlagend, daß es auf der Linie der Gewerkschaftsführung für die Metallarbeiter nichts zu holen gibt. Kampflos mußte die Initiative an die Kapitalisten abgegeben werden.

Das Ruder herumreißen?

Aus dieser verfahrenen Situation können sich die Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen nur befreien, wenn sie beginnen, den Kurs der Tarifauseinandersetzung zu bestimmen und von den Betrieben aus die Politik ihrer Gewerkschaft in die Hand zu bekommen. Läßt man der Gewerkschaftsführung weiterhin freie Hand, so werden die Kapitalisten, die keine Gedanken an Interessenausgleich und Klassenversöhnung vergeuden, ihr Ziel erreichen, den Lohn gegenüber den Preisen senken, der Arbeiterbewegung das Rückgrat brechen und die Ausbeutung weiter verschärfen. Geplant ist ein Exempel in Nordrhein-Westfalen, um es auch in den anderen Bezirken durchzuziehen. Aus dem Vorgehen der Kapitalisten und dem Zurückweichen der IG-Metall-Führung müssen die Metallarbeiter in den anderen Bezirken lernen und mit betrieblichen Aktionen dem entgegentreten.

–db–

Die Rechnung beweist:

Aus den Radionachrichten vom Dienstag, den 14.1., konnte man zwei interessante Zahlen entnehmen. "Wie aus Bonn verlautet", bedeutet jedes Prozent Lohnerhöhung 1,4 Milliarden DM. Und, wenn man alles zusammenrechnet, dann gibt es etwa 3,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Wenn 1 Prozent Lohnerhöhung 1,4 Milliarden ausmachen, dann beträgt die gesamte Lohnsumme im öffentlichen Dienst 140 Milliarden DM für 3,5 Millionen Leute. Also, 13.Monatsgehalt miteingerechnet auf 3 077,– DM pro Kopf und Monat.
Man kratzt sich hinterm Ohr und weiß: Das stimmt nicht. Sogar wenn man den Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben zum Bruttolohn zuschlägt, liegt der Durchschnitt von dem, was man selber und die Kollegen verdienen, eher bei 2 000,– DM. Mehr nicht. Handelt es sich also um eine Lüge? Ich glaube nicht.

Das Rätsel löst sich einfach. Der Staat läßt sich die höhere Beamtenschar ganz schön was kosten. Damit sie zum Beispiel die Gemütsruhe entwickeln, die man braucht, um über die Tugend der Entsagung und den Opferwillen referieren zu können. Damit man dies mit der nötigen Gelassenheit kann, muß man mindestens 4 000,– DM im Monat haben. Viele solche Leute braucht dieser Staat und sie sind teuer. Im Rechenbeispiel:
Nehmen wir an, die öffentlichen Dienste würden für Arbeiterlohn verrichtet. 2 000,– DM also, immer einschließlich Arbeitgeberanteil, so kommen wir anstatt von Gesamtkosten von 140 Milliarden auf 91 Milliarden. Und hätten 35 % der Personalausgaben eingespart. Es handelt sich also um runde 49 Milliarden DM, die aufgebracht werden, um ein arrogantes Beamtenpack zu hecken. Es handelt sich also um eine spezifische Sparsamkeit der Regierung, wenn sie den Lohnraub rechtfertigt.
Ein anderes Beispiel. Nehmen wir an, es wäre gelungen, die Forderung aufzustellen, auf die viele Belegschaften ihre Hoffnung gesetzt hatten, also etwa 200 bis 300 DM Urlaubsgeld. Bei voller Durchsetzung hätte dies die Staatskasse belastet mit 10,15 Milliarden. Nach dem Berechnungsschlüssel, "der aus Bonn verlautet", hätte dies das Budget mit 7,25 % belastet. Also nicht sehr hoch. Einen Arbeiter oder Angestellten aber, der im öffentlichen Dienst gegenwärtig 1 700,– DM brutto verdient, hätte dies auf den Monat umgerechnet 223,– DM eingebracht bzw. 13 %. Einem Staatssekretär hingegen hätte dies ebenfalls 223,– DM eingebracht, aber bloß 2,2 %. Man versteht, warum dem Maihofer 5 % schon lieber sind. Ein Abschluß von 7,25 % würde unseren Normalverdiener an den Rand des Ruins treiben. Er bekäme 133,5 % brutto. Unser Staatssekretär hingegen stünde mit 730 DM recht ordentlich da.
Man kann gut sehen, wer den Staat frißt. Nämlich tatsächlich die, die ihn ausmachen, die höheren Beamten.
Warum diese langen Rechnungen, die kompliziert zu verfolgen sind?
Deswegen, weil man mit dem Rechenstift beweisen kann, daß es keineswegs die lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten sind, die das viele Geld im öffentlichen Dienst verschlingen. Sondern daß die wuchernden Kosten dadurch entstehen, daß diese Klassengesellschaft eines wuchernden Heeres hochbezahlter Bürokraten bedarf, die gefüttert werden müssen, weil und damit sie eine Lumpenexistenz fristen, willfährige Kreaturen der Kapitalistenklasse und ihres Staates werden, die sich für nichts zu schlecht sind. Die keinen Handschlag arbeiten, sondern anschaffen, befehlen, einsperren, besser: einsperren lassen. Der Schrei aller Kapitalisten nach billigem Staat, billiger Verwaltung ist nichts als billige Mache.

Volkswagenwerke:
Entschlossen gegen die geplanten Maßnahmen Schmückers ankämpfen, Entlassungen verhindern!



VW-Kollegen verlassen nach einem Tag voller Arbeitshetze das Werk

Der Vorstand des Volkswagenwerkes wird in den kommenden Monaten Massenentlassungen, möglicherweise sogar die Schließung ganzer Werke verfügen. Nichts hat die Krise von dem verlogenen "Symbol der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit in der BRD", wie der VW-Konzern oft von bürgerlichen Politikern aller Schattierungen genannt wurde, übrig gelassen.

Die VW-Arbeiter, denen das nie recht eingeleuchtet hat, haben von dieser Verklärung der Tatsachen nichts gehabt. Der neue Vorstandsvorsitzende Schmücker hat alle Vollmachten des Hauptaktionärs Bund und Land Niedersachsen erhalten, um das VW-Kapital durch die Krise zu manövrieren.

Letzte Woche hat sich das niedersächsische Wirtschaftsministerium positiv zu dem Bau des umstrittenen VW-Werkes in den USA geäußert: *"Die erste Aufgabe des neuen Vorstandsvorsitzenden wird die dringend notwendige Rationalisierung des gesamten Konzerns sein"*, erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrates Birnbaum.

Rationalisierung des VW-Konzerns heißt auf der einen Seite Massenentlassung ...

Seit der VW-Vorstand unter Leiding die neuen Modelle Golf und Passat auf den Markt geworfen hat, hat sich der VW-Konzern wieder an die Spitze der Automobilkonzerne in der Bundesrepublik geschoben. Vom Golf allein werden zur Zeit genau soviel Wagen verkauft wie von der gesamten Modellpalette Opel. Dieser Umstand wurde immer wieder als besondere Geschäftstüchtigkeit des VW-Vorstandes angepriesen. Sogar die Vertreter der Belegschaft des VW-Konzerns, der Betriebsrat, an seiner Spitze das IGM-Vorstandsmitglied Siegfried Ehlers, wurde nicht müde, das neue Modellprogramm als Segen für die Belegschaft anzupreisen, weil es angeblich die Arbeitsplätze gesichert hat. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Blank ging sogar noch weiter, als er die Belegschaft auf der Betriebsversammlung aufrief, sich am Kampf um Absatzmärkte zu beteiligen. Was so als Segen angepriesen wurde, war lediglich segensreich für das Kapital. Es hat sich eine Vormachtstellung vor den anderen Automobilkapitalisten gesichert.

Die Umstellung der Produktion auf die neuen Modelle nahmen die VW-Kapitalisten gleichzeitig zum Anlaß, die Arbeitshetze an den Maschinen und Bändern zu erhöhen.

Sieht man sich Golf und Käfer nebeneinander an, so sticht sofort ins Auge, daß zur Produktion des Golfs wesentlich weniger Arbeitsgänge notwendig sind (keine Kotflügel usw.). Außerdem wurden neue Maschinen und Anlagen angeschafft, die einen vielfach höheren Ausstoß haben. In der Stoßstangenfertigung des Golfs z.B. wurde so eine neue Anlage eingerichtet. Haben früher fünf Arbeiter etwa 1 400 Stoßstangen pro Schicht geschafft, so schaffen heute zwei Arbeiter 5 000 Stoßstangen pro Schicht.

Durch die neuen VW-Modelle wird die Arbeitskraft also ergiebiger ausgebeutet und der VW-Konzern hat sich dadurch an die Spitze gegenüber der Konkurrenz auf dem Markt schieben können. Gleichzeitig sind Arbeitskräfte dadurch überflüssig gemacht worden. Die erhöhte Produktivität kann der VW-Vorstand nicht zur Erhöhung der Produktionszahlen ausnutzen. Das verhindert die kapitalistische Krise, durch die der Absatz aller Automobilhersteller insgesamt zurückgeht.

Die Trupps von Arbeitern, die zu jedem Schichtbeginn durch die Hallen des VW-Werks arbeitssuchend ziehen, sind die direkte Auswirkung davon. Wie groß der Vorsprung vor der Konkurrenz ist, läßt sich daran sehen, daß VW die Preise zu Anfang des Jahres um 3,5 bis 6,5 % erhöht hat. Die Umstellung der Produktion hat natürlich zig Millionen verschlungen, so daß dem VW-Konzern das Geld knapp geworden ist. Zumal unverkaufte Wagen auf Halde stehen und die neuen Wagen sich erst längerfristig auszahlen. Durch die Preiserhöhungen wird der Absatz natürlich noch weiter zurückgehen, für das Kapital ist das erträglich. Aber die Gefährdung der Existenz vieler Kollegen nimmt dadurch zu. Ihnen gilt der Schlachtruf des Aufsichtsratsvorsitzenden Birnbaum, daß dringend rationalisiert, d.h. entlassen werden muß. Dafür wurde Schmücker angeheuert,der sich bei Rheinstahl als Sanierer verdient gemacht hat. Er soll die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung des VW-Kapitals durchführen. Daß die VW-Arbeiter sich ihre eigene Arbeit, sechs VW-Werke in der BRD, aufgebaut haben, und 21 im Ausland, hat ihre Existenz nicht gesichert. Die Tatsache, daß sie für das Kapital produzieren, gefährdet einen Teil direkt und macht die anderen immer abhängiger. Die Arbeiter brauchen das Kapital und seine Manager so nötig wie sie ein Krebsgeschwür brauchen.

Entschlossen gegen die Maßnahmen Schmückers ankämpfen, das ist die Devise. Entlassungen verhindern!

... auf der anderen Seite Erhöhung der Arbeitshetze

Während der Umstellung der Produktion auf die neuen Modelle ist nicht nur die Produktivität der Arbeitskraft erhöht worden, sondern ist die Arbeitshetze ungeheuer gesteigert worden. Durch dauerndes Umsetzen der Kollegen an einen und den anderen Arbeitsplatz, durch Ausspielen eines Kollegen gegen den anderen, einer Schicht gegen die zweite usw. sind die Stückzahlen an den Bändern und Maschinen zusätzlich hochgeschraubt worden. Kein Kollege konnte mehr überprüfen, wieviel Teile er schaffen mußte, oder sich die Zeit einteilen.

Die Hoffnung, wieder einen festen Arbeitsplatz zu bekommen, haben Meister und Zeitnehmer ausgenutzt, um die Kollegen zu immer höheren Stückzahlen anzutreiben. Mit dem gleichen Druckmittel ist die Arbeitshetze in der Endmontage erhöht und die Hängemontage eingeführt worden. An den Passat- und Golf-Bändern muß jeder Arbeiter jetzt mehrere Arbeitsgänge ausführen im Gegensatz zu früher in der Käfer- oder 411-Produktion, wo meist nur ein Arbeitsgang von jedem Kollegen gemacht werden mußte.

Die Angst vor der Arbeitslosigkeit ist ein mächtiges Druckmittel in den Händen der Kapitalisten. Die Konkurrenz, die das Akkordsystem unter den Arbeitern hervorruft, macht es den Arbeitern schwer, sich gegen die Kapitalisten zusammenzuschließen, um sich vor der Ruinierung ihrer Arbeitskraft zu schützen.

Wenn Birnbaum jetzt von dringenden Rationalisierungen spricht, so meint er auch noch größere Arbeitshetze.

Je mehr die Arbeiter jedoch dem Druck nachgeben und mehr arbeiten, desto mehr Kollegen werden die Kapitalisten entlassen können, und desto mehr werden sie dadurch den Druck verstärken. Aus diesem Teufelskreis kommen die Arbeiter nicht heraus, wenn sie nicht den Kapitalisten entschlossen Widerstand leisten. Die Arbeitskraft wird mehr und mehr zerschlissen, und die Kapitalisten haben keine Mühe, neue Arbeitskräfte in die Fabrik zu bekommen. Es gibt ja genug Arbeitslose. Die Arbeiter müssen sich daher unter Forderungen zusammenschließen, die ihre Arbeitskraft erhalten und diese gegen die Kapitalisten und ihren Staat durchsetzen:

Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen.

Völliges Verbot der Überstundenarbeit.

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme.

Für diese Forderungen müssen die Kollegen in der IG Metall gewonnen werden, denn ohne die Gewerkschaft werden die Arbeiter keine Chance haben, sie zu erkämpfen.

Dem zunehmenden Druck der Kapitalisten können sich die Arbeiter nur durch den Zusammenschluß in ihrer Gewerkschaft erwehren; dafür ist es aber notwendig, solche Meinungen in der IG Metall zu bekämpfen, die den Arbeitern vorschlagen, sich an der Jagd nach neuen Absatzmärkten der Kapitalisten zu beteiligen, weil das direkt darauf hinausläuft, den Arbeitern zu empfehlen, sie sollen sich zuschanden arbeiten.

H., Betriebszelle VW Wolfsburg

Stillegungspläne von Audi

Heilbronn. Die VW-Spitze plant Massenentlassungen und Stillegungen. Für das Werk Audi/NSU Neckarsulm sollen Stillegungspläne vorliegen. Aus Heilbronn erreichte uns dazu folgender Bericht:

Bis Mitte Dezember 1974 sind bei Audi/NSU sechs Kurzarbeitsphasen durchgeführt worden. Insgesamt sind durch diese Kurzarbeit 58 Produktionstage ausgefallen. Die Kurzarbeit war 1974 im April, im Juli und im Dezember. Am 7. Januar 1975 wurde die Produktion wieder aufgenommen. Allerdings nur mit einer Schicht, bisher wurde mit zwei Schichten gefahren. Bis Ende Januar soll nur mit einer Schicht gefahren werden. Wahrscheinlich auch im Februar, darüber ist aber nichts Sicheres bekannt. In Neckarsulm sind davon über 5 000 Menschen betroffen. Die Arbeitszeit wird jetzt von 5.30 bis 14 Uhr sein. Die Produktion wurde am 7. Januar mit der regulären Frühschichtmannschaft begonnen. Diese setzt nach einer Woche aus, und die Nachtschichtmannschaft arbeitet zur Zeit von 5.30 bis 14 Uhr. So geht es dann weiter im wöchentlichen Wechsel. Von der Kurzarbeit ist auch die Normalschicht betroffen, die von 7 bis 16 Uhr arbeitet. Sie arbeitet eine Woche und setzt dann eine Woche ebenfalls zwangsweise aus. Die Kurzarbeit hat sich auf die Produktionszahlen wie folgt ausgewirkt:

Zuletzt wurden 450 Einheiten vor der Kurzarbeit produziert, jetzt werden vom Audi 100 mit Varianten und Ro 80 knapp über 200 produziert. Die Stillegungsstudie, die vom VW-Vorstand in Wolfsburg herausgegeben sein soll, bezieht sich nach Informationen aus der "Heilbronner Stimme" nicht nur auf Neckarsulm, sondern betrifft sämtliche Werke. Dazu gehören Ingolstadt, Hannover, Braunschweig, Salzgitter, Emden oder sogar Teile von Wolfsburg. Vom Vorstand – nach "Heilbronner Stimme" – wird für unumgänglich gehalten, daß 30- 40 000 Arbeitsplätze stillgelegt werden. Und in der "Heilbronner Stimme" steht dazu, daß diese Zahlen darauf schließen lassen, daß es mindestens zwei Werke betreffen wird.

Die "Heilbronner Stimme" berichtet über die Reaktion der baden-württembergischen Landesregierung. Die Landesregierung will auf keinen Fall die Schließung des Werkes in Neckarsulm und Neuenstein zulassen. Sie wird mit Staatshilfe eingreifen, aber auch nur um den Preis, daß 4 000 bis 6 200 Leute entlassen werden. Das Werk Neckarsulm soll demnach erhalten werden, aber nicht die gesamte Zahl der 10 200 Arbeitsplätze. 4 000 bis 6 200 Arbeiter sollen trotzdem entlassen werden.

Alle Informationen sind aus der "Heilbronner Stimme", im wesentlichen vom 7. Januar und danach.

D.

Kollegen von Audi/NSU arbeiten bei Daimler-Benz

Mannheim. Der Betriebsrat Feuerstein, Daimler-Benz, gab am 10.Januar 1975 in der Sitzung der jugendlichen Vertrauensleute einen Bericht von der Tarifkommissionssitzung vom 18.12.1974. Dort hat IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler folgendes erzählt: Ein großer Teil der Kollegen von Audi/NSU fährt nach Sindelfingen und arbeitet dort bei Daimler-Benz und wird auch von Daimler-Benz bezahlt. So sind bis jetzt Entlassungen bei Audi/NSU verhindert worden.

Schmücker
Die Rheinstahl-Aktionäre waren zufrieden

Der neue Vorstandsvorsitzende Schmücker wird als der geeignete Mann angesehen um gegen die Arbeiter und Angestellten Massenentlassungen und verstärkte Arbeitshetze durchzusetzen. Er hat darin große Erfahrungen. Zuvor hatte er bei Rheinstahl das Kapital saniert. Von 1968 bis 1973 baute er die Belegschaft um 23,7 % oder 19 327 Arbeiter und Angestellte ab. Der Umsatz stieg in der gleichen Zeit um 68 % auf 6 87 Milliarden DM. Beim Rheinstahl-Werk Hanomag in Hannover wurden die Arbeitsplätze von 10 000 auf 2 000 abgebaut. Am Schluß wurde das Werk verkauft. Die Aktionäre von Rheinstahl konnten zufrieden sein. Nachdem ein großer Teil der Arbeiter rausgesetzt wurde und die Arbeitshetze der verbleibenden Arbeiter gesteigert wurde, konnte Rheinstahl günstig an Thyssen verkauft werden. Für die Arbeiter heißt das weitere Rationalisierungen auf ihrem Rücken.

VW Hannover
Arbeitshetze in der Giesserei

Peine. Vor einiger Zeit habt Ihr in der Kommunistischen Volkszeitung Artikel über Rationalisierungen und Steigerung der Arbeitshetze in den VW-Werken Salzgitter und Wolfsburg veröffentlicht. Über diese Artikel sprach ich mit einem Arbeitskollegen, der bis vor kurzem in der Gießerei des VW-Werks Hannover gearbeitet hat. Er meinte, an den Artikeln sei nichts übertrieben, denn er kennt ähnliche Rationalisierungen aus dem Werk Hannover.

Zum Beispiel mußten wie im Werk Salzgitter auch dort die Elektriker jede Minute Arbeitszeit nachweisen, damit die Firmenleitung sehen kann, wo Arbeitskräfte eingespart werden können. Und wenn die Stückzahlen an einer Maschine hochgeschraubt werden sollten oder Arbeiter an einer Maschine eingespart werden sollten, wurde genau wie dort versucht, die Kollegen gegeneinander auszuspielen: Es wurde gesagt, "die andere Schicht schafft es doch auch". Das konnten die Kollegen natürlich nur schwer nachprüfen, da zur anderen Schicht kaum Kontakt möglich war.

Die Arbeitshetze in der Gießerei so erlebt. Er arbeitete an einem Rundtisch, an dem Zylinderköpfe aus Aluminium gegossen wurden. Die Kollegen mußten die Kokillen (Gußformen) für das flüssige Aluminium aufstellen, Kerne (Sandformen, damit die Zylindergänge frei bleiben) einlegen, den Gießvorgang überwachen, und falls die Maschine nicht ging, selber gießen, schließlich die Kokillen herunternehmen und die Zylinderköpfe mit Preßluft ausblasen.

Noch vor etwa einem Jahr arbeiteten an einem Rundtisch für Käfer fünf Kollegen. Einer holte die Kerne, zwei arbeiteten, und zwei hatten Pause (in halbstündigem Wechsel), um sich von der Hitze an den Rundtischen zu erholen. Zunächst wurde das auf vier Kollegen reduziert, und heute arbeiten noch drei Kollegen an einem Rundtisch. Die Stückzahl ist dabei aber nicht gesunken, die Pausen sind weggefallen! An den Tischen für die Golf-Zylinderköpfe arbeiteten von Anfang an nur zwei Kollegen, obwohl dort die Hitze noch unerträglicher ist. Gleichzeitig wird an Springern gespart: Früher war ein Springer an jedem Rundtisch, heute ist ein Springer für zwei Rundtische zuständig. Die gleiche Arbeit muß also von weniger Arbeitern gemacht werden; so sparen die Kapitalisten Lohnkosten und können ihren Gewinn noch steigern. Für die Kollegen bedeutet es, daß man jetzt außer den 20 Minuten Frühstückspause praktisch keine Minute mehr hat, um zum Beispiel auf Toilette zu gehen. Hinzu kommen die schlechten Arbeitsbedingungen: Im Sommer kamen in der Gießerei Temperaturen bis zu 60 Grad vor.

Am Band ist die Arbeitshetze noch schlimmer und die Arbeit noch eintöniger. Außer der Frühstückspause gibt es normalerweise zwei Pausen von je 10 Minuten, in der man von einem Springer abgelöst wird. Diese Pausen fallen meist aber flach, weil keine Springer da sind.

Auf Grund der Kurzarbeit und Produktionseinschränkungen kann man auch in Hannover, wie aus dem Werk Wolfsburg berichtet, Kollegen herumlaufen sehen, die Arbeit suchen und von einem Meister zum anderen geschickt werden. Weil Teile der Gießerei geschlossen wurden, wurden auch die Kollegen der Gießerei zeitweilig an andere Arbeitsstellen geschickt. Das ist auch ein Grund, warum mein Arbeitskollege bei VW gekündigt hat, wie viele andere auch.

W., Peine

Weichen gegen Entlassungen gestellt

In Stuttgart beschlossen 400 Drucker Forderungen gegen den Arbeitsplatzabbau

In Stuttgart-Möhringen bauen die Druck-Kapitalisten ein großes Druckzentrum für Südwestdeutschland. Ein Drittel der bisherigen Arbeitsplätze bei den Stuttgarter Nachrichten, der Stuttgarter Zeitung und dem Wochenblatt soll wegrationalisiert werden. Betriebsräte und Vertrauensleute der drei Stuttgarter Zeitungsbetriebe riefen zu einer Veranstaltung am 11. Januar im Gewerkschaftshaus auf, wo die Kollegen die Weichen gegen die geplanten Entlassungen stellten. Dort wurde eine Resolution eingebracht, mit der die 400 Kollegen ihre Forderungen darlegten:

Wir zitieren aus der Resolution:

Als dringende Maßnahme fordern wir:

Unsere Betriebsräte sollen in gemeinsamer Sitzung mit den Verlagsleitern, bzw. Geschäftsführern des Zeitungsverbundes verhandeln und sie zu bestimmten Zusicherungen veranlassen und Gewerkschaftsvertreter zu dieser Verhandlung hinzuziehen.

Zu verlangen ist:

1. Keine Kündigung im Zusammenhang mit der Pressekonzentration
2. Keine Gehalts- oder Lohnminderungen bei Versetzungen auf andere Arbeitsplätze im Betrieb
3. Bei Übernahme von Arbeitnehmers aus Schwester-Betrieben keine Lohnminderung, keine zeitlich begrenzten Arbeitsverträge und Anrechnung der Betriebszugehörigkeit
4. Umschulung sämtlicher Betriebsangehörigen auf die neuen technischen Produktionsbedingungen
5. Keine Einbuße des Real-Einkommens während der Umschulungszeit
6. Bei Ausscheiden von Arbeitnehmern müssen die betroffenen Abteilungen personell voll aufgefüllt werden, um die Gesundheit, Arbeitskraft und Arbeitsleistung im Interesse der Unternehmen und der Beschäftigten zu erhalten.
7. Die Abteilungen sind auch bei Urlaub, Krankheit usw. voll zu besetzen. Von den Kollegen soll keine belastende Mehrarbeit gefordert werden.
8. Es muß eine beiderseitige Kommission gebildet werden, die sich unverzüglich mit der Personalplanung in Möhringen befaßt.

Die Betriebsräte sollen über den Verlauf der Verhandlungen die Vertrauensleute und Bertriebsangehörigen unterrichten, vor allem dann, wenn der Eindruck entsteht, daß die Unternehmerseite versucht, die Verhandlungen zu verzögern.

Wir erwarten von den Unternehmern, daß sie sich im Interesse eines ungestörten Arbeitsablaufes bereiterklären, auf unsere Forderungen, die Facharbeiter, Angestellten, Redakteure und auch Hilfspersonal betreffen, einzugehen.

Die Resolution wurde durch einen Kollegen der Stuttgarter Zeitung kritisiert: "Warum steht nur was von Verhandlungen drin? Verhandlungen reichen nicht aus."

Während der Diskussion wiesen mehrere Kollegen darauf hin, welche Waffen wir für unsere Forderungen einsetzen sollen. "Wenn die Gewerkschaft – durch Gesetze gebunden – keinen Streik einleiten kann, dann müssen wir das selber tun." Dazu regte ein anderer Kollege an, daß auch durch eine Statutänderung auf dem letzten Gewerkschaftstag die Gewerkschaft auch die Aufgabe hat, die selbständigen Streiks zu unterstützen.

–H., OAG Stuttgart–



Das Bild zeigt DVA-Kollegen, die in Stuttgart gegen die Schließung des Betriebes demonstrieren. In Stuttgart sind in der letzten Zeit mehrere Betriebe geschlossen worden. Die Drucker wollen einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen nicht mehr hinnehmen.

plätzen nicht mehr hinnehmen.

IGM-Tarifrunde „Differenzierte Verträge"

Kassel. Nachdem der IGM-Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Steinkühler, gegenüber der 'deutschen presse agentur" angekündigt hatte, daß die IGM bereit sei, sogenannte "differenzierte Tarifverträge" abzuschließen, wurde auch bei uns im Betrieb, Rheinstahl-Kassel, über das Für-und-Wider dieses Manövers diskutiert, besonders von den aktiven Gewerkschaftern.

In einer Diskussion vertrat ein Kollege mir gegenüber den Standpunkt, daß die "differenzierten Verträge" vielleicht eine Lösung seien, da somit einige kleine Betriebe, die vielleicht nicht so gut dastünden, gerettet werden könnten, während man diejenigen, die die Riesenprofite einstrichen, besser schröpfen könnte. Ich versuchte, ihm klarzumachen, daß eine sölche Meinung im Grunde davon ausgeht, daß wir die Suppe auszulöffeln hätten, die die Kapitalisten uns eingebrockt haben. Es ist aber nicht im Interesse der Arbeiter, die kleinen Unternehmen zu erhalten, denn diese werden schon aufgrund der dem Kapitalismus innewohnenden Gesetzmäßigkeiten vernichtet, nämlich nach dem Motto: "Je ein Kapitalist schlägt viele tot" (Karl Marx, Kapital Bd.I, Marx-Engels-Werke, Band 23, S.790). Es ist für die Arbeiter nötig, angesichts der sich für sie immer mehr verschlechternden Lage, in der Tarifrunde soviel zu holen, wie sie brauchen. Dies verdeutlichte ein Kollege im IGM-Arbeitskreis so:

Ein Kollege arbeitet in einem Betrieb, der gut läuft, und ein anderer Kollege in einem schlecht gehenden Betrieb. Sie wohnen beide im gleichen Haus und bekommen die gleiche Mieterhöhung vorgesetzt. Das Beispiel zeigt, daß es doch ein offensichtlicher Unsinn wäre, auf der Grundlage solch differenzierter Tarifverträge abzuschließen. Denn dies würde die Arbeiter noch mehr spalten. In der Tat, würde so etwas durchgeführt, hieße das, die Kampfbedingungen wie sie derzeit sind, nämlich daß Arbeiter einer Branche in einem Bezirk gegen die Kapitalisten zusammengeschlossen werden, aufgeben und auf den Stand der Gewerkschaftsbewegung des letzten Jahrhunderts herabzusinken. Daß solche Vorstellungen auch in den Köpfen anderer IGM-Führer vorhanden sind, beweist die Tatsache, daß der Kollege Lips von der Ortsverwaltung Kassel im Oktober 1974 im Arbeitskreis vertreten hat: Eine globale Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage sei nicht möglich, sondern man müsse es differenziert sehen. Wobei er unterschied zwischen konjunkturellen Schwierigkeiten (Autoindustrie) und strukturellen Schwierigkeiten (Bauindustrie). Wo es schlecht liefe, müsse man niedrigere Forderungen aufstellen, und wo es besser liefe, müsse man höhere Forderungen aufstellen. Man sieht, Steinkühlers Vorschlag ist also nichts neues. Damit solchen Spalterforderungen der Boden entzogen wird, ist es notwendig, daß die Arbeiter solche differenzierten Verträge konsequent ablehnen und solche Forderungen aufstellen, die von ihren Bedürfnissen ausgehen und die ferner geeignet sind, die Einheit unter ihnen herzustellen, wie "Keiner unter 200 DM".

–B., Rheinstahl-Kassel–

Metaller gegen 6% Angebot

Klöckner - Humbold - Deutz

Köln, 13.1.1975. Heute morgen fragte mich direkt ein Kollege: "Na, was kriegen wir denn? Mit den 6 % der Kapitalisten können wir ja nun wirklich nicht auskommen. Wenn bis Ende Januar ein Einigungsvorschlag auf

dem Tisch liegen muß, dann kommt

dem Tisch liegen muß, dann kommt der Abschluß wieder Weiberfastnacht wie im vorigen Jahr. Wir sind dann in Karnevalsstimmung und merken es viel zu spät, daß wir wieder angeschmiert worden sind. Aber da kann man wohl nichts machen."

Wir haben dann weiterdiskutiert und wurden uns einig, daß es doch eine Möglichkeit gibt, dem geplanten Lohnabbau durch die Kapitalisten entgegenzutreten. Wir müssen gegenüber unseren Vertreter in der Tarifkommission auftreten, daß sie sich nicht wieder seitwärts in die Büsche schlagen und einem Abschluß zustimmen, der hinten und vorne nicht ausreicht. Wir müssen unsere Forderungen noch einmal bekräftigen, daß der Abschluß nicht unter 200 DM liegen darf. Wir sollten alle einen Brief an unsere Kollegen schreiben, damit sie wissen: Wir stehen noch hinter unserer Forderung.

Rheinkabel Köln

Ein Kollege bei Rheinkabel Köln meinte: "6 %! Das ist doch immer der gleiche Beschiß. Aber was wird denn am Ende rauskommen? 7 % vielleicht bei der Einigung. Damit kommen sie immer beim Karneval heraus, damit die Kollegen es nicht

heraus, damit die Kollegen es nicht

gleich sehen, was für'n Beschiß das ist. Aber 7 %, was ist das schon? Das sind 5 % auf den Effektivlohn und wenn du die Steuermehrbelastung abziehst, dann bleiben nur noch 4 %. Und das sind, z. B. bei mir, 1 100 DM netto, knapp 45 DM nachher auf die Hand. Damit komme ich nicht über die Runden. Wenn nicht mehr rauskommt, dann werde ich mich in diesem Jahr schwer einschränken müssen.

Streik gegen Arbeitsplatzabbau

Witten. 1 500 Arbeiter und Angestellte der Edelstahlwerke Witten haben am 7.1.1975 zwei Stunden gegen den geplanten Abbau von Arbeitsplätzen gestreikt. Durch die Fusion von Thyssen und Rheinstahl wurden auch das Stahlwerk Witten und das Deutsche Edelstahlwerk Krefeld zusammengelegt. Die Kapitalisten planen den Abbau von 1 000 Arbeitsplätzen. Mit dem Streik wurde die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung erreicht.

IG Druckmitglieder: 1,25 DM mehr

Für Forderungen in Mark und Pfennig, gegen spalterische Prozentforderungen

Speyer. Am Freitag, den 10.Januar, fand eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Speyer/Germersheim der IG-Druck statt. An der Versammlung nahmen ca. 40 Kollegen und das Tarifkommissionsmitglied Lothar Schäfer teil. Auf der Tagesordnung stand die Aufstellung der Forderungen für die kommende Tarifauseinandersetzung.

Schon einige Tage vor der Mitgliederversammlung hatten die Vertrauensleute in einer Sitzung über die Tarifrunde diskutiert und beschlossen, auf der Mitgliederversammlung die Forderung von 1,25 DM/Stunde für alle gleich einzubringen. Nahezu drei Stunden wurde darüber beraten. Dabei war von vorneherein klar, daß nur eine Mark und Pfennig-Forderung verabschiedet werden würde; diese Forderung hat sich schon seit Jahren in Speyer durchgesetzt.

Einigen Kollegen erschien der Betrag von 1,25 DM zu hoch, weil dann die Arbeitsplätze gefährdet würden. Doch diesen Unternehmer- und Regierungsargumenten konnte der Wind aus den Segeln genommen werden. Nicht der gestiegene Anteil der Löhne in der Druckindustrie, von 37,4 % auf 38,7 % des um 6,7 % erhöhten Bruttoumsatzes ist schuld an den vielen Betriebsschließungen – um 8,8 % ist die Zahl der Beschäftigten in der Druckbranche zurückgegangen –, sondern die verschärfte Konkurrenz der Kapitalisten untereinander, wo das Fressen der kleinen durch die großen in der kapitalistischen Krise verstärkt weitergeht. Da nützt auch kein Lohnverzicht etwas, meinten erfahrene Kollegen.

Die Notwendigkeit der 1,25 DM mehr pro Stunde wurde begründet mit den vielen Preis- und Gebührenerhöhungen, wie z. B. der Bahntarife, der Gas-, Wasser-, Strom- und Buspreise, der Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherung, sowie der Sozialmieten usw.. Außerdem wurde die "Zielprojektion" der IG-Druck von 4 % Reallohnsteigerung mit in die Forderung eingebaut. So entschied sich nach ausgiebiger Beratung die große Mehrheit der Versammlung für die Forderung von 1,25 DM auf 12 Monate.

Der Vorschlag, die Laufdauer auf 10 Monate festzulegen, wurde zugunsten einer Öffnungsklausel abgelehnt. Die Öffnungsklausel bedeutet hier, daß der Tarifvertrag vorzeitig gelöst werden kann, wenn entweder die Lebenshaltungskosten um 6,5 % oder das Bruttosozialprodukt um 2,5 % gestiegen ist.

Die Lehrlingslöhne sollen im 1.Lehrjahr auf 500,–, im 2. auf 550,– und im 3. auf 600,– DM angehoben werden.

Der Antrag: Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß wurde zwar eingebracht, aber nicht beschlußmäßig befaßt. Noch nicht durchsetzen konnte sich auf dieser Mitgliederversammlung der Antrag, durch eine Vorweganhebung die Übertarife abzusichern. Bekanntgegeben wurden die Forderungen des Mainzer Ortsvereins (mindestens 1,– DM) und von Neuwied (13 %). Auf der Bezirksmitgliederversammlung am 25.1. sollen die Forderungen aus Speyer eingebracht werden.

–KF, OAG Speyer–

Die UZ (Zeitung der DKP) berichtete am 13.1.75 unter der Überschrift: "16 % gefordert" von der Mark und Pfennig-Forderung in Speyer. Damit fällt die DKP den Kollegen in den Rücken, die wissen, daß nur auf dem Boden einer Festgeldforderung die Einheit der Drucker hergestellt werden kann.

Seit langem kämpfen nämlich die IG-Druck-Mitglieder in Speyer erfolgreich für diese Forderung. In den letzten Jahren konnte sie immer mehr verankert werden und konnte letztes Jahr sogar im ganzen Bezirk gegen den Willen des Vorstandes durchgesetzt werden. Aber nicht nur in ihrer Zeitung hintertreibt die DKP den Willen der Gewerkschaftsmitglieder. Ein DKP-Mitglied verbreitete im Speyerer DGB-Kreisjugendausschuß, daß eine Prozentforderung aufgestellt worden sei. Die Kollegen meinten dann, das könne ja wohl nicht sein, denn seit Jahren würden doch schon Festgeldforderungen aufgestellt.

Zentrale Kundgebung gefordert

Bonn. Eine zentrale Kundgebung gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in Bonn forderte der Landesbezirksvorstand der IG Druck Nordrhein-Westfalen.

Erfolgreiche Solidarität gegen Willkürmaßnahmen der Geschäftsleitung

Göttingen. Am Freitag, den 10.1.1975, war die Beerdigung eines Kollegen aus der Optik/Poliererei der Firma Carl-Zeiss-Göttingen. Sieben Kollegen aus der Abteilung wollten an dieser Beerdigung teilnehmen, da sie ein engeres Verhältnis zu dem Verstorbenen hatten. Die Geschäftsleitung aber bestimmte einen Meister, einen Vorarbeiter und zwei Kollegen aus dem produktiven Bereich als Delegation und verweigerte den anderen Kollegen die Teilnahme an der Beerdigung, die während der Arbeitszeit stattfinden sollte. Die Begründung war, sie bestimme die Delegation. In Wahrheit wollte die Geschäftsleitung vermeiden, daß zu viele Produktionsstunden ausfielen. Die Kollegen der Optik/Poliererei diskutierten darüber und beschlossen, daß die gesamte Abteilung an der Beerdigung teilnehmen soll, einmal, um der Geschäftsleitung klarzumachen, daß sie nicht einfach über die Kollegen bestimmen kann, zum anderen, daß sie solidarisch zusammen steht, zumal es sich um einen Kollegen handelte, der sich in der Abteilung solidarisch gegenüber den anderen Kollegen verhalten hatte. Also verließen ca. 40 Kollegen um 11.30 Uhr den Betrieb, um an der Beerdigung teilzunehmen. Damit war natürlich sehr viel mehr Produktionsausfall verbunden, als wenn die Geschäftsleitung die sieben Kollegen hätte gehen lassen.

–Zelle Zeiss des KBW–

Elektrohandwerk

In Niedersachsen wurde äußerst niedrig abgeschlossen

Osnabrück. Zur Zeit wird viel von der Metalltarifrunde in der Industrie geredet und geschrieben. Dabei gerät das Handwerk völlig ins Hintertreffen. Zum Beispiel im Elektro-Handwerk in Niedersachsen sind die Tarifverhandlungen bereits über die Bühne gelaufen. Die ausgelernten Arbeiter erhalten ca. 7,8 %, für Auszubildende gibt es 20 DM mehr in den ersten beiden Jahren, bzw. 25 DM im 3. und 4.Jahr. Der Abschluß ist äußerst gering.

Von den IGM-Mitgliedern kommen nur wenige aus dem Handwerk. Das ist ein Grund dafür, daß die Löhne im Handwerk gegenüber der Industrie relativ niedrig sind. Denn es ist klar, wo keine Mitglieder sind, die die Kontrolle ausüben können, kann die IGM-Führung mehr oder weniger machen, was sie will. Die Tarifkommission kann also abschließen, ohne daß auch nur ein Sterbenswörtchen davon an die Öffentlichkeit kommt.

Der jetzige extrem niedrige Abschluß wird von der IGM-Führung natürlich mit der kapitalistischen Krise begründet: Für die Kapitalisten gibt es nicht mehr soviel Profit, also müssen wir Arbeiter in unseren Lohnforderungen bescheidener werden. Aber das ist keine Tarifpolitik, die in unserem Interesse liegt. Für uns ist es nur wichtig, daß unser Lebensstandard nicht weiter sinkt.

Welche Konsequenz muß man jetzt angesichts dieser Tarifpolitik ziehen? Das einzig Richtige ist es, die Gewerkschaft zu stärken. Und zwar einerseits dadurch, daß die Mitglieder selber aktiver in das Gewerkschaftsgeschehen eingreifen; und andererseits dadurch, daß man um neue Mitglieder wirbt. Nur dann wird es möglich sein, erfolgversprechende Schritte bezüglich der Tarifpolitik einzuleiten. Jetzt aus der Gewerkschaft auszutreten, ist völlig falsch. Denn dadurch werden die Interessen der Arbeiter in keiner Weise gestärkt. Aber gerade das muß jetzt unser vorrangiges Ziel sein.

–R., Osnabrück–

Uni-Klinik Göttingen

Erfahrungen einer Personalratswahl

Göttingen. In der Chirurgischen Klinik der Uni Göttingen hat am 29.11.74 die Wahl eines neuen Personalrates stattgefunden. Die außerordentliche Neuwahl (Amtsperiode bis 76) war notwendig geworden, weil der Personalratsvorsitzende zurücktrat und 6 weitere Mitglieder daraufhin ihre Posten zur Verfügung stellten. Eine offizielle Stellungnahme des Personalrats zu seinem Rücktritt gab es nicht. Es wurde gemunkelt, daß die Belegschaft sich stark vergrößert habe, was eine Neuwahl nötig mache.
Was die meisten Kollegen wußten, war, daß dieser Personalrat mit der Belegschaft zusammengestoßen war und die Bewegung nicht mehr im Griff hatte. Er stand in den brennenden Auseinandersetzungen der letzten Wochen nicht auf der Seite der Belegschaft.

Dies kann man ziemlich gut daran deutlich machen, daß auf der letzten Personalversammlung eine Regelung der 40-Stundenwoche verabschiedet wurde und zwar gegen den Personalrat, der treu und brav die von der Kliniksleitung verordnete Regelung verteidigte. Und so war es auch in anderen Fragen. Auf dieser Personalversammlung war dann auch die Katze aus dem Sack gekrochen, als der Personalratsvorsitzende, durch die Kritik an seiner Politik in die Enge getrieben erstmals äußerte, daß wenn die Wahl zum Personalrat im Januar 75 sein werde, es andere ja besser machen könnten. 8 Tage später trat er zurück, und Neuwahlen wurden sofort eingeleitet.
Natürlich kam dies für alle sehr überraschend und dies war wohl auch die Absicht.

Ein Wahlprogramm wurde erstellt

Trotzdem lernten wir schnell. Das Wichtigste war es, die gesetzlichen Grundlagen, nämlich die Wahlordnung des Personalvertretungsgesetzes zu studieren und anzuwenden, und ein Programm zu erstellen, auf der sich eine Liste bilden kann, die von der Belegschaft unterstützt wird.
In diesem Programm mußte auf alle brennenden Fragen der Belegschaft eingegangen und Stellung bezogen werden. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die auch sonst meist führend in alle Konflikte eingegriffen haben, stellten ein solches Programm zur Diskussion. Die Forderungen waren u. a.:
- für jederzeitige Abwählbarkeit des Personalrates
- für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb
- für mehr Planstellen
- gegen Kurz- und Kettenverträge
- für freie Parkplatzplaketten
- für ein betriebliches Sicherheitswesen unter der Kontrolle des Personalrates
- für mehr Kindergartenplätze im Betrieb

Dieses Programm wurde auf einer Mitgliederversammlung der ÖTV im Betrieb als Programm für eine gewerksohaftliche Liste verabschiedet.

Schwierigkeiten gab es bei der Erstellung der Liste

Nicht, daß die Kollegen nicht das Programm unterstützen konnten, nein, sie waren schon jemand anderem auf den Leim gekrochen. Eine weitere Liste, die durch Unterstützung aus Kreisen des alten Personalrates getragen wurde, war erstellt worden. Diese Liste stellte ein Sammelsurium von Kollegen dar, u. a. auch gewerkschaftlich Organisierte, ohne daß diese eine klare Grundlage formuliert hätten. Somit konnte die Gewerkschaftsführung die Liste mit dem Programm als "Gewerkschaftsliste ÖTV" ablehnen, mit der Begründung, daß man sonst die gewerkschaftlich organisierten Kollegen der anderen Liste aus der Gewerkschaft ausschließen müsse und anderen oberflächlichen Begründungen. Trotzdem kam eine Liste auf diesem Programm zusammen. Sie bestand sowohl aus gewerkschaftlich organisierten als auch unorganisierten fortschrittlichen Kollegen.
Aber ein Fehler war zu dieser Zeit schon unterlaufen. Der Termin für die Vorentscheidung, ob Gruppenwahl oder gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten, wurde nicht wahrgenommen. Somit standen zwei Angestelltenlisten und zwei Arbeiterlisten zur Wahl.

Dann begann der Wahlkampf

Das Programm der Liste 2 wurde verteilt und unter den Kollegen bekanntgemacht. Verschärft wurde die Auseinandersetzung durch das Eingreifen des Personalratsvorsitzenden des alten Personalrats und durch das Eingreifen des Gesamtpersonalrats der Uni Göttingen. Beide Seiten unterstützten die Liste 1 der Angestellten und zwar in folgender Weise:

Der Personalratsvorsitzende griff einen Kollegen der Liste 2 an, indem er ihn fragte, wie er auf eine Liste käme, die von Kommunisten, Brandstiftern und Baader-Meinhof-Gruppe unterstützt würde. Für diese Äußerung wurde er von den Kandidaten öffentlich zur Rechenschaft gezogen und mußte sich entschuldigen.
Nun kamen ihm seine "Freunde" aus dem Gesamtpersonal zu Hilfe. In einem Flugblatt, das einen Tag vor der Wahl gezielt in der Chirurgie verteilt wurde, bezogen sie sich auf Äußerungen in der Betriebszeitung der Zelle Uni-Kliniken des KBW. In der Betriebszeitung wurde auf die Wichtigkeit und Richtigkeit des Programms der Liste 2 hingewiesen und die Liste ausdrücklich unterstützt. Der Gesamtpersonalrat schrieb u. a.: "Kollegen, laßt euch nicht vom KBW mißbrauchen!... Wählt Kollegen, die sich zu diesem Verständnis der Personalvertretung bekennen. Wer das Recht und den Schutz der Personalvertretung sucht, um die bestehende Gesellschaftsordnung in unserem Staate zu bekämpfen, anstatt innerhalb der bestehenden Ordnung für die Rechte der Kollegen einzutreten, kann nicht Personalvertreter sein!..."

Die Kandidaten der Liste 2 antworteten in einem Flugblatt am Wahltag darauf: "...Warum greifen diese Herren die Liste an? Wovor haben sie Angst? Es ist das klare Programm der Liste... Kollegen, entscheidet selbst. Sind das eure Forderungen oder nicht?..."
Und dies war auch der Kern dieser Angriffe. Trotzdem oder gerade deshalb bekam die Liste 2 bei der Wahl die meisten Stimmen. Denn heute verlassen sich die Kollegen nicht mehr darauf, im wilden Antikommunismus rumzuwühlen, sondern auf das, was sie sehen. Und dies spricht sowohl für das Programm der Liste 2, als auch für die Arbeit der Kommunisten an den Kliniken.

So hat sich das Programm der Liste 2 in dreierlei Hinsicht bewährt. Erstens gibt es den Kollegen eine Stoßrichtung an, auf der es weitergehen wird im Betrieb, gemeinsam mit dem Personalrat. Zweitens bewies sich das Programm als Waffe gegen Verleumdungs- und Diffamierungskampagnen, und drittens kann der neue Personalrat sofort nach der Wahl auf der Grundlage dieses Programms die Arbeit aufnehmen. So wird auch die Rechenschaftspflicht des Personalrats mit Inhalt gefüllt, und er ist von den Kollegen kontrollierbar.

i.Auftrag der Zelle Unikliniken, M.

ÖTV-Tarifrunde

"Die Forderung der ÖTV-Tarifkommission ist nicht geeignet, die untersten Einkommen zu verteidigen"

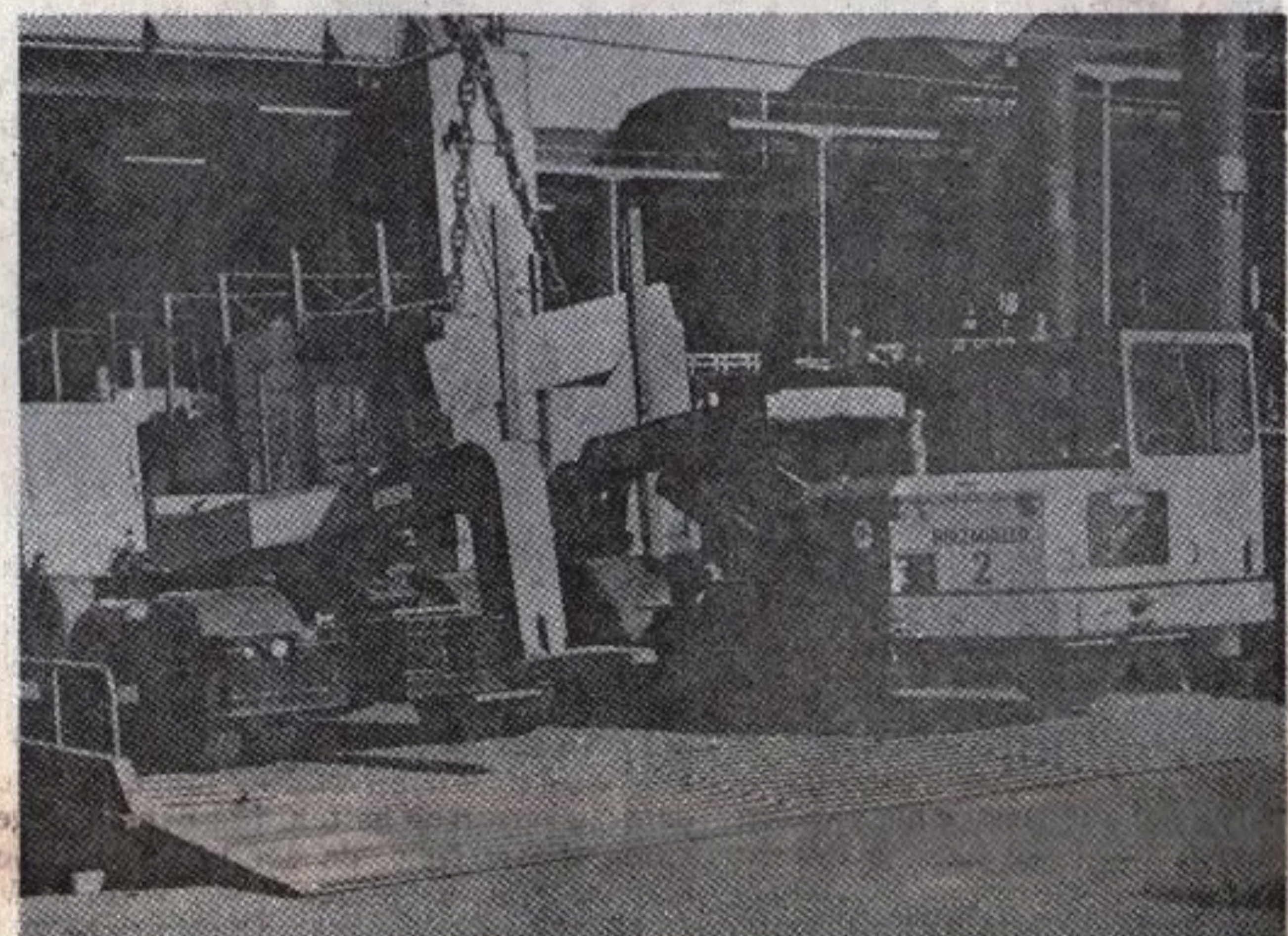
Göttingen. Der Vertrauenleutekörper der ÖTV der Universitäts-Nervenklinik stellt auf seiner Sitzung am 10.1.1975 fest, daß die Forderung der Großen Tarifkommission *"in keiner Weise geeignet ist, den Reallohn für die unteren Einkommensklassen zu verteidigen."* Er fordert daher, daß kein Kollege mit weniger als 200 DM ais der Tarifrunde herausgeht:

Resolution

Die Große Tarifkommission der ÖTV hat folgende Forderung als Verhandlungsbasis aufgestellt:
6 % und 50 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind.

Die Große Tarifkommission behauptet, diese Forderung sei im Interesse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und geeignet, den Reallohn zu halten.
Insbesondere wird behauptet, daß mit dem für alle Arbeiter und Angestellten einheitlichen Betrag die unteren Einkommensgruppen verhältnismäßig besser gestellt seien. Diese Behauptung wird durch eine Zahlenspielerei untermauert (ÖTV-Magazin Nr. 12/1974, S. 3).
"Bei voller Verwirklichung der Empfehlung würden sich — einschließlich des anteiligen Urlaubsgeldes — Erhöhungen zwischen 12 % auf der einen (Arbeiter beim Bund, niedrigste Lohngruppe, Stufe 1 = derzeit 1 284,51 DM montalich) und 7,84 % auf der anderen Seite (Angesteller bei Bund und Ländern, verheiratet, Vergütungsgruppe Ia, letzte Stufe = derzeit 3 958,69 DM monatlich) ergeben."
12 % für 1 184 DM monatlich sind ca. 142 DM, zusammen 1 328 DM. 7,84 % für 3 938 DM sind ca 308 DM, zusammen 4 266 DM. Die Zahlen zeigen, daß die relative Besserstellung unterer Einkommen leeres Gerede sind. Die Zahlen zeigen weiter, daß diese Forderung in keiner Weise geeignet ist, den Reallohn für die unteren Einkommen zu verteidigen.
Unsere Forderung muß daher sein, daß kein Kollege mit weniger als 200 DM aus der Tarifrunde herausgeht. Deshalb muß die Forderung der Großen Tarifkommission erweitert werden:
6 % und 50 DM, mindestens aber 200 DM und 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM für jedes Kind

Diese Resolution geht an die Große Tarifkommission und zur Veröffentlichung an verschiedene Zeitungen



"Für den Hamburger Hafen war 1974 ein Traumjahr"

Tarifrunde in den Seehäfen

Hamburg. Bereits am 5.12.1974 hat die Bundestarifkommission der Hafenarbeiter der deutschen Seehafenbetriebe folgende Lohnforderung für 1975 einstimmig beschlossen:
1. Der Grundstundenlohn wird mit Wirkung vom 1. Januar 1975 von 8,25 DM auf 9,15 DM erhöht.
   Dieser Grundstundenlohn erhöht sich nach Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres um 3 %.
2. Die Schichtzuschläge sind entsprechend zu erhöhen.
3. 12 Monate Laufzeit

Vorausgegangen war diesem Beschluß eine Diskussion unter den Mitgliedern der ÖTV Abteilung Seehäfen. So wurde in Hamburg auf der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung der Gesamthafenbetriebsgesellschaft nach längerer Diskussion die Forderung nach einer Erhöhung von 15 % aufgestellt und beschlossen. Die andere zur Abstimmung stehende Forderung war "18 % der Lohngruppe 3 für alle". Obwohl diese Forderung von verschiedenen Rednern vertreten wurde, erhielt sie keine Mehrheit.
Als der Tarifkommissionsvertreter von der Sitzung zurückkam und das Ergebnis bekannt gab, – 14 % für alle, die weniger als ein Jahr beschäftigt sind nur 11 % – wurde er heftig angegriffen.
Auf der nächsten Betriebsversammlung der Gesamthafenbetriebsgesellschaft wurde dann auch eine Ent schließung an die Bundestarifkommission mit großer Mehrheit verabschiedet. Sie beinhaltete wesentlich, daß die Forderung zu niedrig ist, und daß vor allem die aufgestellte Aufspaltung in Kollegen bis zum ersten Beschäftigungsjahr und bereits länger Beschäftigte abzulehnen ist, weil es die Kampfkraft erheblich schwächt.
Auf den ersten Verhandlungen mit den Arbeitgebern am 16.12. und 21.12. in Bremen-Vahr hielten die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung in dieser Höhe "in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage für nicht vertretbar." Ein eigenes Angebot haben sie noch nicht unterbreitet.
Das Jahr 1974 war für die Hafenkapitalisten so ein gutes Jahr, daß selbst das Hamburger Abendblatt in einer Schlagzeile noch vor Weihnachten verkündete: *"Hamburger Hafen: 1974 war ein Traumjahr – Güterumschlag stieg auf 53 Mio. Tonnen."*
Aber der Schichtlohn der Arbeiter ist so niedrig, daß man mit 11 Schichten auf 2 Wochen viel zu wenig in der Tüte hat, und deshalb die Hafenarbeiter in den Mehrzahl 2-3 Zusatzschichten in der Woche machen. Die nächsten Verhandlungen werden am 16. und 17. Januar in Bremen fortgesetzt. –J.–

Zwei Jahre Rationalisierungen

Bei Hellige in Freiburg machen jetzt viele Kollegen nur noch stumpfsinnige Detailarbeit

Die Firma Hellige, Freiburg, ist ein Montagebetrieb mit 900 Beschäftigten und stellt elektromedizinische Geräte her. Vor eindreiviertel Jahren wurden die Montageabteilungen in ein neues Werk verlagert.
Die Produktionsweise im alten Werk sah folgendermaßen aus: Vom Wareneingang (Erdgeschoß) liefen die Rohstoffe zu den Materialprüfstellen (elektrische und mechanische Kontrolle). Davon war eine im 4. Stock, die andere im 3. Stock. Nach den Kontrollen kamen die Bauteile in das Teilelager, das sich wieder im Erdgeschoß befand. Die Montageabteilungen mußten die Bauteile wieder im Erdgeschoß holen und die montierten Teilprodukte von Stockwerk zu Stockwerk zu den anschließenden Abteilungen transportieren. Die fertigen Geräte schließlich kamen dann in ein Zelt auf dem Nachbargrundstück, von wo aus sie verschickt wurden. In einzelnen Montageabteilungen haben Arbeitsgruppen gemeinsam den jeweiligen Gerätetyp montiert. Jeder Kollege einer Arbeitsgruppe konnte die Arbeit des anderen in der Gruppe übernehmen, so daß man die Arbeit gegenseitig tauschen konnte, das heißt jeder Kollege beherrschte die gesamte Montagearbeit. Diese Produktionsweise hatte keine Zukunft für die Kapitalisten, da sie zunehmend unprofitabler wurde. Eine Radikalkur wurde beschlossen, als die Firma vom amerikanischen Litton-Konzern gekauft wurde. Der bisherige Geschäftsführer wurde abgesägt und ein neuer wurde eingesetzt.

Dieser fing scharf an zu rationalisieren.

Hier zeigte sich, daß innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse bedeuten.

Die Montageabteilungen wurden in ein neues Werk verlagert, das aus einer Halle von der Größe eines Fußballfeldes besteht. Dort sind nun die Abteilungen entsprechend den Produktionsstufen aneinandergereiht wie die Perlen einer Perlenkette.: Wareneingang – Materialkontrollen – Teilelager – Vormontage – ... – Endmontage – Prüffeld – Fertiglager – Packraum! Die einzelnen Abteilungen sind nur noch durch einen gelben Strich am Boden voneinander getrennt.

Dies alles hatte ein Steigen der Produktivkraft der Arbeit zur Folge. Weiterhin wurden die Arbeitsgruppen aufgelöst und die Kollegen machen nur noch Detailarbeiten. Dadurch wächst die Stumpfsinnigkeit der Arbeit, außerdem sinkt das Lohnniveau des Arbeitsplatzes. Im Prüffeld sieht man zunehmend auch Frauen. In dieser Abteilung waren vorwiegend Techniker. Von den Prüfprogrammen wurden Teilprüfungen abgespalten für Arbeitskräfte, die billig sind. Dort arbeiten heute Frauen in den Lohngruppen 2 und 3 (5,42 bzw. 5,66 DM pro Stunde).

Inzwischen beginnt das Arbeitstempo anzuziehen. Es gibt noch Zeitlohn! Wenn jedoch die als unverbindlich erklärten Kalkulationszeiten nicht eingehalten werden, gibt es Verwarnungen. Die steigende Hetze der Arbeit gerät in Widerspruch zur derzeitigen Lohnform, dem Zeitlohn. Die Einführung von Akkord wird für das Kapital dann unvermeidlich.

Die Arbeitsbedingungen in der Halle singen ein Lied für sich! 40 % Luftfeuchte führt bei manchen Kollegen zu Rissen der Haut an den Fingern bzw. zum Platzen der Haut. Ungenügende Beleuchtung mit primitivem Neonlicht führt zu Kopfschmerzen. Die Halle hat Deckenheizung, was im Winter eiskalten Fußboden bedeutet.

Der Geschäftsführer sagte auf der letzten Betriebsversammlung: Wenn wir zum Beispiel Uhren an den Maschinen anbringen, dann tun wir das nicht wegen kapitalistischer Ausbeutung (so stellen es die Kommunisten dar), sondern wir wollen das Kapital besser nutzen. Für ihn erscheint das Kapital von einem geheimnisvollen Pulsschlag beseelt. Man finanziere Rohstoffe, Hilfsstoffe usw, sowie Löhne, dann wird gearbeitet und anschließend die Produkte billig verkauft und er hat mehr Kapital als am Anfang des Kreislaufes. Dieser für ihn so geheimnisvoll erscheinende Pulsschlag des Kapitals ist in Wirklichkeit nichts anderes als der Herzschlag der Belegschaft; und die Differenz der Kapitalsummen ist nichts anderes als **unbezahlte** Verausgabung menschlicher Arbeitskraft. Der ganze Reichtum der Kapitalistenklasse ist nichts anderes als Diebstahl fremder Arbeitskraft. Die weitere Entwicklung wird deshalb so aussehen, daß sich die Arbeiterklasse das aneignet, was sowieso ihr gehört.

–Re, Hellige-Zelle, Freiburg–

Berichtigung:
In KVZ 1/75, 2 Spalte, Ende des 2. Absatzes muß es nicht: **"ernst nimmt"**, sondern stattdessen **"nicht annimmt"**, heißen.

Die GEW will ihr Fallbeil schärfen

Zu Beginn dieses Jahres hat in Gießen eine Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW/Bund gemeinsam mit den Landesvorsitzenden stattgefunden (ein Gremium, das es satzungsgemäß gar nicht gibt). Das Ergebnis: Auf den 8. März soll durch den Hauptausschuß eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung einberufen werden. Frister ist der Meinung, daß die Ausschlußguillotine, die er im Juni auf dem ordentlichen Bundeskongreß errichtet hat, noch nicht scharf genug ist. In der Tat klemmt das Instrument. Der Hauptvorstand/Bund wollte kürzlich gegen den sozialdemokratischen Kollegen Siebert (Hessen) wegen Kritik an Frister durch den hessischen Landesvorstand ein Ausschlußverfahren einleiten lassen. Dies ist aber bei einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden.

Im Fall des Kollegen Pfaff hat das Landgericht Frankfurt erstmals gegen die bürgerlichen GEW-Machthaber entschieden (vergl. KVZ 19/74).
Auf der außerordentlichen Bundesvertreterversammlung soll beschlossen werden, daß Kollegen, die Organisationen angehören, welche im DGB-Unvereinbarkeitsbeschluß genannt sind, künftig nicht durch die Schiedskommissionen, sondern durch den Hauptvorstand selbst ausgeschlossen werden.
Übrigens will Frister den Sozialistischen Lehrerbund Berlin in die Liste der "gewerkschaftsfeindlichen" Organisationen aufnehmen lassen. In einem Brief an Vetter hat er angekündigt, auf einer Klausurtagung die Unvereinbarkeit von DKP- und DGB-Mitgliedschaft überprüfen zu lassen.

–P.–

Pötter ist pleite

Westberlin: 78 Kollegen entlassen – Für 2 Monate stehen die Löhne noch aus.

In der letzten Nummer der KVZ vom 9. Januar berichtete ich, wie die Polizei die Interessen der Kapitalisten gegen unsere gerechte Forderung auf sofortige Auszahlung des vollen Lohnes verteidigte. Der einzige Weg, um den ausstehenden Lohn zu kriegen, war: Das Baumaterial, das Handwerkszeug, das Inventar kommt so lange nicht vom Platz, bis wir unsere Löhne haben. Mit Polizeigewalt wurde den Gerichtsvollziehern Zugang verschafft, um für die Lieferanten zu pfänden. Vom 20. Dezember 1974 bis 6. Januar 1975 hatten wir Zwangsbetriebsurlaub. Dies nutzte der Kapitalist Pötter zum Gegenangriff aus.

16 Kollegen entließ er, darunter die kämpferischsten. Mit Diffamierungen und Drohungen gegenüber der Belegschaft mit fristloser Entlassung versuchte er die Geschlossenheit der Kollegen aufzuspalten. Auf einer Betriebsversammlung am 30. Dezember stellten wir uns einheitlich gegen die Entlassung der 16 Kollegen und gegen jegliche Spaltungsversuche von Pötter. Wir forderten erneut die sofortige Zahlung der Löhne und daß dazu am 6. Januar auf der Betriebsversammlung; Pötter und der Vergleichsverwalter Stellung beziehen müssen und ein Vertreter der Gewerkschaft kommen muß. In den darauf folgenden Tagen wurde Baumaterial von den Baustellen beschlagnahmt und vom Betriebshof abgekarrt. Über 20 weitere Kollegen wurden entlassen. Jetzt war uns das entscheidende Druckmittel, um den Lohn zu erkämpfen, aus der Hand geschlagen. Über die Hälfte der Kollegen war entlassen, so daß objektiv die Spaltung so tief war – die Kollegen müssen Arbeit suchen, Geld besorgen, die unerträgliche Mühle der Arbeitsämter durchlaufen – und deshalb zur Betriebsversammlung am 6. Januar nur knapp 20 Kollegen kamen. Dies war eine Niederlage. Wir konnten unseren Lohn nicht erkämpfen. Aber eins haben wir gründlich gelernt! Um gegen die Kapitalisten erfolgreich zu kämpfen, müssen wir uns alle gewerkschaftlich organisieren und die Gewerkschaft zur Waffe im Kampf gegen die Kapitalisten schmieden. Mehrere Kollegen sind schon in die IG Metall eingetreten. weitere werden folgen. Zum Ende dieser Woche sind alle Kollegen entlassen. Für zwei Monate stehen die Löhne noch aus. Wir sind gezwungen, und das Notwendigste zum Leben auf Pump zu besorgen. Den Kapitalisten Pötter schert das wenig. Er beschert seinen Kunden nachträglich noch Weihnachtsgeschenke und läßt die Gelder der Bauherren für von uns geleistete Arbeit direkt an die Lieferanten überweisen. So kann er sich hinstellen und sagen: Ich will ja Eure Löhne bezahlen. Aber die Lieferanten nehmen mir doch alles weg. Aber die Millionen, die der Kapitalist Pötter uns ausgepreßt hat, die bleiben unangestastet. So will es das Gesetz in diesem Staat.

Volker Willier

„Hausfrauenschichten"

In allen Betrieben, in denen Frauen arbeiten, sind diese vorwiegend in den unteren Lohngruppen eingestuft. Bei den Süddeutschen Metallwerken (SMW) sind z. B. die meisten Frauen in den Lohngruppen 2 und 3. Das heißt, sie arbeiten für 5,28 bis 5,59 DM in der Stunde. In der Regel werden Frauen, die die gleiche Arbeit leisten wie Männer, niedriger bezahlt als diese. Um auf einen einigermaßen ausreichenden Lohn zu kommen, müssen die Kolleginnen in der Stanzerei, in der sie großen Gefahren durch Schneid- und Ziehwerkzeugen ausgesetzt sind, die ohnehin schon unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen umgehen. Dabei kam es des öfteren schon zu schweren Unfällen. Einer Frau an den Pressen in der Stanzerei wurden erst vor kurzer Zeit drei Finger abgequetscht. Obwohl die Verantwortlichen wußten, daß die Maschine Öl verliert und über 20 Jahre alt war, ließ man, um ja keine Produktionseinbußen hinnehmen zu müssen, weiter daran arbeiten. Am Band in der Fertigungshalle ist die Arbeit so monoton, daß es nach einer kurzen Arbeitsunterbrechung unmöglich ist, wieder in den Arbeitsrythmus reinzukommen.

In der Montagehalle bei SMW haben die Kapitalisten anscheinend die Spinde "vergessen". So kommt es, daß die Arbeiterinnen ihre Kleider unter dem Montageband aufbewahren müssen. Doch damit nicht genug: Im Laufe der Hochkonjunktur 1969/70 wurden in vielen Betrieben, so auch bei SMW, sogenannte "Hausfrauenschichten" eingerichtet, um die Produktionskapazität bis zum geht nicht mehr auszulasten. Die Kapitalisten traten mit riesigen Werbefeldzügen an solche Frauen heran, denen es nicht möglich war, tagsüber zu arbeiten, weil sie einen Haushalt mit Kindern zu versorgen hatten. Die Familie braucht aber Geld, da der Lohn des Mannes alleine hinten und vorne nicht ausreicht. So entschlossen sich viele Hausfrauen, nach Ende der Arbeitszeit des Mannes in die Fabrik zu gehen, um was dazu zu verdienen. Diese Kolleginnen mußten meist am Band arbeiten und wurden in niedrige Lohngruppen eingestuft.

Die in Hochkonjunkturzeiten als billige zusätzliche Arbeitskräfte eingestellten Arbeiterinnen werden in der Krise als erste entlassen. Als z. B. bei SMW sich die Krise durch Auftragsrückgänge abzeichnete, ließ die Geschäftsleitung als erstes die Hausfrauenschichten auflösen und die betroffenen Kolleginnen einfach entlassen. Die jeweiligen Familien mußten dann plötzlich ohne den Lohn der Frau auskommen. Das Arbeitsamt zahlt obendrein kein Arbeitslosengeld, obwohl die Arbeiterinnen regelmäßig ihre Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben. Begründung: Sie könnten nicht mehr weitervermittelt werden.

Eine rüde Antwort!

Wir sind Sozialarbeiter-Studenten und Mitglied der ÖTV. Als Studenten konnten wir deshalb Gewerkschaftsmitglieder werden, weil wir vorher im Beruf standen und auch nach dem Studium wieder lohnabhängig sein werden.

An der evangelischen Sozialarbeiter-Schule in Darmstadt haben wir einen Film über die Lebens- und Arbeitsbedingungen eines griechischen Arbeiters in der BRD gezeigt. Der Film war ein guter Anlaß, um mit Studenten, Dozenten und interessierten Darmstädtern über die ungerechte Kindergeldregelung für Ausländer zu diskutieren. Auf Schautafeln hatten wir vorgerechnet, was diese großartige Reform den einzelnen Nationalitäten an Nachteilen bringt. In kürzester Zeit hatten wir über hundert Unterschriften gesammelt, mit denen die Unterzeichnenden den Vorsitzenden des DGB in Darmstadt, Alois Perresin, auffordern, das Recht der ausländischen Kollegen auf gleiches Kindergeld mit durchsetzen zu helfen, indem der DGB die Bewegur gegen die ungerechte Kindergeldregelung durch Kundgebungen, Belegschaftsversammlung in den Betrieben und durch Demonstrationen unterstützt. Das Antwortschreiben des Gewerkschaftsvorsitzenden Peressin zeigt, wie Peressin glaubt mit den Forderungen von Gewerkschaftsmitgliedern umgehen zu können. Wir werden dem Kollegen Peressin den Gefallen nicht tun, in unseren gewerkschaftlichen Aktivitäten nachzulassen.

–i.A., V.Sch.–

DGB Kreis Darmstadt
6100 Darmstadt Rheinstraße 50

6. Januar 1975

Sehr geehrter Herr Schwinghammer!
Wir haben Ihr Schreiben und die beigefügten Unterschriften zur Kenntnis genommen.
Es bleibt Ihnen unbenommen, gewerkschaftliches Wollen und Handeln aus Ihrer Perspektive eine Einschätzung zu unterziehen. Nur sollten Sie wissen, daß wir uns von niemanden die Art unseres Handeln vorschreiben lassen. Dies bleibt im Rahmen unserer Satzung den gewählten Gremien vorbehalten. Daran hat sich bisher nichts geändert.
Wir wissen nicht erst seit der neuen Kindergeldregelung um die Probleme ausländischer Arbeiter.
Unsere seitherige Arbeit als Passivität zu bezeichnen, zeigt uns nur, mit welcher Kurzsichtigkeit Sie auf einer halben Seite an die Sache herangehen.
Kurzum: Gewerkschaftliches Wollen und Handeln bestimmt sich aus den Entscheidungen der Betroffenen.
Wir empfehlen Ihnen jedoch, den mitunterzeichnenden Dozenten, soweit Sie in der Gewerkschaft ÖTV organisiert sind, einmal dort Ihre Vorstellungen vorzutragen.
Mit freundlichen Grüßen
Alois Peressin

Salzgitter: Wie die Kapitalisten die Arbeitslosigkeit ausnutzen

Vorweg: Salzgitter ist eine Kleinstadt mit 121 000 Einwohnern. Im Dezember 1974 ist hier die Arbeitslosigkeit auf 5,4 % gestiegen. 2 800 Arbeitslosen stehen nur noch 340 offene Stellen gegenüber. Gefragt sind nur noch Fachkräfte. Besonders schlecht ist die Lage der 1 700 arbeitslosen Frauen: für sie hat das Arbeitsamt noch ganze 70 Stellen anzubieten. Die Anzahl der Kurzarbeiter ist auf 6 500 gestiegen. Es ist also in Salzgitter so gut wie aussichtslos, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Es ist ein Hohn, wenn angesichts ser Lage der Vorstand der SPD-Ratsfraktion behauptet: "Die wirtschaftliche Lage, ... sei in Salzgitter, gemessen an der allgemeinen Lage, als gut zu bezeichnen." (Salzgitter Zeitung vom 6.1.75)

Praktisch bedeutet das, daß in allen Betrieben rationalisiert wird. Die Kapitalisten nutzen die hohe Arbeitslosigkeit in Salzgitter aus, um die Arbeiter unter Druck zu setzen und noch mehr aus ihnen herauszuholen. So werden Abgänge selten oder gar nicht ersetzt. Eine Steigerung der Produktion wird durch Verschärfung der Arbeitshetze und Verlängerung des Arbeitstages durchgesetzt. Wie sich das für die Arbeiter des größten Betriebes in Salzgitter, der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) auswirkt, schildert der folgende Bericht eines Kollegen:

"Im Oktober 1974 sprach der Vorstandsvorsitzende Birnbaum im NDR von einem vollausgelasteten Geschäftsjahr 1975 und von sicheren Arbeitsplätzen. Dieses wurde im November 1974 in der Salzgitter Zeitung noch einmal bestätigt. Im Jahr 1974 hat P+S riesige Profite gemacht. Anfang Dezember wurde im Vorstand von P+S von Kurzarbeit für Februar/März 1975 gesprochen. Dieses steht im Widerspruch zu vorherigen Aussagen. Der Betriebsrat war voll dagegen. 'Wenn die allgemeine Wirtschaftslage so anhält wie bisher, so muß im Frühjahr 1975 mit Entlassungen gerechnet werden', so der Vorstand von P+S.

Trotz der allgemein schlechten Wirtschaftslage werden bei P+S im Stahlwerk unbegrenzt Überstunden gefahren, vor allem im Elektro- und Maschinenbetrieb. Offiziell heißt es die einzelnen Betriebe seien überbesetzt. Viele Kollegen fragen sich: Warum die vielen Überstunden? Warum immer mehr Arbeit bei verhältnismäßig weniger Arbeitern und bei gleichem Lohn? Jeder kann feststellen, daß die Arbeit immer umfangreicher wird und die Arbeiter immer weniger. Seit Oktober werden keine Neueinstellungen mehr vorgenommen, Abgänge werden nicht ersetzt. Offiziell wird bestritten, daß es einen Einstellungsstop gibt.

Daß die Arbeit immer mehr wird, dazu ein Beispiel: Wartungsgänge, für die vorher 9 Stunden vorgesehen waren, wurden gekürzt auf 6 Stunden. Mit einem Satz: Die Arbeiter bei P+S werden immer mehr ausgebeutet.

Weihnachten war Produktionsruhe. Dies wurde bei P+S für Überholungsarbeiten ausgenutzt. Schlosser und Elektriker konnten Überstunden fahren soviel sie wollten. Die Facharbeiter, die irgendwie (Urlaub, Krankheit, usw.) verhindert waren und deshalb für die Zeit nicht dem Betrieb zur Verfügung standen, wurden vom Meister oder Vorarbeiter unter Druck gesetzt, doch Überschichten zu machen.

Bedingt durch die Mehrarbeit und die wenigen Leute wird die Arbeitshetze immer größer. Meister und Vorarbeiter treiben die Arbeiter an. Facharbeiter müssen immer häufiger Hilfsarbeiten machen, und wenn sie das 2, 3 Mal ablehnen wird ihnen das als Arbeitsverweigerung ausgelegt. Bekanntlich ist die Folge davon Kündigung. Die meisten Kollegen sind unzufrieden, aber sie wehren sich noch nicht dagegen.

Hier zeigt sich, wie wichtig es für alle Arbeiter ist, gegen die Kapitalisten und ihren Staat die Forderung durchzusetzen: Verwirklichung des 8-Stundentages, vollständiges Verbot der Überstundenarbeit, als Schritt zur Durchsetzung des 7-Stundentages.

J.A. Sympathisantengruppe Salzgitter

Kündigung ungültig

Das Arbeitsgericht in Ludwigshafen hat eine Kündigung der Stadt Ludwigshafen gegen den Assistenzarzt R.Bilger für ungültig erklärt, weil sie gegen das Grundgesetz verstoße.

Kollege Bilger, ein Kommunist und aktiver Gewerkschafter, bekam seine Kündigung im Mai 74, 2 Wochen vor Ablauf der Probezeit. Bei der Gewerkschaft bekam er keinen Rechtsschutz, weil der Rechtssekretär meinte, es sei sinnlos, gegen eine Kündigung in der Probezeit zu klagen. Kollege Bilger klagte trotzdem.

Von Anfang des Prozesses an hat Kollege Bilger erklärt, daß die Stadtverwaltung ihm gekündigt hat, weil er Kommunist ist. Die Stadtverwaltung hat sich darauf berufen, daß sie bei einer Kündigung in der Probezeit keinen Grund anzugeben braucht.

Dann kam sie mit dem fadenscheinigen Kündigungsgrund, Kollege Bilger sei "kontaktarm seinen Mitassistenten gegenüber". Als durch Zeugenaussagen das widerlegt war, hieß es, der Grund für die Kündigung liege in dem "Gesamtverhalten" des Kollegen. Obwohl sogar der Personalchef ausgesagt hatte, daß er mit allen maßgeblichen Leuten, sogar mit dem Oberbürgermeister, über die politische Betätigung von R.Bilger geredet hat, hat die Stadtverwaltung bis zum Schluß behauptet, das sei nicht der Kündigungsgrund.

In der Entscheidung des Arbeitsgerichts wird festgehalten, daß der ausschlaggebende Kündigungsgrund die politische Betätigung von Kollege Bilger gewesen ist. Deshalb verstößt die Kündigung gegen § 3 Abs. 3 des Grundgesetzes. (Da steht drin, daß niemand wegen seiner Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubens, religiöser oder politischer Anschauung bevorzugt oder benachteiligt werden darf.)

Dabei ist wichtig, daß laut Gerichtsurteil der Arbeitgeber auch bei Kündigungen in der Probezeit verpflichtet ist, einen plausiblen Grund anzugeben, wenn der Verdacht besteht, daß ein Verstoß gegen Grundrechte vorliegt.

R.B., OAG Ludwigshafen

Ruhrgebiet: Arbeitslosenheer lockt politische Geschäftemacher

Wie man im Lokalteil der Ruhr-Nachrichten vom 6.1. lesen konnte, hat die hohe Zahl der Arbeitslosen in Heren jetzt schon über 7 % der Beschäftigten, fast 2 500, die Frankfurter "Interessengemeinschaft der Arbeitslosen Deutschlands (IGdAD)" nach Herne gelockt. Vorstandsmitglieder dieser ominösen Interessengemeinschaft verteilten Donnerstag vorm Bahnhof Flugblätter und hatten einen Stand aufgebaut. Sie versuchten, arbeitslose Kollegen aus Herne für die kostenlose Mitgliedschaft in ihrer "Interessengemeinschaft" zu gewinnen.

Aus dem Katalog ihrer Forderungen, der völlig willkürlich zusammengestellt und sicherlich nicht zum Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit geeignet ist, ragt eine heraus: Die Interessengemeinschaft bzw. der Vorstand – da laut Frankfurter Abendpost vom 23.12. eine "Mitgliederversammlung ... bisher an den finanziellen Schwierigkeiten der arbeitslosen Mitglieder" scheiterte – fordert u.a.:

"**Vermögensbildung** nach dem 624-DM-Gesetz für Arbeitslose ...". Vermögensbildung in einer Zeit, in der die meisten arbeitslosen Arbeiter und Angestellten mit ihrer Arbeitslosenunterstützung am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren. Das ist allerdings ein Hohn und zeigt auf, daß neben der Unernsthaftigkeit der Forderungen die IGdAD die Aufgabe hat, die arbeitslosen Kollegen auf die Errungenschaften unseres "Sozialstaates" festzulegen und so Vertrauen in die herrschenden Verhältnisse zu schaffen.

Was aber macht die besondere Gefährlichkeit dieser Betrüger aus: Das ist die Tatsache, daß sie sich mehr oder weniger offen gegen die Gewerkschaften wenden. Sie sagen: "Die Gewerkschaften fordern zwar Lohnerhöhungen und Arbeitslosengeld – aber was tun sie für uns Arbeitslose?" Sie setzen daran an, daß tatsächlich die klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsführer in den Gewerkschaften alles andere tun als der Gefahr zu begegnen, daß die Arbeitslosen von den Kapitalisten als Druckmittel gegenüber den in Arbeit befindlichen Arbeitern benutzt werden. Die Gewerkschaftsführer tun nichts gegen eine solche Erpressung der Kapitalisten: "Wenn ihr aufmuckt und gegen die Arbeitshetze und gegen die Rationalisierungen und sogar noch mehr Lohn fordert, ... vor dem Betrieb warten 'zig andere auf euren Arbeitsplatz!" Sie haben alles andere im Sinn als dagegen die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Sondern sie gehen sogar so weit, daß sie versuchen arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder von Abstimmungen auf Mitgliederversammlungen auszuschließen (IG DruPa Hamburg).

Aber anstatt dagegen in die Gewerkschaften einzutreten und in ihnen – auch gegen die Gewerkschaftsführer – dafür einzutreten, daß die Gewerkschaften beginnen, den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu führen und durch den Aufbau von Arbeitslosenausschüssen auf DGB–Ebene, daß die Gewerkschaften eine tatsächliche Bedeutung für die Arbeitslosen bekommen, gründen diese Abenteurer die IGdAD und spalten so die Arbeiterklasse in Arbeitende und Arbeitslose. Die Arbeiterklasse wird sich schärfstens gegen solche Machenschaften wenden müssen, wenn sie nicht zum Spielball der Kapitalistenklasse werden will.

Bei der "Interessengemeinschaft" fallen einem dazu noch etliche Widersprüche ins Auge. Einmal ist die Mitgliedschaft kostenlos. Die Fahrt von Frankfurt nach Herne und die Flugblätter haben aber sicherlich eine ganze Menge Geld gekostet. Außerdem sind diese Leute auf einer Rundreise, die sie am Mittwoch vorher schon nach Düsseldorf geführt hat. Damit die 4 "Vorstandsfreunde" herumreisen und Flugblätter verteilen können, brauchen sie eine ganze Menge Geld, das sie selbst, da sie alle schon seit längerer Zeit arbeitslos sind, nicht aufbringen können. Schaut man sich dann noch an, wer das denn ist, der da versucht eine Arbeitslosenvereinigung zu gründen, dann wird einem noch mehr klar. So ist der Vorsitzende ein arbeitsloser Bauleiter aus Frankfurt, der, bevor er seine Stelle verlor 3 000 DM im Monat verdient hat und nun 1 200 DM Arbeitslosenunterstützung erhält. Davon konnte er aber seinen 3 Töchtern nach seiner Darstellung keine Weihnachtsgeschenke kaufen. Woher sonst als von den Kapitalisten sollten solche Herren der IGdAD das Geld für ihre Rundreisen und Propaganda nehmen. Und wie ließe sich sonst erklären, daß in Herne sofort das ZDF-Magazin zur Stelle war um die "Bemühungen" der IGdAD zu filmen, als damit daß sie auch mit Publicity von den Kapitalisten unterstützt werden.

Das ZDF will die Szenen voraussichtlich am 22.1.1975 im ZDF-Magazin unter dem Motto: Arbeitslose helfen sich selbst senden. Wenn das keine Werbung ist.

–W.W.–

Sehr zum Unbehagen der SPD, die in Nordrhein-Westfalen vor einer schwierigen Landtagswahl steht, hat sich nicht nur in Herne, sondern im ganzen Ruhrgebiet die Arbeitslosigkeit sprunghaft entwickelt. Schon im Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen im Ruhrgebiet auf 4,6 % gestiegen, neben Herne liegen die Zahlen auch in Gelsenkirchen (6,3 %0, Wattenscheid, Wanne-Eickel und Recklinghausen über 5 % (zwischen 5,3 % und 5,8 %). Diese Zahlen liegen schon über den Zahlen von 66/67. Alarmierend schnell steigt insbesondere die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und Frauen.

Insgesamt wurden im Land 266 075 Arbeitslose gezählt.

–Red.–

Die Emanzipation der Frau ist eine Klassenfrage



Die UNO hat das Jahr 1975 zum "Jahr der Frau" erklärt. Solange und überall, wo Unterdrückung und Ausbeutung herrschen, ist die Lage der Frauen in besonderer Weise gedrückt. Selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die formell rechtliche Gleichheit der Frauen weitgehend hergestellt ist, bleiben die Frauen besonderer Unterdrückung und sozialer Diskriminierung ausgesetzt. Darüber ist notwendig Klarheit und Kenntnisse zu verbreiten und die Bedingungen der Emanzipation der Frauen zu untersuchen. Unlösbar ist die Frage der Frauenemanzipation mit der Befreiung der Arbeiterklasse verbunden, die allein mit der Beseitigung der Ausbeutung die Ursache jeglicher Unterdrückung und Knechtschaft beseitigen kann.

Die herrschende Ausbeuterordnung in Westdeutschland fügt der Unterdrückung und der Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes insgesamt noch immer besondere Fesseln für die Frauen hinzu.

Zwar haben die Arbeiterbewegung und die verschiedenen demokratischen Bewegungen im Volk inzwischen eine weitgehende Gleichheit der Rechte erzwungen, soweit überhaupt von Rechten die Rede sein kann. Trotzdem ist eine wirkliche Rechtsgleichheit keineswegs verwirklicht, obwohl im Grundgesetz die rechtliche Gleichstellung im öffentlichen und privaten Recht verkündet wird. So untersagt das Grundgesetz selbst den Frauen ausdrücklich, das Waffenhandwerk zu erlernen. "Auf keinen Fall", heißt es, dürfen Frauen "Dienst mit der Waffe leisten". (Das Recht, sich zu bewaffnen, besitzen allerdings auch die Männer nicht, die herrschende Klasse nimmt sich lediglich das "Recht", sie für sich in Dienst zu nehmen.) Wo dem Volk insgesamt Rechte vorenthalten werden, betrifft dies die Frauen doch oft in besonderer Weise. Das gilt für den Abtreibungsparagraphen, das gilt aber auch für die Frage der Ausbildung. Daß nicht allen Kindern eine Ausbildung obligatorisch zusteht, die sie befähigt, die Produktion zu beherrschen und am politischen Leben teilzunehmen, sondern es nach Abschluß der Volksschule von der Gunst eines Kapitalisten abhängt, ob sie überhaupt eine weitere Berufsausbildung erfahren, benachteiligt die Mädchen, weil sie viel seltener eine Lehrstelle kriegen können.

Immer noch heißt es nach dem sogenannten Gleichberechtigungsgesetz von 1957, daß die Berufstätigkeit der Frau prinzipiell auf den Fall einzuschränken ist, wo "diese Tätigkeiten nicht der Erfüllung ihrer ehelichen und familiären Pflichten entgegenstehen". Eine übelriechende Heu-
stehen". Eine übelriechende Heu-
chelei, die sofort erkennbar wird, wenn man wenige Paragraphen weiter liest. Die Frau ist nämlich zu arbeiten verpflichtet, "soweit die Arbeitskraft des Mannes und die Einkünfte des Ehegatten zum Unterhalt der Familie nicht ausreichen." Da, wo die Familie eines Hilfsarbeiters mit vier oder fünf Kindern um ihre Existenz kämpfen muß, sind dem Gesetzgeber die "familiären Pflichten" nichts mehr wert, die Frau muß in die Fabrik, ob die Kinder verwahrlosen, davon ist nicht mehr die Rede.

Immer noch verliert eine geschiedene Frau alle Ansprüche auf eine Rente, die ihr sonst zugestanden hätten.

Emanzipation ist eine Klassenfrage

Schon an den wenigen Beispielen aber wird deutlich, daß die rechtliche Benachteiligung für die Frauen ganz verschiedene Wirkungen hat.

Der Frau eines Bankiers kann die Rentengesetzgebung gleichgültig sein. In die Lage, daß die Einkünfte des Mannes nicht reichen, wird sie in der Regel nicht kommen.

Über das Los der Frauen entscheidet, ob sie zu dieser oder jener Klasse gehören. Es ist ganz etwas anderes, als Erbin von einem Aktienpaket, als Managerin einer Baugesellschaft, oder als Akkordarbeiterin bei Siemens, als Verkäuferin bei Horten, als Arbeiterfrau zu Hause mit vier Kindern, oder auch als eine von den 990 000 Bäuerinnen, die in der Mehrzahl auf Nebenerwerbsbetrieben sich zu Tode schuften müssen, von Emanzipation zu reden.

Die kapitalistische Produktionsweise hat Millionen von Frauen in die Produktion gerissen, sobald es durch die Einführung der Maschinerie möglich war, Arbeiter auch ohne große Muskelkraft anzuwenden. Das hat die Situation der Arbeiterfamilie grundlegend verändert. Der Wert der Arbeitskraft, von dem die Höhe des Lohnes letztlich abhängt, war bestimmt, so schreibt Karl Marx im 1. Band des Kapitals (Seite 416 f.) "nicht durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerei alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft. Der Ankauf der in vier Arbeitskräfte z.B. parzellierten Familie kostet vielleicht mehr als früher der Ankauf der Arbeitskraft des Familienhaupts, aber dafür treten vier Arbeitstage an die Stelle von einem, und ihr Preis fällt im Verhältnis zum Überschuß der Mehrarbeit der vier über die Mehrarbeit des einen." Damit die Arbeiterfamilie ein wenig mehr Geld in die Hände kriegt, müssen jetzt alle arbeitsfähigen Glieder in die Fabrik. "Da gewisse Funktionen der Familie, wie z.B. Warten und Säugen der Kinder usw., nicht ganz unterdrückt werden können, müssen die vom Kapital konfiszierten Familienmütter mehr oder weniger Stellvertreter dingen. Die Arbeiten, welche der Familienkonsum erheischt, wie Nähen, Flicken usw. müssen durch Kauf fertiger Waren ersetzt werden. Der verminderten Ausgabe von häuslicher Arbeit entspricht also vermehrte Geldausgabe. Die Produktionskosten der Arbeiterfamilie wachsen daher und gleichen die Mehreinnahme aus. Es kommt hinzu, daß Ökonomie und Zweckmäßigkeit in Vernutzung und Bereitung der Lebensmittel unmöglich werden." Am Ende machte also der Kapitalist ein doppeltes Geschäft; er preßte einen größeren Teil unbezahlter Arbeit aus der Arbeiterfamilie heraus, und zugleich erweiterte er noch den Markt für seine Waren. Er zwang den Arbeiter, ihm seine Familie zu verkaufen, machte ihn zum "Sklavenhändler". Schon um die Jahrhundertwende sind in Deutschland rund die Hälfte aller Frauen erwerbstätig, d.h. die überwiegende Mehrheit der Frauen des Volkes muß ihre Arbeit verkaufen.

Die Lage der Arbeiterinnen

Diskriminiert durch die überkommene Anschauung von der Minderwertigkeit der Frau, ohne nennenswerte Bildung, niedergedrückt durch die Arbeit im Haus, traten die Frauen auf den Arbeitsmarkt. So wurden sie dem Kapital am meisten ausgeliefert, auch unvermeidlich das bevorzugte Material der industriellen Reservearmee. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

1971 sind 36,6 % aller Erwerbstätigen Frauen; bei den Angestellten stellen die Frauen sogar knapp die Hälfte. Von allen Erwerbstätigen, die über 40 Stunden arbeiten, sind 28,9 % Frauen; Teilzeitbeschäftigung betrifft also nur 20 % aller erwerbstätigen Frauen. Betrachtet man die Erwerbsquote aufgegliedert nach Altersgruppen, kann man leicht ablesen, wie wenig das Leben der Frauen aus der Arbeiterklasse und dem Volk mit dem süßlichen Bild von der heimhütenden Frau und Mutter zu tun hat.

Wie wenig auch mit der neueren Ideologie von der Partnerschaft, wo die "Gleichberechtigung" es der Frau ermöglicht, "ihren Mann zu stehen".

Von den 20- bis 25-Jährigen sind rund 70 von 100 erwerbstätig; bis zum 35. Lebensjahr fällt die Quote auf 46, um bis zum 50. Lebensjahr wieder auf 50 zu steigen. Nach einer neuen Umfrage des DGB hat die Mehrzahl der Arbeiterinnen die Fabrik für die Aufzucht der Kinder nie länger als 6 Jahre verlassen. Spätestens, wenn die Arbeiterinn und die Angestellte ihr Kind in einem Kindergarten oder sonstwo unterbringen kann, geht sie an den Arbeitsplatz zurück. Die Zahl der berufstätigen Mütter ist in den letzten Jahren sogar ständig gestiegen. Von den Müttern mit zwei Kindern unter sechs Jahren arbeitet immer noch fast ein Viertel. Die Kapitalisten bevorzugen diese Frauen, weil sie darauf setzen, daß sie, um die Existenz der Familie zu erhalten, bereit sind, alles auf sich zu nehmen. Ein Beispiel dafür, wie das Kapital "alles Sittliche" zum Mittel der Ausbeutung verkehrt.

Wenn also die Entwicklung der Maschinerie und die damit einhergehende Vereinfachung der Arbeitsfunktionen es dem Kapital erlaubte, Frauen zu Millionen in die Fabrik zu holen, so wurde damit dem Kapital ein riesiges Arbeitskräftereservoir erschlossen, das es nach Bedarf konsumieren oder brachliegen lassen kann. Indem so die industrielle Reservearmee anwuchs, wurde "die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, der Grund ihrer Ausbeutung und die Unsicherheit der Existenz des Proletariers" (Programm des KBW) nur noch gesteigert. In der Regel kaum ausgebildet, ist die Arbeitskraft der Frauen weniger wert, und das heißt, die Frauen sind gezwungen, sich billiger an die Kapitalisten zu verkaufen. Außerdem rechnet der Kapitalist den Frauen die Kosten an, die ihm durch den durchschnittlich höheren "Ausfall", durch Schwangerschaft und Wochenbett und durch die ihm vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen entstehen. Da die Kapitalisten an der Arbeitskraft der Frauen gerade wegen ihrer Billigkeit und leichten Austauschbarkeit interessiert sind, liegt ihnen nichts daran, daß die jungen Mädchen ihre Fähigkeiten ausbilden können.

Vielfach können sie vielleicht eine Lehre als Verkäuferin machen, um nach Abschluß der Lehrzeit dann doch am Fließband zu landen, weil ausgelernte Verkäuferinnen weniger gefragt sind.

Weil die einzelne Frau leicht ersetzbar ist durch eine andere, kann der Kapitalist den Lohn der Frauen drücken, und wo er Männerarbeit durch Frauenarbeit verdrängen kann, drückt der niedrigere Lohn der Frauen auch den der Männer weiter herunter. Überall in den Industrien, wo diese Verdrängung weit fortgeschritten ist, wo, wie in der Bekleidungsindustrie, rund 80 % Frauen arbeiten, liegen die Löhne insgesamt und auch die Männerlöhne niedriger. Noch bis 1955 haben die Kapitalisten in der Bundesrepublik ganz offen durch einen "Frauenlohnabschlag" auch bei gleicher Arbeit die Frauen geringer bezahlt. Das Bundesarbeitsgericht hat dann auf Druck der Gewerkschaften die "Abschlagsklausel" für verfassungswidrig erklärt. Daraufhin haben
sungswidrig erklärt. Daraufhin haben
die Kapitalisten die Leichtlohngruppen eingeführt, und unter anderen Etiketten ist die Situation die selbe geblieben. Es hat sich bestätigt, daß mit rechtlichen Mitteln die Wirkungsweise der ökonomischen Zwangsgesetze nicht zu durchbrechen ist. Das haben die Richter auch vorausgesehen. "Sollte eine solche Methode dazu führen, daß die Frauen alsdann geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die die leichtere Arbeit leisten, so bestehen dagegen keine rechtlichen Bedenken", heißt es in der Urteilsbegründung.

Billigere Arbeitskräfte

Die Arbeiterklasse kann und muß durch ihre gewerkschaftliche Organisation, durch die Vereinigung der einzelnen Belegschaft der sozialen Ungleichheit entgegentreten, aber die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise werden unvermeidlich dazu führen, daß die Kapitalisten immer wieder und mit wechselnden Mitteln die Klasse zu spalten und gegeneinander auszuspielen versuchen. Wie es im Kapitalismus kein Recht auf Arbeit geben kann, wird es auch kein Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz geben. Welche Arbeitskraft der Kapitalist kauft und welche nicht, wird solange seine Sache sein, solange seine Klasse die politische Macht hat, ihr Eigentum an den Produktionsmitteln zu behalten. Wenn dem Kapitalisten heute verboten ist, übertarifliche Zulagen aus "Gründen des Geschlechts" ungleich zu verteilen, so wird er sich einen anderen Grund aussuchen.

Im verarbeitenden Gewerbe sind von 2,7 Millionen Facharbeitern nur 285 000 Frauen; von den 4,1 Millionen angelernten und ungelernten Arbeitern sind aber fast dic Hälfte – 1,7 Millionen – Frauen. Von den Frauen unter 30 stehen dabei 40 % im Akkord. Die Brutto-Stundenlöhne bei den Industriearbeitern liegen 1973 durchschnittlich bei 8,76 DM, bei den Frauen aber bei 6,16 DM. Die Wochenverdienste liegen mit 382 DM bzw. 248 DM noch weiter auseinander, obwohl die Arbeitszeit nur minimal geringer ist. Bei den Angestellten sind die Lohnunterschiede sogar noch größer; die Bruttoverdienste im Monat liegen bei 1 842 bzw. 1 153 DM. Selbst wenn man nur vergleichbare Gehaltsgruppen nimmt, beträgt im Durchschnitt der untersten Gruppen der Unterschied immer noch 258 DM, nämlich 1 128 zu 870 DM. In welche Not eine ledige Frau oder eine geschiedene Frau mit Kindern gerät, kann man sich leicht ausrechnen. Tiefes Elend aber kennzeichnet die Lage der Frauen, die auf eine Rente aus der eigenen Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Bei den über 840 000 Rentnerinnen, die bis zu ihrem 65. Lebensjahr geschafft haben, beträgt im Juli 1974 die Durchschnittsrente in der Arbeiterrentenversicherung 238,50 DM.

All dies tritt noch schärfer hervor in den unvermeidlich immer wieder ausbrechenden Krisen.

Wenn die Konjunktur floriert, preßt das Kapital aus dem Reservoir der noch unbeschäftigten Frauen Tausende neu in die Fabrik; kommt die Krise, werden sie zu einem großen Teil wieder abgestoßen, werden wieder zur industriellen Reservearmee. So ist auch jetzt die Arbeitslosigkeit der Frauen noch größer als die der Männer. Gerade dann also, wenn der Verdienst der Frau für die Familie am nötigsten wäre, findet die Frau keine Arbeit mehr oder muß sich billiger verkaufen, während ihre Arbeitskraft wieder dann besonders begehrt ist wenn es durch besseres Verdienst des Mannes nicht unbedingt notwendig wäre.

Die überkommene Arbeitsteilung

Wenn die Arbeiterinnen im Durchschnitt den am meisten ausgebeuteten Teil der Arbeiterklasse bilden, so ist damit ihre Lage doch nur erst zur Hälfte beschrieben. Gleich, ob berufstätig oder nicht, verbleiben die Frauen immer zugleich in der "häuslichen Sklaverei", werden sie, wie Lenin schrieb, durch die "den Menschen am meisten abstumpfende Arbeit, die Kleinarbeit in der Küche und überhaupt im vereinzelten Familienhaushalt niedergedrückt" (Band 32, Seite 159). Die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter, diese "zutiefst eingewurzelte, gewohnte, erstarrte, verknöcherte 'Ordnung' " ist zwar durch die Einbeziehung der Frauen in die Produktion schon aufgesprengt, wodurch die Entwicklung der Selbständigkeit der Frauen gewaltig vorwärts getrieben ist, aber zu ihrer schließlichen Aufhebung fehlen alle weiteren Bedingungen. Gerade die ungleiche Behandlung beim Verkauf der Arbeitskraft bewirkt, daß die überkommenen Verhältnisse immer wieder erneut sich verfestigen. Wenn in einer Familie mit mehreren kleinen Kindern der Mann arbeitet und nicht die Frau, weil er mehr verdienen kann; wenn der Mann Überstunden macht, während die Frau nach der Arbeit den Haushalt macht, ist das dann unvernünftig? Wenn durch den Verlust der Steuerabzüge für den Fall, daß die Frau mitarbeitet, die mageren Einkünfte der Frau fast ausgeglichen werden, wie es vorkommt, ist es dann ein Wunder, wenn die Frau zu Hause bleibt?

Es ist idealistisch, zu glauben, daß die überkommene Arbeitsteilung in der Familie, so sehr sie auch durch die Lohnarbeit der Frauen zerrüttet und unerträglich geworden ist, für die werktätigen Massen aufgehoben werden kann, bevor die ungleiche Behandlung der Frau in der Produktion aufgehoben ist. Das ist aber nicht möglich, solange die Kapitalistenklasse über die Produktion verfügt.

So werden die Bedingungen und der Weg der Emanzipation deutlich. Daß sich die Frauen vom System der Lohnarbeit, das sie besonders niederdrückt, nicht anders denn als Teil der Arbeiterklasse befreien können, daß sie den Weg gehen müssen, den die ganze Arbeiterklasse gehen muß, liegt auf der Hand.

Daß die Arbeiterklasse als Klasse ihre historische Mission nicht wird erfüllen können, wenn sie unter sich nicht einig geworden ist, wenn sie es der Kapitalistenklasse einräumt, den durch die Benachteiligung von vorherein geschwächten Teil gegen die ganze Klasse auszuspielen, ist einfach zu begreifen. Bei jedem Streik, wo die Kapitalisten versuchen, die Hausfrauen gegen ihre Männer in Bewegung zu setzen, wird die Notwendigkeit der Einheit der Klasse als ganzer handgreiflich.

Gerade jetzt, wo die Krise objektiv die Spaltung wieder weiter aufreißt, wo wieder Stimmen auftauchen, die Frauen sollten ihre Arbeitsplätze räumen, muß die Einheit vorangetrieben und gefestigt werden. Daß die Arbeiterklasse diese Einheit nicht erreichen kann, wenn sie nicht schon jetzt der Benachteiligung der Frauen entgegentritt, kann man sich leicht ausrechnen.

Der Weg der sozialen Emanzipation

Die Emanzipation der Frau ist nicht vollständig, wenn die Frau nicht von der überkommenen Fesselung an die Hausarbeit frei wird. Wenn aber diese Fessel dadurch ständig erneuert wird, daß allein der Kapitalist entscheidet, ob und wo die Frau in der Produktion verwendet wird – dadurch, daß also die allgemeinen Bedingungen der Lohnabhängigkeit die Frauen aufgrund der Voraussetzungen, unter denen sie auf den Arbeitsmarkt kommen, besonders treffen, dann ist der Weg der Befreiung von der Lohnabhängigkeit und der Weg der Befreiung von der Fessel der Hausarbeit ein und derselbe. Erst wenn die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse die politische Macht entrissen hat und das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist, sind die Voraussetzungen gegeben, daß die Frauen planmäßig in die gesellschaftliche Produktion sich eingliedern und in ihr all ihre Fähigkeiten entfalten können. Erst dann kann mit einem Zustand Schluß gemacht werden, wo je nach dem Pulsschlag des Kapitals Hunderttausende von Frauen in die Fabriken gepreßt oder wieder auf die Straße geworfen werden. Erst dann können auch die Bedingungen geschaffen werden, den Übergang vom vereinzelten Kleinhaushalt zum vergesellschafteten Großhaushalt, zur gesellschaftlichen Versorgung und Erziehung der Kinder zu vollziehen. Erst dann kann die Frau unter gleichen Bedingungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Die Arbeiterklasse kann den Frauen nur diesen einen Weg zeigen, und die nächste Aufgabe auf diesem Wege ist die Eroberung der politischen Macht. Die Arbeiterfrauen müssen wie die ganze Klasse den Weg des politischen Kampfes gehen. Dabei kann sich die Arbeiterklasse zunutze machen, daß selbst die wenigen Frauen, die niemals selbst in der Produktion dem Kapital unmittelbar gegenübergestanden haben, doch von jedem Schlag, den die Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen führt, wenigstens mittelbar getroffen werden. Jede Teuerung, jede Kürzung des Lohnes, jeder Verlust durch Krankheit und Unfall kann sie über die gesellschaftlichen Verhältnisse belehren.

H.V.

Statistische Quellen: Statistisches Jahrbuch 1973, Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau

Sofortige Freilassung von Rainer Recke !

Verdächtigt, weil "stark politisch engagiert"

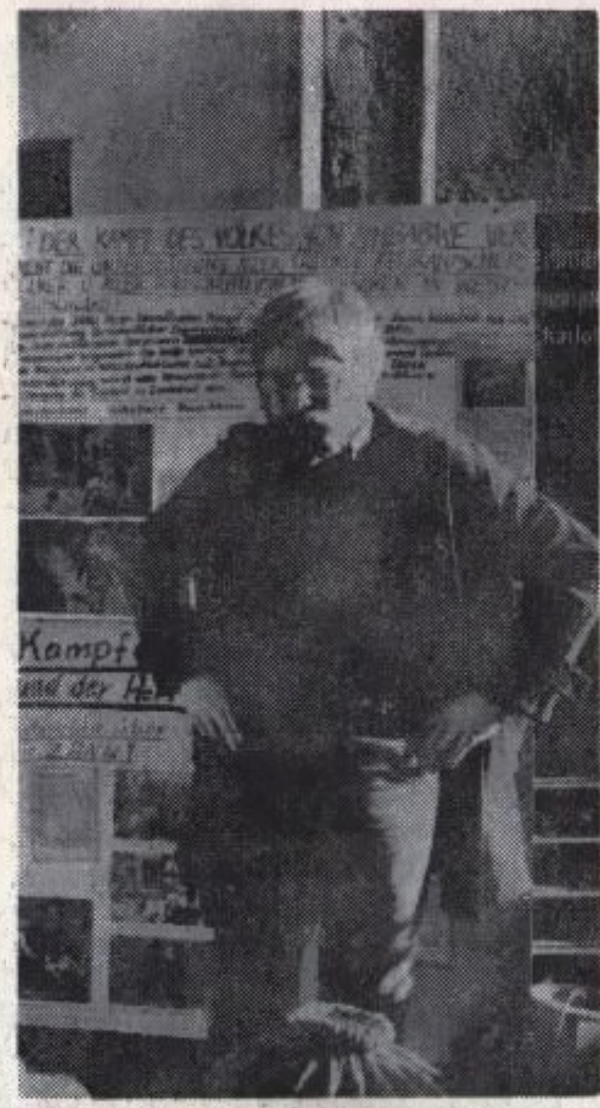
Göttingen. Am Dienstag, den 10. Dezember 1974, morgens um 6 Uhr, wurde der mit dem KBW sympathisierende Genosse Rainer Recke aus seinem Bett heraus verhaftet. Die Wohnung und seine Arbeitsstelle – Delta-Druck, der fast ausschließlich Publikationen des KBW druckt – wurden durchsucht. Recke wurde noch am gleichen Tag 17 Stunden von der Göttinger Politischen Polizei verhört und um 0.30 Uhr in Göttingen inhaftiert, wo er am 12. Dezember nochmals vernommen wurde. Er wird im Haftbefehl, der Sonntag, 8.12., im Eilverfahren erwirkt wurde, beschuldigt, am 15. November aus politischen Motiven zwei Brandanschläge auf staatliche Einrichtungen (Institut für Rechtsmedizin und Steueramt) verübt zu haben. Die Staatsanwaltschaft führt als Beweis einen zuerst selbst unter Tatverdacht festgenommenen "Zeugen" an, der Rainer Recke als Kommunisten aus "dem Stadtbild kennen" und ihn auf 8 ihm willkürlich vorgelegten Lichtbildern erkannt haben will, und daß Rainer Recke als Drucker Zugang zu Flaschen der Chemikalie "Rapilith" hatte, die bei den Attentaten verwendet wurden. Der "Zeuge" ist bis heute nicht wieder aufgetaucht. Zwei weitere Anschläge auf die Werkstatt der motorisierten Polizei am 14. November und auf ein Bundesbahn-Busdepot am 20. November, bei dem ein Sachschaden von 800 000 DM entstand, wurden der haltlosen Beschuldigung einfach nachgeschoben.

Laut der bürgerlichen Göttinger Presse soll die in Frankfurt gegründete Gruppe "Justizguerilla" für die beiden dem Genossen Recke unterstellten Anschläge verantwortlich sein, die sich jedoch schon in einem im September veröffentlichten Flugblatt zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen eindeutig gegen Stadtguerilla-Aktionen aussprach. Der Haftbefehl gegen Rainer Recke ist trotz Nachweis von festem Wohnsitz und Arbeit, trotz der Tatsache, daß der Genosse demnächst heiraten will und der von seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Plähn aus Hamburg, durchgesetzten Haftprüfung aufrechterhalten worden.

Am 13. Dezember wurde sogar zusätzlich noch ein Sicherungshaftbefehl erwirkt. Am 11. Dezember, einen Tag nach der Verhaftung, prahlte der Hauptkommissar Thies, stellvertretender Chef der Kripo, der Rainer Recke weder kennt noch mit ihm je gesprochen hat, gegenüber der bürgerlichen Lokalpresse, er persönlich sei "sicher, mit Recke den Richtigen zu haben" (Göttinger Tageblatt vom 11. Dezember 1974). Schon am 14. Dezember aber, während mit großaufgemachten Zeitungsartikeln mit dem Bild des Genossen Recke um "Mithilfe der Bevölkerung" ersucht wurde, mußte die Polizei zugeben, "trotz knapp vierwöchiger kriminalistischer Kleinarbeit auf der Stelle zu treten" (Göttinger Tageblatt vom 14. Dezember 1974). Offenbar braucht es also keine Beweise und keine persönliche Kenntnis, um Herrn Thies von der Schuld eines Menschen zu überzeugen. Da reicht es schon, wenn man "stark politisch engagiert" ist. Dafür, daß die Politische Polizei keine Beweise in der Hand hat, hat Herr Thies den Mund reichlich voll genommen.

Obwohl sämtliche Zeugen vernommen wurden und kein Haftgrund im Sinne der Strafprozeßordnung vorliegt, werden die beiden Haftbefehle – Haftgründe: "Verdunklungs- und Fluchtgefahr" – nicht aufgehoben. Recke sitzt in abgesonderter Einzelhaft und unterliegt "Besuchsbeschränkungen", d. h. nur seine Mutter und sein Anwalt dürfen ihn besuchen.
Den Willkürmaßnahmen der Klassenjustiz muß Einhalt geboten werden! Sofortige Freilassung des Arbeiters Rainer Recke!

C.K., Göttingen





Ravensburg

Zimbabwe-Aktion: Polizei räumte das Feld

Unsere Organisation beschloß, am Weihnachtsmarkt mit einem Flohmarkt teilzunehmen, um den Erlös für Zimbabwe zu verwenden. Wir stellten Stellwände auf, auf denen wir für die Bevölkerung von Ravensburg die Lage der schwarzen Bevölkerung unter dem weißen Siedlerregime und den bewaffneten Kampf der ZANU gegen das Regime darstellten.
Bald darauf erschienen Ravensburger Geschäftsbesitzer und Vertreter der Stadt, die den Weihnachtsmarkt organisiert hatten. Sie verlangten, daß wir die Stellwände wieder entfernen sollten. Sie begründeten dies damit, daß politische Agitation nicht zu einem Weihnachtsmarkt paßt und schon gar nicht die Unterstützung eines bewaffneten Kampfes. Wir ließen uns zuerst einschüchtern, bauten die Stellwände ab, setzten aber unsere Flugblattaktion fort und diskutierten mit den Passanten über die Ziele der Befreiungsbewegung. Daraufhin schickten sie uns die Polizei auf den Hals, die uns aufforderte, innerhalb von einer Stunde den Platz zu räumen. Sie behaupteten, daß Teile der Bevölkerung in ihrer Weihnachtsstimmung gestört würden. Da durch das Erscheinen der Polizei ein großer Menschenauflauf entstanden war, konnten wir die Menschen fragen, ob sie sich durch unsere politische Aktivität gestört fühlten und ob sie mit den Maßnahmen der Polizei bzw. der Stadt einverstanden wären. Die meisten hatten nichts dagegen und einige ältere Passanten schimpften auf die Polizei und ihre Maßnahmen. Nachdem die Polizei abgezogen war, bauten wir unsere Stellwände wieder auf und diskutierten verstärkt mit den Passanten über die Schikanen der Stadt, so daß nach Ablauf der Frist eine beträchtliche Anzahl von Menschen um den Stand versammelt waren. Die Polizei kam, führte die angedrohte Zwangsräumung nicht durch. Ihre Begründung war sehr aufschlußreich. Sinngemäß meinte sie, daß bei einer gewaltsamen Räumung ein zu großer Menschenauflauf entstehen könnte, und daß sie den Menschen den Räumungsbefehl nicht einsichtig erklären könnten. Außerdem wären sowieso viele Menschen gegen die Polizei eingestellt, was durch eine solche Aktion noch verstärkt werden würde.
Wir machten die wichtige Erfahrung, daß es den Ordnungsorganen der Stadtbürokratie nur schwer bzw. nicht gelingt, ihre Einschüchterungsmaßnahmen durchzusetzen, wenn es gelingt, die Auseinandersetzung öffentlich zu machen und wenn sich viele Leute daran beteiligen.

—Sympathisantengruppe des KBW Ravensburg/Weingarten—

Bad Homburg. Bei einem Frührentner erschienen vor einigen Wochen zwei Kriminalbeamte und verlangten von ihm ein Alibi für die Zeit des Kiep-Attentats. Der Mann hatte vor etwa drei Jahren, empört über die miserablen Wohnverhältnisse, Walter Leisler Kiep in dessen Büro aufgesucht . Sein Protest richtete sich dagegen, daß nur neun Mietern eine einzige Toilette zur Verfügung stand, der Wind durch alle Ecken pfiff und dafür noch eine überhöhte Miete verlangt wurde.

Wissenschaftliche Ergebnisse über Auswirkungen der Isolation

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, daß jegliche Art von Isolation schädlich und zerstörerisch auf den menschlichen Organisamus wirkt. Grund: Der Mensch ist ein soziales Wesen, und als solches auf mitmenschliche Kontakte angewiesen. Bereits geringe Einschränkungen bereiten ihm Qual und lassen ihn heftigen Mangel empfinden.

Ameisenversuch:

Amerikanische Versuche mit Ameisen (eine Tierart, deren soziale Organisation starke Ähnlichkeit mit der menschlichen Gesellschaft aufweist) zeigten tödliche Folgen der sozialen Isolation: In Glaskästen wurden bei sonst guten Lebensbedingungen untergebracht: eine Ameise – Tod nach 24 Stunden; zwei Ameisen – Tod nach 3 Tagen; drei Ameisen – Tod nach 2 Wochen. Erst eine größere Anzahl (fünfzehn) überlebte.

Seglerversuch:

Die Deutsche Forschungsgesellschaft führte Untersuchungen an Seglern durch, die allein um die Welt gefahren waren: "Bereits die unsystematischen Berichte solcher Einhand-Weltumsegler geben Aufschluß über Folgen der sozialen Isolation:
- Verlangsamung der Denkfähigkeit (entsprechend der Dauer der sozialen Isolation);
- allgemeiner Motivations- (Antriebs-)verlust;
- Ausschaltung der Selbsterhaltungs- bzw. Selbstbehauptungsmechanismen;
- psychosomatische Störungen;
- (meist visuelle) Halluzinationen und Wahnvorstellungen." (P. Kempe, J. Gross, Psychologische Aspekte von Einhand-Weltumseglern, "die Yacht" Nr. 5, März 1970)

Wirkung von Einzelhaft

Der amerikanische Psychiater Engels schreibt 1967: "In der Einzelhaft ergeben sich: Schwierigkeiten, die Realität zu überprüfen, das Aufkommen von lebendigen Vorstellungen, die manchmal die Qualität von visuellen oder Gehörshalluzinationen haben, die Tendenz, Reize aus der Umwelt falsch zu interpretieren, eingeschlossen solche des eigenen Körpers, Abnahme des Vermögens, logisch, zusammenhängend und rational zu denken ... hochgradige Apathie, Depression und Zurückgezogenheit, was von unorganisierten panischen Ausbrüchen unterbrochen wird, sind dann die Konsequenz, und – wenn das so weitergeht – kann dieser Zustand tödlich enden."
Weiter schreibt Engels: **"In der Einzelhaft ist der Hunger nach menschlichen Kontakten so groß, daß Gefangene sogar das Verhör ihrer Häscher willkommen heißen."**
Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch werden die Folgen der Isolation Deprivation (Beraubung) genannt. Die **sensorische** Deprivation ist die ausgeprägteste Wirkung von Isolation, die entweder durch intensive Isolation ("camera silens"-Zellen) oder durch abgemilderte, aber um so länger dauernde Isolationsmaßnahmen zu erreichen ist.

Versuche mit der camera silens:

Seit 1972 gibt es, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an der Hamburger Universität, den Sonderforschungsbereich 115 (SFB 115) **"Aggressionsforschung".** Einer der verantwortlichen Leiter dieses Projekts ist der Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik: Prof. Jan Gross, bekannter Spezialist in Isolations- (=Deprivations-) Forschung. Gross geht von Menschenversuchen aus, die die Amerikaner schon in den 40er Jahren intensiv betrieben haben: "brain-washing" (Gehirnwäsche). Ein Versuch mit Psychologiestudenten, die eine negative Haltung zum Spiritismus hatten: Sie wurden tagelang von jeder Beziehung zur Umwelt abgeschirmt. In einem schallisolierten Käfig wurde ihnen eine Brille aufgesetzt, die nur diffuses Licht durchläßt. Weiter: "Während des gesamten Zeitraums, mit Ausnahme der Zeit, in der sie gegessen oder die Toilette aufgesucht haben, hatten sie an den Händen dicke Baumwollhandschuhe, und die Hände hatten sie wieder in Pappzylinder hineingesteckt, die von den Ellbogen bis zu den Fingerspitzen reichten und zwar eine geringere Bewegung in den Gelenken erlaubten, aber eine taktile Perzeption (Tastsinn) begrenzten. Den Kopf hatten sie in dicke Kissen aus Schaumgummi vergraben, die die Form des Buchstabens U hatten, in denen sich auch Interkommunikationseinrichtungen befanden: Ein dauerndes Geräusch des Verstärkers in diesen, dazu noch ein maskierendes Geräusch der thermostatisch geregelten Klimaanlage... das alles hat eine bedeutende Begrenzung der Hörwahrnehmung bewirkt." (nach Gross)
Effekt: die Versuchspersonen wußten nicht, wie lange sie schon im Käfig waren, und nicht, wie lange sie noch darin bleiben sollten. In dieser Situation hat man ihnen als gelegentliche Stimulation (Reizgabe) spiritualistische Propaganda vorgespielt. Ergebnis: Die Versuchspersonen waren nun "erheblich toleranter" gegenüber dem Spiritualismus als vorher.

Sensorische Deprivation + Stimulation – Gehirnwäsche

Zurück zum Hamburger Projekt: langfristig angelegt, mit 2,8 Mio DM bis vorerst 1975 finanziert. Alle Kliniken und Institute in Hamburg Eppendorf und -Barmbek, die sich mit psychiatrischer, psychoanalytischer und psychosomatischer Behandlung befassen, sind zusammengefaßt und auf dieses Projekt festgelegt. Einen Hinweis auf die Bedeutung des Aggressionsforschungsprojektes gibt das Interesse der NATO. Einer der Leiter, Prof. Meyer, war im Juli 73 in Monte Carlo auf einer NATO-Tagung über Aggressionsforschung. Spesen wurden vom SFB 115 bezahlt.
Die Camera silens, ein fensterloser Raum, der selbst noch im Raum aufgehängt ist. Dunkel, heiß, Sehen, Hören, Fühlen. Über einen 12 HiFi Lautsprecher wird ein Dauergeräusch eingestrahlt, das jeden Laut, der eventuell im Raum erregt werden könnte, verschluckt. Versuchspersonen (Freiwillige Bundeswehrsoldaten!) werden bis zu 6 Stunden in diesem Raum eingesperrt, um die Folgen der totalen Isolation zu erforschen. Eine Versuchsperson schon nach 2 Stunden: "Ich glaube, entspannen kann man sich auf die Dauer hier doch nicht. Irgendwann regt einen das mal auf, daß gar nichts da ist. Kein Geräusch, kein Licht, nichts, was man ansehen kann, womit man sich beschäftigen kann, nichts. Das kann man gar nicht lange aushalten."
Die **Perspektive der Isolationsmethode** besteht darin, daß diese aggressionauslösenden Bedingungen den Menschen dazu bringen, **von selbst zu reden und zu reagieren.** Auf Fremdstimulation kann verzichtet werden. Deshalb kann:..."**dieses Verfahren (kann) technischem Hilfspersonal" – also auch Gefängniswärtern und Staatsanwälten – "gelehrt werden..." (SFB 115)**
Die Forscher interessieren sich auch besonders für die Möglichkeiten von Widerstand, die der Isolierte der Isolation entgegensetzt. In einem Aufsatz über Solosegler stellen sie einen Katalog solcher Widerstandshandlungen auf, der auch noch die letzten Möglichkeiten von Widerstand erfaßt, um dagegen vorzugehen: geistige Aktivität, Gymnastik etc.

Unausgesprochenes Ziel dieser Forschung:
Entwicklung neuer Drogen.

Im Rahmen der Messung von Aggressivität – Aggression als das sichtbare Äußere von Widerstand – ist die biochemische Messung die bedeutendste. Diese **Drogen könnten den technischen Aufwand, mit dem Isolation heute verbunden ist, ersetzen oder ergänzen.**
Die **chemische Deprivation** könnte dann die Folter und die Gehirnwäsche perfektionieren. Dies ist kein spekulativer Schluß, sondern im Hamburger Labor sind schon Versuche mit Drogen gemacht worden. Was Gross noch schrieb (über die erhöhte Beeinflußbarkeit der Isolation):
"Dieses Moment kann sicher eine positive Rolle in der Poenologie (Bestrafungskunde) spielen, und zwar dort, wo es um die Umerziehung des Einzelnen oder einer Gruppe geht, und wo die empfindliche Ausnutzung derartiger einseitiger Abhängigkeiten und Manipulation mit solchen Zuständen wirksam den Prozeß der Umerziehung beeinflussen können."
(Gross und Srab: Soziale Isolation und sensorische Deprivation und ihre gerichtspsychologischen Aspekte, Prag 1967)

Oft wird das Argument gebracht, die Gefangenen in Isolationshaft hätten ja Radio, Anwalts- und Verwandtenbesuche, und U.Meinhof und G.Ensslin würden für zwei Stunden am Tag in eine Zelle eingeschlossen ("Umschluß"), u.a. gemeinsamer Hofgang. Dies wird als Verbesserung der Haftbedingungen angegeben. Dazu die Aussagen von isolierten Gefangenen:
"Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war." (Aus dem Brief einer Gefangenen aus dem Toten Trakt)
"Zum Radio: Es schafft minimale Entspannung, als wenn man z. B. von Tempo 240 auf 190 runtergeht." (Aus demselben Brief)
Dazu der Wissenschaftler Davis 1961 in einer Studie:
"...Wahrscheinlich kann sozialer Kontakt den Effekt von sensorischer Deprivation vermindern, aber er verhindert ihn nicht im Ganzen. ...sozialer Kontakt beseitigt nicht die geistige Zerstörung durch sensorische Deprivation..."
Ein Experiment, das man dazu gemacht hat: Die Personen trugen durchscheinende Masken (bewirken gleichbleibende visuell-sinnliche Wahrnehmung ähnlich wie in der Isolier-Zelle), der soziale Kontakt mit einer anderen Person war nicht eingeschränkt. Trotzdem traten Halluzinationen bei einigen Versuchspersonen ein.

Literatur:

Kursbuch 32: Folter in der BRD, August 1973
Der Tote Trakt ist ein Folterinstrument
Dokumente, Hrsg.: Komitee gegen die Folter an politischen Gefangenen
Zeitschrift "Päd.extra", Nr. 4/74

Bericht über Vernichtungshaft und Isolationsfolter in Gefängnissen der BRD uns Westberlins (1970-1974)
Hrsg.: Arbeitsgruppe "Menschenrechte im Strafvollzug" 1 Westberlin 21, Stefanstr. 60

Wiedereinstellung erkämpft

Der Jugendpfleger stellte sich stur - aber es half ihm nichts

Im Rüsselsheimer Stadtteil Dicker Busch leben etwa 3 000 Jugendliche und Kinder. Beim Bau dieses Arbeiterviertels baute die städtische Wohnbaugesellschaft viele Wohnblöcke und Hochhäuser, aber kein Jugendhaus. Die Jugendlichen hielten sich in den wenigen Kneipen im Dicken Busch auf oder vor einem Kiosk im Einkaufszentrum. Die Anwohner fühlten sich durch Lärm gestört, Polizeieinsatz war an der Tagesordnung. SPD-ler des Distrikts fanden schließlich die "Lösung". Die Jugendlichen bekamen eine leerstehende Bushaltestelle (Überbleibsel einer Fehlplanung) als Jugendräume. Nun drängen sich da oft 100 bis 120 Jugendliche, wobei jeder Jugendliche umgerechnet etwa 1/2 qm Platz für sich hat. Sitzen können nur etwa 40 Jugendliche. Wenn es unter diesen Bedingungen zu Schlägereien, Lärm und Schmutz kommt, wird sich niemand wundern, nicht einmal der Stadtjugendpfleger kann dies abstreiten.

Allerdings dürfen solche Mißstände nicht offiziell in den Magistrat gelangen. Geschieht das, muß ein Kopf rollen, denn schließlich macht die Stadt Jugendarbeit.

So mußte ein Betreuer gehen. Nach einer Schlägerei im Wohngebiet kamen Polizisten in die Jugendräume, um Zeugen oder Beteiligte zu finden. Der Betreuer meldete diesen Vorfall nicht auf der Stadt, aber die Polizisten reichten einen Bericht ein, in dem viel von Schmutz und Alkoholgenuß die Rede war. Der Betreuer war seiner Pflicht als Wächter der Stadt nicht nachgekommen. Er hatte sich auf die Seite der Jugendlichen

sich auf die Seite der Jugendlichen

gestellt, denn der Polizeibericht weiß zwar in übertriebener Form von Mißständen zu berichten, aber überhaupt nicht davon, daß daran die Stadt schuld ist. Die Stadtherren schienen dies auch vergessen zu haben. Aber die Jugendlichen nicht. Zusammen mit den anderen Betreuern kämpften sie um seine Wiedereinstellung. Sie gingen drei Mal zum Stadtjugendpfleger. Sie diskutierten mit Vertretern des Jugendausschusses und des Distrikts (SPD), die sich hinter ihre Forderungen stellten. Sie informierten die Presse. Die Jugendlichen verknüpften den Kampf mit der Forderung nach der Erweiterung der Räume. Die Betreuer solidarisierten sich, indem sie bis auf einen, der als Sozialpädagoge sein Anerkennungsjahr macht, die Arbeit niederlegten.

Zunächst versuchte der Jugendpfleger von den Forderungen der Jugendlichen abzulenken, indem er dauernd von der Kurzarbeit beim Opel sprach und davon, daß die Stadt deshalb kein Geld habe, bessere Räume zur Verfügung zu stellen. Viele der Jugendlichen arbeiten als Lehrlinge oder Facharbeiter bei Opel. Die Bedrohung ihrer Existenz durch die Situation bei Opel wurde ihnen jetzt als Argument dafür vorgebracht, daß sie in ihrer Freizeit auch nichts zu erwarten hätten. Einige Jugendliche wußten aber genau, daß das Geld, das die Stadt überhaupt nicht in ihrem Interesse verwendet, nicht vom "Opel" kommt, sondern von ihrer Arbeit und der Arbeit der Erwachsenen.

So wurde der Stadtjugendpfleger aufgefordert zu sagen, wem er verantwortlich sei. Er fühlte sich vor allem

wortlich sei. Er fühlte sich vor allem

dem Magistrat verantwortlich. Auf die Frage, wem der Magistrat verantwortlich sei, antwortete er wörtlich "dem Magistrat selber". Damit konnte er sich nur lächerlich machen und er mußte dann zugeben, daß der Magistrat den Menschen in Rüsselsheim verantwortlich ist.

Der Jugendpfleger stellte sich zunächst stur. Er schloß vom 21.12. bis 25.12. die Jugendräume mit der Begründung, daß keine Betreuer da seien. Er ging noch weiter, Sylvester sollte nur geöffnet werden, wenn zwei Betreuer Dienst machen. Damit versuchte er, die Jugendlichen und die Betreuer gegeneinander auszuspielen. Er hatte sich jedoch verrechnet. Es wurde die Forderung aufgestellt, daß der entlassene Betreuer an Sylvester Dienst macht. Die Jugendlichen beschlossen, am 30.12. solange auf der Abteilung für Jugendförderung zu bleiben, bis sie ihr Ziel erreicht hätten.

30 Jugendliche hielten sich 5 Stunden auf dem Amt auf. Sie erzwangen die Diskussion mit dem zuständigen Stadtrat, indem alle Jugendlichen einfach in sein Zimmer gingen. Der Stadtrat hatte die Solidarität durchbrechen wollen, er wollte nur zwei bis drei Vertreter vorlassen. Als die Jugendlichen sich ihr Recht nahmen und den Stadtrat aufforderten, vor allen Rede und Antwort zu stehen, drohte er mit polizeilicher Räumung. Die Jugendlichen hatten jedoch erkannt, daß sie durch ihr geschlossenes Auftreten die Stadt zwingen müssen, zu ihrer Forderung Stellung zu nehmen. Sie trugen den Sieg davon. Der Betreuer wurde wieder eingestellt.

–b, SG Rüsselsheim–

–b, SG Rüsselsheim–

Bürgerentscheid in Wyhl

Aber der Kampf gegen das KKW geht weiter

Am vergangenen Sonntag stimmten die Bürger von Wyhl darüber ab, ob ein gemeindeeigenes Grundstück an das Badenwerk verkauft werden soll oder nicht. Es war zu erwarten, daß die Entscheidung knapp ausfallen würde, in Wyhl selbst war die Bevölkerung schon lange in zwei Lager gespalten.

Dies hat verschiedene Ursachen. Die Lage der Bevölkerung auf dem Lande i st schlecht. Es mangelt an Arbeitsplätzen, so daß von den etwa 800 Wyhler Arbeitern und Angestellten etwa 480 in andere Gemeinden bis nach Freiburg und Emmendingen fahren müssen. Der Arbeitstag wird so nicht selten um zwei Stunden verlängert. Es fehlt an sozialen und kulturellen Einrichtungen, guten Verkehrsverbindungen usw. All dies hat das Badenwerk und die Landesregierung demagogisch ausgenutzt, um das Kernkraftwerk anzupreisen. Im Gemeindeanzeiger schrieb der Bürgermeister, wieviel das Badenwerk zu zahlen bereit ist. Bau einer Umgehungsstraße, Bau von Sportanlagen und anderes mehr. Weiter sollen die Millionen, die die Gemeinde jährlich an Gewerbesteuern einnimmt, allen Wyhlern zugute kommen. So plane die Gemeinde für 1975 den Bau einer Gemeinschaftskläranlage Dafür müsse jeder Grundstücksbesitzer einige tausend DM bezahlen. Auf diese Gebühren könne man verzichten, wenn das Kernkraftwerk gebaut wird. In diesem Stil geht es weiter. In Wyhl wurde ein eigenes Informationsbüro des Badenwerks eingerichtet. Weiter wurde von Seiten der Regierung vor dem Bürgerentscheid betont, daß man das Kernkraftwerk in Wyhl bauen werde, egal, wie sich die Bevölkerung entscheiden werde. Notfalls wird enteignet. All dies hat dazu geführt, daß in Wyhl eine knappe Mehrheit für den Verkauf des Grundstücks gestimmt hat. Badenwerk und Landesregierung versuchen nun den Eindruck zu erwecken, als wäre die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung für den Bau des Kernkraftwerks. Dies ist jedoch in keiner Weise der Fall. Die überwältigende Mehrheit der Bürger aller umliegenden Gemeinden ist gegen den Bau des Kernkraftwerkes, und auch durch den Bürgerentscheid wird man sich nicht vom Kampf abhalten lassen. Dies drückt auch die Erklärung aus, die von 30 Bürgerinitiativen am Sonntagabend abgegeben wurde. "Die Bürger von Wyhl haben über den Verkauf eines gemeindeeigenen Grundstückes entschieden. Die Bevölkerung aus der betroffenen Region aber wird insgesamt über den Bau des betroffenen Kernkraftwerkes entscheiden. Wir haben mit einem ähnlichen Ausgang gerechnet, denn die Einmischung der Regierung und der Atomindustrie haben in Wyhl ein vernünftiges Diskutieren unmöglich gemacht. Die Bürgerinitiativen bekräftigen noch einmal ihre Entschlossenheit, bei Baubeginn den vorgesehenen Bauplatz zu besetzen, wie sie bereits in ihrer Erklärung vom September 1974 angekündigt haben."

Westberlin
Der KBW beteiligt sich an den Wahlen



Der Wahlkandidat für den Wahlkreis 4 im Wedding, Bernd Kabbert, hält am Leopoldplatz eine Ansprache, in der er über die Rationalisierung und Entlassungen bei Siemens berichtet.

Am 2. März 1975 finden in Westberlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Die Ortsgruppe des KBW beteiligt sich mit der Aufstellung eigener Kandidaten in den 3 Bezirken Kreuzberg, Wedding und Schöneberg. Eineinhalbtausend Unterschriften, mehr als doppelt so viele wie amtlich notwendig, wurden in den Wochen vom 10. Dezember bis 5. Januar über Hausbesuche und an unseren täglichen Agitationsständen in den drei Bezirken gesammelt.

Wir wissen, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft der Kapitalistenklasse weder durch Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten noch in den bürgerlichen Parlamenten stürzen kann. Die eigentlichen Stützen der Macht der bürgerlichen Klasse in Westberlin sind ihr ganzer Apparat der Senatsverwaltung, ihre Justiz, ihre Gefängnisse, ihre schwerbewaffnete Polizei. Darüberhinaus ist Westberlin besetzt von den Truppen der westlichen imperialistischen Staaten, der USA, Großbritannien und Frankreich, die die politische Souveränität in der Stadt haben. Der KBW vertritt daher für Westberlin die Losung: Gegen die Kapitalistenherrschaft und gegen Alliierten truppen in Westberlin. Für die Unabhängigkeit Westberlins gegenüber allen imperialistischen Mächten. Für die Herrschaft der Arbeiterklasse! Für den Sozialismus!

Dafür treten wir auch während der Wahlen zum Abgeordnetenhaus ein. Die gegenwärtigen Wahlen muß die Bourgeoisie zu einem Zeitpunkt bestreiten, in dem die Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft deutlicher hervortreten als dies jahrzehntelang der Fall war. Der Zweck, den sich auch im Wahlkampf verfolgen, ist, jede Selbständigkeit im Denken und Handeln der Massen zu ersticken und sie an ihre kapitalistischen Interessen zu binden, um aus der gegenwärtigen Krise gestärkt herauszukommen.

Jeder Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes wollen die als Hüter des Allgemeinwohls und im Namen der ganzen Gesellschaft gegenübertreten können. Diese Situation zu erklären und die politische Lösung der Massen von den bürgerlichen Parteien und Politikern, von dem ganzen System des bürgerlichen Staates zu betreiben ist unsere Aufgabe.

Gegenüber den bürgerlichen Parteien erheben wir die Forderungen, die geeignet sind, die Arbeiterklasse gegenüber der Ausbeuterherrschaft zusammenzuschließen und sie zu selbständigen politischen Kräften zu organisieren für das Ziel der Eroberung der politischen Macht für die soziale Revolution und den Aufbau des Sozialismus.

Für jede der Forderungen, die der KBW vertritt, haben Teile der Arbeiterklasse und des Volkes in den letzten Jahren bereits Kämpfe eingeleitet. Seit sie besteht, hat die Ortsgruppe des KBW diese unterstützt und mit vorangebracht.

Sie stellt sich zur Wahl, damit auch bei den Wahlen für diese Forderungen eingetreten werden kann. Die bürgerlichen Parteien sind Feinde dieser Forderungen und Feinde der Ziele der Arbeiterklasse. Den bürgerlichen Parteien deshalb keine Stimme.

Jede Stimme für den KBW!

Solidaritätserklärung

Die Gewerkschaftsgruppe am Max-Planck-Institut für Kernphysik Heidelberg unterstützt die Bevölkerung von Wyhl in ihrem Kampf. Die Kollegen haben ihre Gründe dafür, den Kampf zu unterstützen. Sie haben im Zusammenhang mit dem Obrigheimer Atommüllskandal besondere Erfahrungen gemacht. In Obrigheim ist eine hochradioaktive Probe gefunden worden, an deren Erkennung der Kollege P. Horn beteiligt gewesen ist. Der Fund dieser Probe hat große Empörung bei der Bevölkerung hervorgerufen. Nun hatte die Direktion des Instituts nichts Eiligeres zu tun gehabt, als die Beteiligung des Kollegen Horn an der Erkennung des Fundes zu verurteilen. Man warf ihm formale Fehler vor: Benutzung von Institutseigentum (Meßgerät), und daß er sich während der Dienstzeit mit derartigen Problemen befaßt. Dieses Vorgehen der Direktion gegen den Kollegen Horn wurde von Teilen der Belegschaft als volksfeindlich erkannt und verurteilt.

An die Initiativgruppen Atomkraftwerk Wyhl,
An die Bevölkerung von Wyhl und Umgebung

Solidaritätserklärung der Institutsgewerkschaftsgruppe der ÖTV am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg:

Unsere Gewerkschaftsgruppe bekundet ihre aufrichtige Solidarität mit der gegen die Aufstellung von Kernkraftwerken in bewohnten Gebieten kämpfenden Bevölkerung. Wir teilen Eure Sorge um die bevorstehende Verschmutzung und Verseuchung von Luft, Wasser und Boden durch den Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl (aber auch an anderen Orten), sowie des Bleiwerkes in Marckolsheim. Die Fernsehsendung vom 5.1.75 hat uns deutlich vor Augen geführt, wie rücksichtslos und undemokratisch die bürgerlichen Staatsparteien versuchen ihre Interessen gegen die Interessen der Bevölkerung duchzusetzen. Das Fernsehen, die bürgerliche Wissenschaft (vertreten durch Dr. King), und der TÜV entlarvten sich hier als volksfeindlich.

Den groben Versuchen des Staates und seiner Helfershelfer, Euch für dumm zu verkaufen und Euren Willen zu brechen, habt Ihr Stand gehalten und Euren Kampf zur Erhaltung Eurer Umwelt auch in dieser Fernsehsendung unbeirrt fortgesetzt und durchgehalten.

Wir drücken hiermit unsere Unterstützung für Euren berechtigten Kampf aus und wünschen Euch den vollen Erfolg.

Instituts-Gewerkschafts-Gruppe
am Max-Planck-Institut
für Kernphysik in
Heidelberg
i. A. P.Horn

Durchschläge an:
Bürgerinitiative Wyhl, mit der Bitte um Weiterleitung an alle betroffenen Initiativen der Umgebung;
Tagespresse;
Aushänge im Betrieb.

Eberle auf der Flucht

Am Freitag vor dem Bürgerentscheid fand in Wyhl noch einmal eine Bürgerversammlung statt. Zutritt hatten nur Wyhler Bürger. Weder Rechtsanwälte noch Fachleute durften von der Bürgerinitiative Wyhl hinzugezogen werden. Für die Befürworter galt dies jedoch nicht. So erschien völlig überraschend Wirtschaftsminister Eberle, um den Wyhler Bürgern noch einmal persönlich die großen Vorteile des Kernkraftwerks zu erklären. Bisher hatte sich Eberle immer davor gedrückt, der betroffenen Bevölkerung Rede und Antwort zu stehen, und auch nach Wyhl kam er nur heimlich auf leisen Sohlen. Doch die Nachricht von Eberles Anwesenheit verbreitete sich schnell in den Gemeinden am Kaiserstuhl. Man beschloß ihn nun endlich zur Rede zu stellen und riegelte alle fünf Zufahrtsstraßen nach Wyhl ab. Eberle nahm nach der Veranstaltung nicht den kürzesten Weg, sondern versuchte über Sasbach zu entkommen. Doch auch hier war eine Sperre. Der Fahrer bot all sein Können auf, beschädigte beim Zurückfahren ein anderes Fahrzeug und fuhr über den Acker um die Sperre herum (eine Anzeige wegen Fahrerflucht ist ihm sicher). In Endingen hatte die Bevölkerung drei Sperren hintereinander gebaut. Etwa 200 Menschen waren nachts um zwei Uhr versammelt. Jedes Fahrzeug wurde kontrolliert. Statt des erhofften Ministers, dem es hier schlecht ergangen wäre, ging nur ein Gutachter des staatlichen Weinbauinstituts in die Falle. Er hatte zunächst ein Gutachten gegen das KKW angefertigt, einige Tage später aber seine Bedenken zurückgezogen. Dieser "gekaufte Schreiber" wie er genannt wurde, wird den Tag, an dem er die Wut der Bevölkerung zu spüren bekam, sicher nicht so schnell wieder vergessen.

3 000 Unterschriften gegen Ausweisung

17 Monate nachdem er einen Antrag auf Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung gestellt hatte, erhielt der Ägypter Karam Khella die Mitteilung, daß die Genehmigung nicht verlängert werden würde. Jetzt drohte ihm zum 31.12.1974 die Ausweisung. Karam Khella, der an der Universität Hamburg als Dozent für Sozialpädagogik lehrt, ist der Behörde ein Dorn im Auge, weil er den Studenten in seinen Lehrveranstaltungen die tatsächliche Lage der arbeitenden Bevölkerung und die Ursachen für ihr Elend aufzeigt. Der Ausweisungsbefehl stieß auf die Empörung vieler Studenten und Mitglieder des Lehrkörpers. Eine Unterschriftenliste gegen diese Maßnahme wurde bisher von knapp 3 000 Menschen unterschrieben. Der erste Erfolg besteht darin, daß die Behörde für Inneres die sofortige Vollstreckung der Ausweisung auf Einspruch der Rechtsanwälte zurückweisen mußte.

Mietstreik

Die Bewohner der Studentenwohnheime der Studentenhilfe Heidelberg sind – bis auf ein Heim – in den Mietstreik gegen die jüngsten Mieterhöhungen im 10 DM getreten. Sie fordern die Rücknahme der Mieterhöhung. Mit dem Streik bringen die Studenten gleichzeitig ihre Ablehnung des neuen Studentenwerksgesetzes zum Ausdruck. Dieses sieht die Anwendung des "Kostendeckungsprinzips" für alle sozialen Einrichtungen der Studenten vor.

Einstellung aller Lehrer gefordert

Hessische Personalräte: Das Geld ist da

Am 12.1.1975 berieten in Frankfurt Vertreter der Personalräte von 15 Studienseminaren im Regierungsbezirk Darmstadt über die drohende Nichteinstellung von 596 bis 771 (Zahlen schwanken je nach Quellen) hessischen Lehrerstudenten mit 1. Staatsexamen für die 2. Ausbildungsphase. Die anwesenden Personalräte kamen einstimmig zu der Auffassung, daß eine solche Maßnahme nicht zu vertreten ist, solange es noch Unterrrichtsausfall an den Schulen und überfüllte Klassen gibt. Sie beschlossen einen offenen Brief an den hessischen Kultusminister. Sie begrüßten die Initiativen von Eltern, Schülern und Lehrern , die ebenfalls die Einstellung aller Lehrer nach dem 1. Staatsexamen fordern. Es stellte sich heraus, daß 9 der 15 Personalräte bereits beschlossen haben, ihr Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung der Referendare wahrzunehmen und die Zustimmung zu den vorgelegten Zuweisungslisten zu verweigern, solange nicht für jeden Einzelfall die Ablehnung der Bewerbung durch die staatliche Behörde stichhaltig begründet werden kann. In den übrigen Seminaren kann mit solchen Beschlüssen in der nächsten Woche gerechnet werden. Dies kann zur Folge haben, daß die neuen Referendare nicht zum 1.2.1975 eingestellt werden können. Die Personalräte halten es jedoch für unvereinbar mit ihrer Pflicht, wenn sie Zuweisungslisten zustimmen, die darauf hinauslaufen, Lehrermangel und Schulmisere festzuschreiben.

Offener Brief an den hessischen Kultusminister und die Regierungspräsidenten von Hessen und Kassel

Die Konferenz der Personalräte der hessischen Studienseminare protestiert mit allem Nachdruck gegen die Nichteinstellung von über 771 Referendaranwärtern. Das Land Hessen stellt auf dem Hintergrund des als Kabinettsbeschluß vorgelegten Personalentwicklungsplanes diese Kollegen nicht ein, obwohl über 20 %, d.h. jede fünfte Stunde des gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichts in unseren Schulen ausfallen. Besonders betroffen sind die Volksschulen, Grund-, Haupt-, Berufs- und Sonderschulen und die gymnasiale Unterstufe. Hinzu kommt die Klassenstärke von 30 bis 40 Schülern pro Klasse, die die Ausbildung der Schüler zusätzlich verschlechtert. Ein Beweis dafür ist das Ansteigen der Überweisung auf Sonderschulen pro Jahrgang von 3 auf 8 %. Nachdem die Lehrer bereits aus der Arbeitszeitverkürzung des öffentlichen Dienstes ausgespart wurden, bedeutet die Nichteinstellung von 771 Referendaren Überstundenzwang und eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Das gängige Argument des Staates, es wäre kein Geld da, gilt nicht. Die Planstellenausweitung im Bereich der Polizei über 10 % und der Justiz über 38 %, die Vergabe von mehreren Milliarden DM Investitionsprämien an die Unternehmer und anderes beweisen, daß Geld da ist. Im Bereich der schulischen Versorgung sowie der sozialen Versorgung überhaupt wird gekürzt, wo immer es nur geht. Damit wird die Verschlechterung der Ausbildung und Erziehung der Jugend garantiert. Die auch daraus folgende Verwahrlosung und zunehmende Jugendkriminalität bei steigender Arbeitslosigkeit – zur Zeit 130 000 – ist dann die Legitimation für die Ausweitung der Bereiche Polizei und Justiz. Dagegen fordert die Konferenz:

1. Volle Erteilung des gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichts;
2. Keine Klasse mit mehr als 25 Schülern;
3. Der hessische Personalentwicklungsplan muß weg;
4. Einstellung aller Lehrer nach dem Ersten und Zweiten Staatsexamen.

Jeder zweite arbeitslos

Wer die Note 4 erhält wird in Rheinland-Pfalz nicht mehr eingestellt

Nach einem Erlaß des Kultusministeriums sollen in Rheinland-Pfalz nur die Absolventen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule (EWH) in den Schuldienst übernommen werden, die ihr Examen mit der Note 1 bestanden haben. Die mit der Note 2 größtenteils, die mit 3 sollen eventuell im nächsten Jahr, und wer in der Prüfung eine 4 hat soll gar nicht eingestellt werden.
Die Studenten, die beim Bund waren oder Ersatzdienst abgeleistet haben, sollen unabhängig von der Note eingestellt werden.
Auch wenn zu den ursprünglich in Rheinland-Pfalz für 1975 geplanten 110 Lehrerstellen weitere 380 dazugekommen sind, heißt das bei 800 Bewerbern, daß fast jeder zweite arbeitslos sein wird.

Die Wormser Studenten haben gegen die Einstellungsbeschränkungen Kampfmaßnahmen eingeleitet unter der Forderung: **Einstellung aller ausgebildeten Lehrer zum Februar 1975!**
Auf einer Vollversammlung von über 800 Studenten der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms wurde in der Diskussion herausgestellt, daß nicht nur die nun arbeitslosen Lehrer von den Maßnahmen des Kultusministeriums betroffen sind.
Für die übrigen Studenten bedeutet es verschärften Leistungsdruck und gesteigerte Konkurrenz, Pauken von Examensstoffen, Disziplinierung und trotz allem Arbeitslosigkeit für viele, denn es wird nur soviel gute Noten geben, wie Lehrer eingestellt werden.

Die Zustände im Volksbildungswesen werden sich durch die Einstellungsbeschränkungen also noch weiter verschlechtern. Betroffen sind so vor allem die breiten Volksmassen, deren Kinder in den Grund- und Hauptschulen ausgebildet werden.
Vorgesehen ist eine Demonstration am 22. Januar.

–J.W., Worms–

wo immer es nur geht. Damit wird die Verschlechterung der Ausbildung und Erziehung der Jugend garantiert.
die Einstellungsbeschränkungen Kampfmaßnahmen eingeleitet unter der Forderung: Einstellung aller aus-
Vorgesehen ist eine Demonstration am 22. Januar.
–J.W., Worms–

Realistischer Blickwinkel

Die Spaltung in A und B-Schüler verschärft nur die Konkurrenz

Als ich noch an der Pädagogischen Hochschule (PH) studierte, hat man uns die verschiedenen Differenzierungsmethoden im Schulwesen als neueste Errungenschaften des Fortschritts verkaufen wollen. Mit Differenzierung ist die Einteilung der Schüler gemeint, jetzt nicht mehr nach Jahrgangsstufen, sondern je nach "Begabung" in verschiedenen Kursen, A oder B-Kursen, wo dann auch die "schwächeren" Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert werden sollten.

Inzwischen bin ich eineinhalb Jahre im Schuldienst und weiß, wie diese Differenzierung wirklich aussieht.
In der Praxis wird überhaupt nicht nach Fächern differenziert, sondern eine generelle Einteilung der Schüler in A- oder B-Kurse vorgenommen. Also wer zum Beispiel in Englisch rausfliegt – denn da ist der B-Kurs ganz abgeschafft – und in Deutsch eine B-Kurs-Note hat, muß auch in Rechnen in den B-Kurs, egal wie gut er da ist. Es wird also je nach überwiegend guten oder überwiegend schlechten Noten insgesamt ein A- oder ein B-Zeugnis gegeben. Dabei wird in den entsprechenden Fächern überhaupt kein durchgehender Unterricht in A- oder B-Kursen gegeben, sondern nur je eine Stunde in der Woche. Die übrige Zeit läuft der sogenannte Kernunterricht, an dem alle Schüler teilnehmen und wo die Anforderungen auch für alle Schüler gleich sind. In diesem Kernunterricht werden – nach gleichen Kriterien für alle – auch die Noten gemacht. Klar, daß die B-Schüler eben die sind, die die schlechteren Noten haben.

Übel dabei ist, daß, obwohl die Noten im A- und im B-Zeugnis nach gleichen Bedingungen zustandegekommen sind, weiterführende Schulen keine B-Schüler annehmen, denn bei denen gilt die Faustregel: Eine B-Kurs-Vier ist nicht mehr wert als eine A-Kurs-Fünf. Genauso ist es mit der Ausbildung in Großbetrieben, wie zum Beispiel bei BBC. Die nehmen, wenn überhaupt Hauptschulabgänger, dann A-Kurs-Schüler nach einer zusätzlichen Prüfung.

Jeder kann sich denken, was die Unterteilung in A- und B-Kurse in der derzeitigen Krise heißt, und das enthüllt auch den Sinn dieses ganzen Verfahrens: eine Spaltung innerhalb der Hauptschule in A- und B-Schüler, denn die B-Schüler bekommen zusätzlich zu den schlechteren Noten noch den B-Kurs-Stempel in das Zeugnis.
Diese Spaltung soll dafür sorgen, daß der Industrie ein gefügiges Heer von unqualifizierten Arbeitskräften zur Verfügung steht, da die B-Schüler weder an weiterführenden Schulen noch in Betrieben mit großen Lehrwerkstätten ihre Ausbildung fortsetzen können.
Zitat unseres Rektors zu diesem Sachverhalt: "Was sollen wir machen, wir produzieren hier halt nach den Bedürfnissen der Industrie, das ist der einzig realistische Blickwinkel." In der Tat!
Ich selbst habe über ein Jahr gebraucht, um zu bemerken, wie schlimm das wirklich ist. Klar wurde mir das nämlich erst, als ich den Eltern meiner Klasse beim Elternabend erzählte, wie das läuft und was nächstes Jahr auf ihre Kinder zukommt, und mir daraufhin ein Sturm der Entrüstung entgegenschlug. Es ist auch klar, daß Eltern, deren Kinder beispielsweise in den Naturwissenschaften gut mitkommen und denen das technische Werken Spaß macht, die aber den sprachlichen Anforderungen nicht genügen, sofort merken, was es für die Zukunft ihrer Kinder bedeutet, wenn sie aus diesem Grund auch in Rechnen in den B-Kurs eingestuft werden – nämlich nicht die Entwicklung ihrer Fähigkeiten, sondern deren Verkümmerung.

Zunächst haben die Eltern deshalb beschlossen, einen Brief ans Schulamt zu schreiben, und wenn von dort keine Reaktion erfolgt, die Presse einzuschalten. Weitere Schritte will man debattieren, wenn es soweit ist.

–H., KBW-Sympathisantengruppe Mosbach–

Eine einheitliche Urabstimmung ist nötig!

Unter den westdeutschen Studenten wächst die Einsicht, daß es unsinnig ist, wenn sie in zwei Verbände gespalten sind, wie es gegenwärtig der Fall ist, mit dem Verband deutscher Studentenschaft (VDS) für die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen und dem Fachhochschulstudentenverband SVI für die Ingenieurstudenten. Schon im vorigen Jahr wurde die Zusammenlegung beschlossen. Jedoch sind die Studenten in verschiedene politische Strömungen gespalten, wodurch sie zu einer einheitlichen politischen Initiative nicht ohne weiteres fähig sind. Die Studenten der Universität Kiel haben nun die Initiative ergriffen und auf ihrer Vollversammlung am Dienstag den Vorschlag beschlossen, daß die Studenten an allen Hochschulen gleichzeitig und mit gleichem Inhalt eine Urabstimmung zur Gründung des einheitlichen Verbandes durchführen sollten.
Die DKP-Studenten, die an verschiedenen Hochschulen lokale Initiativen für eine Urabstimmung schon ergriffen haben, oder sie durch Unterschriftensammlung einleiten, wenden sich heute gegen die Einheitlichkeit und Gleichzeitigkeit der Aktion, für die der abgedruckte Beschluß der Kieler Vollversammlung eintritt. Ohne Einheitlichkeit ist aber eine machtvolle politische Manifestation der Studenten gegenüber der Regierung und zur Gründung des neuen Verbandes nicht möglich und wird in der Öffentlichkeit keine Bedeutung erlangen. Um nicht eine große politische Möglichkeit der Einheitlichkeit der Studenten aller Hochschulen auszulassen, müssen die fortschrittlichen Studenten und ihre politischen Organisationen an allen Hochschulen die Initiative der Kieler Studenten unterstützen.
Der erste Schritt dazu muß ein entsprechender Beschluß des am Wochenende stattfindenden Kongresses Verfaßter Studentenschaft sein.

Resolution beschlossen auf der Vollversammlung der Universität Kiel am 14.1.1975

Für einen starken nationalen Dachverband, der sich ohne von der Regierung gegängelt zu werden, auf die Studenten selbst stützen kann.

Im April vorigen Jahres haben die Mitgliederversammlungen des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS) und des Studentenverbandes der Ingenieurschulen (SVI) beschlossen, einen einheitlichen Verband aller Studentenschaften Westdeutschlands und Westberlins zu gründen. Dieser Beschluß findet die Unterstützung aller fortschrittlichen Studenten.' Wachsender Pression durch den bürgerlichen Staat, der Verschlechterung aller Studienbedingungen, können die Studenten am besten entgegentreten, wenn sie in einem einheitlichen Verbande zusammengeschlossen sind. Die Versuche des Staates, den Studenten jedwede politische Selbständigkeit zu beschneiden, ihre frei gewählten Vertretungen in einen Laufstall für bürgerlichen Funktionärsnachwuchs zu sperren, dulden die gegenwärtige Zersplitterung der Gegenwehr nicht länger.
Der politische Zweck dieses Zusammengehens liegt also in der Verteidigung des Rechts der Studenten auf uneingeschränkte, selbständige Vertretung ihrer Interessen. Die Gründung eines solchen Verbandes bietet daher die Möglichkeit, eine machtvolle Manifestation des politischen Willens aller Studenten aller Hochschulen gegenüber allen Entmündigungsversuchen der Regierung zu organisieren.
Es kann der Zusammenschluß diesem politischen Zweck nur genügen, wenn er von den Studenten mit Willen und Bewußtsein vollzogen wird. Bislang wurde die Frage aber eher als Kanzleiproblem behandelt. Es ist kein Wunder, daß so der Zusammenschluß nicht mit der nötigen Entschlossenheit betrieben wurde und die verschiedensten Verzögerungen aufgetreten sind.

Die Vollversammlung der Studenten der Christian-Albrecht-Universität schlägt in dieser Lage vor: An allen Hochschulen Westdeutschlands und Westberlins soll eine einheitliche Urabstimmung, mit gleichem Text im gleichen Zeitraum durchgeführt werden. Wir schlagen dies vor, obschon uns bekannt ist, daß an verschiedenen Universitäten bereits einzelne Initiativen für Urabstimmungen in Gang sind. Diese zersplitterten Aktivitäten können jedoch die einheitliche Aktion aller Studenten Westdeutschlands und Westberlins nicht ersetzen, sondern höchstens vorbereiten.
Wir wenden uns mit diesem Vorschlag an alle Studenten und ihre Vertretungen. Wir fordern die Vorstände beider Verbände auf, diesen Vorschlag zu unterstützen. Wir schlagen vor, auf dem Kongreß Verfaßte Studentenschaft, der von den Verbänden VDS und SVI am 18. und 19. Januar 1975 in München veranstaltet wird, zu beschließen, daß im Mai an allen Hochschulen eine Urabstimmung durchgeführt wird, die zum Inhalt hat, den Zusammenschluß beider Verbände zu einem einheitlichen Dachverband und das Recht dieses Verbandes, die Interessen der Studenten ohne jede Einschränkung durch den Staat zu vertreten. Die Vollversammlung beauftragt den AStA, in diesem Sinne die Kieler Studentenschaft auf dem Kongreß Verfaßte Studentenschaft zu vertreten und für diesen Vorschlag breit in der Öffentlichkeit einzutreten.

Löhne müßten

Löhne müßten täglich steigen

Unser Wirtschaftsunterricht besteht im wesentlichen aus Theorien, die z.B. die konjunkturellen Wirtschaftsschwankungen als naturgegeben, die Lohn-Preis-Spirale als unabänderlich und die Preissteigerungen als unumgänglich hinstellen. Des öfteren versuchen wir diese Theorien zu entlarven und wenn wir gut argumentieren, überzeugen wir einen Teil der Klasse von unserer Meinung.

Erst kurz vor den Ferien ergab sich wieder eine solche Situation. Nachdem wir die Ursachen der jetzigen Krise und deren Auswirkungen heftig debattiert hatten, stellte sich die Frage, wie man am besten diese Situation überwinden könne. Zwei Meinungen prallten hart aufeinander. Die eine, die auch unser konservativer Lehrer vertrat, behauptete: Wenn die Arbeiter ihre Lohnforderungen einschränkten, würden die Kosten der Kapitalisten geringer, folglich könnten die Waren billiger abgesetzt werden. Die andere Meinung war: Nicht die Lohnforderungen der Arbeiter treiben die Preise, sondern die unerschöpfliche Gewinnsucht der Unternehmer.

Diese Argumentation, die vom Großteil der Klasse unterstützt wurde, konnte ich besonders gut vertreten, da einige Wochen vorher genau diese Hetzerei in der KVZ widerlegt worden war. Ich konnte also klarmachen, und einige Schüler halfen mir dabei, daß ja die Lohnerhöhungen nur einmal im Jahr stattfinden, während die Preise unaufhörlich steigen. Wäre es also so, wie es uns unser Lehrer versuchte beizubringen, so müßten ja monatlich, sogar wöchentlich oder täglich die Löhne steigen. Unsere Argumentation, die durch die praktische Erfahrung getragen wurde, isolierte unseren Lehrer mit seinem Anhängsel.

S.S. Sympathisantengruppe
des KBW
Bad Homburg

"Unverantwortliche Schulpolitik"

"Unverantwortliche Schulpolitik"

Der DGB-Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz verabschiedete eine Entschließung gegen die Nichteinstellung ausgebildeter Lehrer in Rheinland-Pfalz. Darin heißt es, der DGB-Landesbezirksvorstand "hält es für eine unverantwortliche Schulpolitik, wenn . . . jetzt ausgebildete Lehrer auf der Straße bleiben sollen, obwohl an den rheinland-pfälzischen Schulen noch Lehrermangel herrscht".

Vollversammlungsbeschlüße

Wolfhagen. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbands Wolfhagen der GEW verabschiedete eine Resolution, in der die Einstellung aller Lehrerstudenten mit Erstem und Zweitem Staatsexamen in den Schuldienst in Hessen zum 1. Februar bzw. 1. August 1975 gefordert wird. Weiter wurde der Landesvorstand aufgefordert, im April 1975 eine zentrale Protestveranstaltung für Hessen zu organisieren. Vorbereitet werden soll die zentrale Veranstaltung durch örtliche Aktivitäten.

Protestresolution

Koblenz/Landau. Auf einer Vollversammlung von 500 Studenten der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz wurde beschlossen, auf eine zentrale Demonstration gegen die geplanten Nichteinstellungen hinzuarbeiten. Einen entsprechenden Beschluß faßte eine Vollversammlung von 300 Studenten in Landau. Hier soll außerdem eine lokale Demonstration stattfinden.

Aktionskomitee gebildet

Gegen die drohende Nichteinstellung Hunderter von Lehrern vor allem im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen wurde am 10.1.1975 in Wiesbaden ein Aktionskomitee gegründet. Das Aktionskomitee, an dem u.a. Personalräte, der 1. Vorsitzende der Jungsozialisten Wiesbaden und die Ortsgruppe Wiesbaden des KBW sich beteiligen, fordert die Einstellung aller Lehrer nach dem 1. und 2. Staatsexamen.

Sonne, Mond und NATO-Sterne

Sonne, Mond und NATO-Sterne
Mann, ich hasse die Kaserne
Knobelbecher und MG
und der Arsch in Matsch und Schnee.

Alte Kameraden raten:
Dieser Dienst kann niemand schaden.
Dem, der so 'nen Unsinn quasselt,
haben sie's Gehirn vermasselt.

Dieser Dreck und die Befehle
und das Schrei'n aus heiserer Kehle
Zivilist, das mußt du wissen:
Diese Wehrmacht ist beschissen.

Wenn man mal bei seiner Braut
und dann über'n Zappen haut,
heißt es morgens wieder laut:
Dein Gewehr ist deine Braut.

Auf dem Schießplatz montagsmorgens
legst du wieder ohne Sorgen
auf die Mensch-Atrappen an.
Fragst dich nicht, was geht's dich an.

Mensch Soldat, nun halt mal an,
morgen schießt du schon auf Mann.
Weißt du, wo dein Gegner steckt
und wofür man hier verreckt?

Du bist nur Kanonenfutter
gegen einen Berg von Butter.
Schützt das Geld der Industrie,
dafür bist du Massenvieh.

Mensch, komm endlich zur Räson
hast doch selber nichts davon.
Kamerad, ich rate dir:
Der wahre Feind steht hinter dir.

F.

Dieses Gedicht über den Dienst in der Bundeswehr hat der Kamerad F. aus der Rommel-Kaserne in Augustdorf während seiner Grundausbildung geschrieben. Nach seiner Lehre als Schlosser arbeitete er in einer Fabrik Aber erst in der Grundausbildung bei der Bundeswehr machte er sich Gedanken über die politischen Zustände in Westdeutschland.

stände in Westdeutschland.

Es gärt unter den französischen Soldaten

Das Militärgericht von Marseille – die französische Armee hat eine eigene Militärgerichtsbarkeit – hat am Anfang der vergangenen Woche die Soldaten Pelletier und Ravet zu einem Jahr Festungshaft verurteilt, wobei 8 Monate zur Bewährung ausgesetzt worden sind. Da die beiden Soldaten die übrigen 4 Monate bereits in Untersuchungshaft sitzen, wurden sie sofort nach dem Prozeß freigelassen. Ein dritter Wehrpflichtiger, der Soldat Taurus, wurde freigesprochen, obgleich auch er bereits 4 Monate inhaftiert war. Mit diesem Soldaten hat es eine besondere Bewandtnis: Er kommt von den Antillen und muß in der französischen Armee dienen, weil die Antillen heute noch eine französische Kolonie sind und als "zum Mutterland gehörig" behandelt werden. Die drei Soldaten haben in Frankreich Schlagzeilen gemacht als die "Drei von Draguignan".

Draguignan ist eine Garnisonsstadt im Süden Frankreichs, nahe der Cote d'Azur. Im September haben dort über 200 Wehrpflichtige öffentlich in Uniform gegen die Unterdrückung in der französischen Armee demonstriert. Den drei Soldaten wurde vorgeworfen, sie seien die "Rädelsführer" gewesen und hätten die übrigen aufgehetzt und zur Teilnahme an der Demonstration bewogen.
Die bürgerliche Presse, die in Frankreich breit über das Urteil berichtete, erklärte, das Urteil sei sehr mildausgefallen, und damit hätten die Militärrichter sehr weise gehandelt, weil sie keinen neuen Stoff für Demonstrationen und Unruhe in den französischen Kasernen geliefert hätten. Wovor hat die bürgerliche Klasse in Frankreich Angst, daß ihre Schreiberlinge sich so vorsichtig ausdrücken?



Demonstration in Draguignan. Am 10. September fand die abgebildete Demonstration der französischen Soldaten in der südfranzösichen Garnisonsstadt statt. Zwei der 200 teilnehmenden Soldaten wurden jetzt in Marseille zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.(Siehe auch den Artikel). **Demonstration in Karlsruhe.** Am vergangenen Montag demonstrierten daraufhin die französischen Soldaten, die in Karlsruhe stationiert sind (siehe Artikel links unten)

Der Protest der französischen Wehrpflichtigen

Seit 1972 gibt es in Frankreich eine Protestbewegung unter den Soldaten. Zuerst in und später auch außerhalb der Kasernen haben die Soldaten ihrer Empörung über die kleinliche Despotie, der sie in der Armee unterworfen sind, mit Widerstandsaktionen Ausdruck verliehen. Der Soldat Sylvain Pluyaud, der am 2. April 1974 von dem Militärischen Sicherheitsdienst festgenommen wurde, nach einigen Monaten aber aufgrund der breiten Solidarität wieder freigelassen wurde, berichtet, wie es in seiner Einheit in Levallois losging: Nach den ersten drei Wochen der Grundausbildung kam es zum ersten Vorfall in der Kantine. *"Reihenweise mußte eingerückt werden zum Essen. Ein Soldat – er stammt aus der Kolonie Reunion – wechselte die Reihe, um schneller voranzukommen. Ein Unteroffizier – Ducastel – sieht das und schlägt den Soldaten. (...) Die Soldaten, die aus der Kolonie Reunion eingezogen sind, essen. Dann gehen sie raus, um sich mit dem Unteroffizier zu unterhalten. Wir sind dann zusammen mit einigen Kameraden vor die Tür gegangen und haben zu den Soldaten dort gesagt: 'Einer von den Schleifern hat einen Wehrpflichtigen geschlagen, kommt her!' Zu ungefähr hundert Mann kamen wir zurück. Wir brüllten: 'Ducastel raus!' Er kam, er wollte sich schlagen. Inzwischen kamen andere Schleifer, die alles gesehen hatten, mit Holzprügeln bewaffnet heraus. Das hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Wir sind zu hundert Mann durch die Kaserne demonstriert (...). Die Wehrpflichtigen scherten sich nicht darum, ob man sie am nächsten Tag bestrafen würde oder nicht."*
Gerade an der besonderen – häufig rassistischen – Art und Weise, wie die Wehrpflichtigen, die aus den Kolonien gezogen sind, behandelt werden, hat sich der aktive Widerstand der französischen Soldaten schon früh entwickelt. Andere Aktionen sind bekannt geworden: In Aix in Südfrankreich zum Beispiel haben die Soldaten, die zum Küchenpersonal gehörten, einen Streik durchgeführt. Sie forderten bessere Arbeitsbedingungen in der Küche: Erneuerung der Arbeitsmittel, weil sie total veraltet und unbrauchbar geworden waren, und die Möglichkeit, die Arbeitskleidung häufiger wechseln zu können. Der Leiter des Küchenwesens versuchte zuerst den Streik zu unterdrücken, indem er das Personal wechselte. Aber als nichts passierte, ging am nächsten Tag der Streik weiter, und da ging man auf die Forderungen der Soldaten ein.
Eine andere beispielhafte Aktion: Als kürzlich in Paris die städtischen Müllarbeiter streikten und sich der Dreck vor den Häusern türmte, wurden Soldaten aus der Kaserne Saint Lo zur Müllbeseitigung nach Paris gebracht. Die Soldaten kannten ihren Auftrag bis zur Ankunft nicht. Als sie wieder in der Kaserne waren, haben einige sofort ein Flugblatt gemacht und verteilt. Darin haben sie von ihrem Einsatz berichtet und festgestellt, daß sie als Streikbrecher eingesetzt wurden und daß sie dagegen protestieren. Der Soldat Pouloin wurde daraufhin herausgegriffen, von einem Tag auf den anderen an einen 600 Kilometer entfernt liegenden Standort versetzt und inhaftiert. Noch heute sitzt er in Caen im Knast. Solche Widerstandsaktionen gibt es heute in den meisten französischen Kasernen, und sie nehmen täglich zu. Am häufigsten kommt es zur Weigerung, beim Aufziehen der Fahne anzutreten. In Nizza zum Beispiel ist der Soldat Fournel zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, wovon 6 Monate zur Bewährung ausgesetzt sind, weil er offen gegen das Antreten beim Hissen der Flagge aufgetreten ist. Oft verweigern die Soldaten geschlossen das Einnehmen des Essens, um damit für eine Verbesserung der Speisen einzutreten. Seit 1972 nehmen außerdem die Desertationen stark zu. Ein Fanal hat schließlich der Soldat Caillot zu setzen versucht. Er war verheiratet und hatte ein Kind. Seine Familie aber erhielt während der Wehrdienstzeit keinen Pfennig und war buchstäblich am Verhungern. In Frankreich erhalten die Angehörigen von eingezogenen Soldaten keinerlei Unterstützung. Sie müssen sehen, wie sich durchschlagen, denn der Soldat bekommt als Sold pro Tag auch so gut wie nichts. Denn was kann man schon mit rund 90 Pfennig anfangen? Gegen diesen Zustand hat Caillot mit Selbstmord protestiert.

Die Soldaten organisieren sich

Vom Beginn des letzten Jahres an hat diese spontane Widerstandsbewegung der Soldaten in der französischen Armee ihren organisatorischen Ausdruck gefunden. Von Einheit zu Einheit haben sich Soldatenkomitees gebildet. Das geschah häufig genug unter der Anleitung von Soldaten, die vor ihrer Wehrdienstzeit, als sie Arbeiter waren, an Streiks teilgenommen hatten, die also in organisatorischen Fragen schon Erfahrungen gesammelt hatten. In Konstanz am Bodensee, wo eine französische Einheit stationiert ist, ist jetzt ein Soldat mit 30 Tagen Bau bestraft worden. Er hat an einer Unterschriftensammlung des Komitees dort teilgenommen. Bekannt wurde, daß er bei der Uhrenfabrik Lip gearbeitet hat und den über 9 Monate dauernden Streik von Anfang bis Ende mitgemacht hat. Solche Fälle gibt es viele in der französischen Armee, weil die französische Arbeiterklasse in den letzten Jahren viele Streiks durchgeführt hat. Von den Soldatenkomitees gibt es derzeit 250, sie können sich nicht öffentlich treffen. Sie sind nach den Bestimmungen der französischen Armee illegale Organisationen. Dem Soldaten der französischen Armee ist jede Art der Organisierung, auch die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, verboten. Der Richter, der in Marseille die Soldaten Pelletier und Ravet verurteilte, hat sein Urteil ausdrücklich damit begründet, daß diese Komitees nichts mit den Soldatenräten am Ende des Ersten Weltkriegs gemein hätten. Und der Kommandeur der beiden Soldaten erklärte, das seien Clubs von einigen Gymnasiasten, die man nicht ernst zu nehmen brauche. Damit soll aber nur die Tatsache vernebelt werden, daß diese Soldatenkomitees heute die Initiative in den französischen Kasernen haben und daß viele Offiziere – besonders die Truppenoffiziere als direkte Vorgesetzte – nicht mehr ein noch aus wissen und auf Maßnahmen der Regierung warten. Die Regierung hat sich vom obersten Generalstabschef – ein Schwiegersohn des früheren Staatspräsidenten de Gaulle – einen Lagebericht geben lassen. Sie will der spontanen Soldatenbewegung mit Reformen beikommen, heißt es.

Die Soldatenkomitees und die politischen Organisationen

Die Soldatenkomitees haben sich in den Einheiten spontan gebildet im Kampf gegen die tägliche Unterdrückung. Dabei basieren sie auf den Erfahrungen, die die Wehrpflichtigen in Streiks und den Kämpfen des Volkes gesammelt haben. Mit ihrem Erstarken sind alle politischen Organisationen Frankreichs darauf aufmerksam geworden, insbesondere solche, die sich für links und revolutionär ausgeben. Sie versuchen seit einiger Zeit in den Komitees ihre politischen Anschauungen durchzusetzen und sie sich unter den Nagel zu reißen. Eine von ihnen – die trotzkistische FCR – hat im vergangenen Jahr aus Anlaß der Präsidentschaftswahlen Soldatenforderungen an die Kandidaten propagiert, die seitdem in den Kasernen zirkulieren als "Aufruf der Hundert". Dieser Name kommt daher, daß diese Forderungen als Aufruf, unterschrieben von 100 Soldaten, veröffentlicht wurden. Inzwischen ist dieses "Manifest" von rund 4 500 Soldaten aus allen Einheiten unterschrieben worden. Der erwähnte Soldat aus Konstanz wurde verknackt und versetzt, weil er für diese Forderungen 145 Unterschriften gesammelt hatte, und auf der Demonstration in Draguignan wurden auch diese Forderungen propagiert. Gegen viele der Soldaten, die unterschrieben haben, wurden Disziplinarstrafen verhängt. Die Forderungen sind u. a.:

- *Freie Wahl des Einberufungstermins zwischen dem 18. und dem 25. Lebensjahr;*
- *Abschaffung der Einberufung an einen Standort außerhalb Frankreichs;*
- *Rede- und Informationsfreiheit in den Kasernen;*
- *Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und des Militärischen Sicherheitsdienstes;*
- *Bezahlung der Soldaten in der Höhe des gesetzlich festgelegten Mindestlohns.*

Dieser Aufruf, dem ein zweiter von der französischen KP mit Unterstützung der Gewerkschaft CGT und Teilen der Gewerkschaft CFDT folgte, der aber kaum Bedeutung erlangt hat, war die erste Zusammenfassung und Zuspitzung der Soldatenbewegung auf nationaler Ebene. Deshalb ist er so erfolgreich. Ist der Aufruf aber eine Plattform, auf der die Soldaten ihren Kampf breit entwickeln können?
Während der Präsidentschaftswahlen haben die beiden Hauptkontrahenten, der Sozialdemokrat Mitterand und der heutige Staatspräsident Giscard d'Estaing erklärt, sie würden die Initiative der 100 Soldaten anerkennen und in ihre Überlegungen über die Reform des Wehrdienstes einbeziehen. Der Stand der Überlegungen der heutigen Regierung ist der, daß in der Soldfrage geringfügig nachgegeben wird bzw. schon einmal ist. Auch sollen die Familien in Zukunft wohl eine Unterstützung bekommen. Ansonsten zeigt man sich bemüht, das Bild eines "Staatsbürgers in Uniform" auszubrüten, ähnlich wie das in Westdeutschland gemacht wurde.

Einige "alte Zöpfe" sollen abgeschafft werden, ohne daß das besondere Disziplin-Verhältnis oder die rechtlose Lage der Soldaten geändert werden soll. Die Maßnahmen werden so dazu führen, daß die Disziplin auf eine erneuerte Grundlage gestellt wird, nachdem die bestehende Grundlage verschiedene "faule Stellen" aufweist, so daß die Disziplin nur noch schwer aufrechtzuerhalten ist für die Offiziere.
Die Forderungen haben nicht die Perspektive, die bürgerliche Armee als besondere bewaffnete Formation des bürgerlichen Staates und der Bourgeoisie abzuschaffen. Letzteres aber ist die Ursache dafür, daß den Soldaten die meisten Rechte der bürgerlichen Verfassung vorenthalten werden. Die Gefahr für die Soldatenbewegung ist also die, daß sie über ihre linksbürgerlichen Freunde, die sie durch ihr Erstarken gewonnen hat, nun für eine Reform des Militärwesens ausgenutzt wird, die zum Ziel hat, mit der Beseitigung einiger Reibungspunkte – einiger alter Zöpfe, wie der Staatspräsident sagt – die Armee zu straffen, wirksamer und schlagkräftiger zu machen. Dem werden zwar die Initiatoren dieser linksbürgerlichen Forderungen nicht zustimmen, aber sie werden tatsächlich da landen.
Die Unterdrückung der Soldaten, die tägliche Despotie, die Tatsache, daß die Armee eingesetzt wird als Streikbrecher, daß sie eingesetzt wird gegen den Kampf der Völker in den Kolonien Frankreichs, daß sie eingesetzt wird zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes in Frankreich selber, wie das beispielsweise im Mai 1968 in Paris der Fall war, schließlich, daß diese Armee immer weiter aufgerüstet wird, damit sie als ernstzunehmender Gegner für die imperialistischen Konkurrenten Frankreichs erscheint, dagegen nutzen diese Forderungen nichts. Mit solchen Soldatenkomitees, die sich tatsächlich auf die Reformen der bürgerlichen Politiker einlassen und stillhalten, wird bald Schluß sein. Die Offiziere werden dann unter ihnen aufräumen und nach des Devise des Fallschirmgenerals Massu verfahren können: "Alles ist nur eine Frage der Disziplin". Den meisten Komitees aber wird mit den Reformen der bürgerlichen Politiker nicht beizukommen sein. Sie haben spontan ihren Kampf in der Armee vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der Solidarität mit den unterdrückten Völkern in den Kolonien her entwickelt. Sie haben im Kampf die Lehren der Kämpfe der Arbeiterklasse teilweise angewandt. Sie werden den Kampf auf dieser Grundlage gegen das bürgerliche Militär weiterführen, denn das ist eine gute Grundlage. g.j.

Karlsruhe:

Demonstration französischer Soldaten

Die in Karlsruhe erscheinende Zeitung "Badische Neueste Nachrichten" betonte, alles sei ruhig verlaufen und nur 120 Mann hätten teilgenommen. Es sei ein Schweigemarsch gewesen. Allein viermal wird in dem Bericht betont, daß die Soldaten zwar **Kampfanzüge** getragen, aber keine **Gewehre** mitgeführt hätten! Da kann man sehen, wie tief diesen Schreiberlingen der Bourgeoisie die Angst davor in den Knochen steckt, daß die Soldaten tatsächlich an die revolutionäre Tradition der Soldatenräte eines Tages anknüfen, daß das Volk selbst sich bewaffnen könnte und die Macht ausübt. Die Bevölkerung in Karlsruhe hat dazu ja auch ihre revolutionäre Tradition. – Was hat sich tatsächlich in Karlsruhe zugetragen? Tatsächlich haben sich am Montagmorgen nach der Rückkehr aus dem Urlaub über 200 der 500 Soldaten der 521. und der 535. Armee-Transportgruppen versammelt auf Initiative des Soldatenkomitees. Debattiert wurde über die Forderungen des "Aufrufs der 100" (siehe Artikel). In einer Resolution wurde die Bevölkerung zur Solidarität mit den Soldaten aufgefordert, besonders auch mit denen, die in Marseille verurteilt wurden. Eine Delegation wurde dann zum Kommandeur geschickt mit den Forderungen: Dieselbe Ermäßigung der Bahntarife für die französischen Soldaten bei der Bundesbahn wie bei der französischen Bahn; mehr Urlaub; Erhöhung des Soldes. Diese Forderungen wurden durch die Demonstration, die zwischen 7 Uhr und 8 Uhr stattfand, im Zentrum Karlsruhes bekanntgemacht. An der Demonstration, auf der Soldaten verdeckt eine Soldatenzeitung aus der Kaserne verkauften, nahmen nach Angaben der französischen Gendarmerie in Karlsruhe mindestens 150 Soldaten teil, das Soldaten-Komitee teilte dagegen mit, es seien 300 Mann gewesen. Die Aufmerksamkeit, die diese Demonstration bei den Karlsruhern erregte, war groß. All das steht nicht in der Karlsruher Zeitung. Wie unterscheidet sich doch die Wirklichkeit davon, wie die reaktionären Schreiberlinge in der BNN sie darstellen! –g.j.–

Landrover für das Volk von Zimbabwe

Großer Erfolg der Spendensammlung / Mindestens 5 Landrover können der ZANU übergeben werden

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hatte sich gegenüber der ZANU verpflichtet, durch den Einsatz seiner organisierten Kräfte in einer Sammlung bis zum Januar die Mittel für zwei Landrover zu beschaffen. Als wir diese Verpflichtung eingingen, waren wir überzeugt, daß wir das gesteckte Ziel, wenn wir uns an die Massen wenden und die Sammlung mit umfassender Aufklärung über die gerechten Ziele des Kampfes des Volkes von Zimbabwe verbinden, bestimmt erreichen können. Der Erfolg der Sammlung zeigt eindeutig, daß der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe in der westdeutschen Arbeiterklasse und in anderen Teilen des Volkes auf große Sympathie stößt und daß er aktive Unterstützung findet. Statt 50.000 DM sind bereits heute 170.000 DM auf dem Sammelkonto eingegangen, statt zwei Landrover können wir 5 Landrover übergeben. Die Transportkosten sind gesichert und es werden noch Mittel übrigbleiben, um andere notwendige Bedürfnisse des Kampfes gegen das rhodesische Kolonialisten- und Rassistenregime zu beschaffen. Solbald die Übergabe der Landrover abgeschlossen ist, werden wir in der KVZ eine Abrechnung vorlegen, damit alle, die zum Erfolg der Sammlung beigetragen haben über die Verwendung der Gelder informiert werden. Die ZANU braucht heute die Landrover dringender denn je. Entgegen manchen Behauptungen der bürgerlichen Presse hat das Volk von Zimbabwe den Befreiungskampf nicht eingestellt, sondern wird ihn fortsetzen bis das nächste Etappenziel, die Errichtung einer Mehrheitsregierung in Zimbabwe verwirklicht und das Smith-Regime gestürzt ist. Daß die Kämpfe weitergehen, läßt inzwischen auch die bürgerliche Presse durchblicken. Das Volk von Zimbabwe ist nicht bereit, seine Freiheit, für die es seit Jahrzehnten kämpft, für irgendwelche winzigen Zugeständnisse zu verschenken. Bevor es seine Freiheit nicht erkämpft hat, wird es seine Waffen nicht senken.

Inzwischen haben die vier Organisationen ZANU, ZAPU, Frolizi, ANC begonnen, sich unter dem Namen des ANC zusammenzuschließen. Die Feinde des Volkes von Zimbabwe haben sich von diesem Zusammenschluß versprochen, daß die aktivsten Kräfte des Befreiungskampfes, die ZANU, dadurch an die Leine gelegt werden könne. Bis jetzt ist das Gegenteil geschehen und die ZANU konnte ihre Position des bewaffneten Kampfes stärken und alle Organisationen bekennen sich inzwischen zu dieser Position. Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe hat noch viele Windungen und Wendungen durchmachen müssen, aber er wird erfolgreich enden. Je weiter dieser Kampf fortschreitet, desto mehr stärkt er die Position der Völker an anderen Fronten. Der westdeutsche Imperialismus hat seine Saugarme von jeher gerade auch in das südliche Afrika gestreckt. Wenn einer dieser Arme abgeschlagen wird, stärkt es die Arbeiterklasse hier und schwächt deren Feind. Wo gemeinsame Interessen vorliegen, bleibt Solidarität kein leeres Wort. Das zeigt der Erfolg der Sammlung.

Wir werden das Konto für die Landrover als Konto für die ZANU aufrechterhalten. Auch nach Abschluß der Sammlung für die Landrover wird es also möglich sein, die ZANU über dieses Konto zu unterstützen.

Mannheim, den 13.1.1975

Joscha Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee



„Ein Krieg für den Frieden"

Eines Tages, im Jahr 1936, platzte der Haß. Die Welt erinnert sich noch jenes fast drei Jahre langen Krieges, dem die katholische Kriche den Namen "Kreuzzug" gab. Wir sagen nicht, daß darin alle Guten auf der einen und alle Bösen auf der anderen Seite standen, unter anderem weil Rechtschaffenheit und Bosheit immer gemischt anzutreffen sind. Aber wir vertreten die Meinung, daß der Teil des Volkes den Krieg gewann, der ein spanisches Spanien einem Spanien als Filiale Rußlands vorzog. Hinter dem Heer stand ein politischer Gedanke, der von der Nationalen Bewegung verkörpert wurde, der in den Einzelheiten elastisch, aber im Entschluß fest ist, die spanische Gesellschaft zu erneuern und instand zu setzen, wirklich in Frieden zusammenzuleben und all die notwendigen Reformen durchzuführen, die das Land benötigt.

Im Jahr 1939 begann eine Periode des Friedens, die noch anhält und den alten Haß überwindet."

Kommentar: Dieser Text fand sich in einer Broschüre der Reisegesellschaft "GUT-Reisen". Mit dieser Broschüre, die von 1973 stammt, informierte die Gesellschaft ihre Reisekunden über das Reiseziel. Was da über den spanischen Bürgerkrieg steht, ist von vorn bis hinten gegen die Arbeiterklasse und das Volk gerichtet. Denn – "Periode des Friedens" – das heißt für die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk nichts anderes als: Periode der Unterdrückung und der schamlosesten Ausbeutung. Bedenkt man, daß die "GUT–Reisen" zu hundert Prozent dem DGB gehören, dann kommt man zu der Auffassung, daß von den gelegentlichen Beteuerungen der Solidarität der DGB-Führung mit dem Widerstand des spanischen Volkes gegen den Faschismus offenbar nichts zu halten ist.

Spanien: SEAT streikt erneut

Die großen und sehr entschlossen geführten Streikkämpfe der spanischen Arbeiterklasse im vergangenen Jahr werden trotz schärfster Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen ungebrochen und verstärkt weitergeführt. Bei SEAT, dem größten spanischen Unternehmen mit 30 000 Arbeitern und Angestellten, wird seit Oktober für ausreichende Lohnerhöhung, vor allem aber für die Anerkennung der von der Belegschaft gewählten Arbeitervertreter gekämpft. Zahlreiche weitere Fabriken im Industriegürtel um Barcelona, der größten Fabrikkonzentration in Spanien, werden seit mehreren Wochen bestreikt, darunter 'Hispano Olivetti' mit 6 000 Arbeitern. In der größten Fabrik des spanischen Eisen- und Stahlkonzerns 'Altes Hornos' mit 8 000 Arbeitern in Bilbao (Baskenland) streiken die Arbeiter gegen den viel zu niedrigen Tarifabschluß. In Pamplona (Navarra) halten mehrere hundert Arbeiter des Kalibergwerks 'Petasas de Navarra' das Werk besetzt. Sie protestieren gegen die Aussperrung von über 1 000 Kollegen, die für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen den Streik begonnen hatten. In Saragossa streikten 4 000 Metallarbeiter.

Allen Streiks ist gemeinsam, daß sie mit erbitterter Härte und sehr solidarisch geführt werden. In der Regel war und ist der Ausgangspunkt der Streiks die Forderung nach ausreichendem Lohn und besseren Arbeitsbedingungen.

Die Forderungen sind:

- 5 000 Peseten (ca. 250 DM) mehr Lohn für alle (Forderung beim Generalstreik im Baskenland im Dezember und von zahlreichen Belegschaften in ganz Spanien), oder bloß 387 Peseten = ca. 19 DM täglich Mindestlohn garantieren)
- 40-Stundenwoche (es gilt in Spanien die 48-Stundenwoche, und noch nicht einmal die wird überall von den Kapitalisten anerkannt und Mehrarbeit ohne Überstundenbezahlung erzwungen)
- 100 %iger Lohnausgleich bei Kurzarbeit, Unfall, Krankheit, Invalidität und Rente
- Urlaub mindestens 1 Monat

Diese Forderungen sind immer verbunden mit Forderungen nach Versammlungs- und Vereinsfreiheit und Streikrecht, nach Liquidierung der Zwangsgewerkschaft CNS und nach eigenen Klassengewerkschaften, nach Freiheit für alle politischen Gefangenen und Exilierten. Diese Forderungen zielen bewußt auf den Sturz des faschistischen Staates, denn die Forderungen kann er bei Strafe seines Untergangs nicht erfüllen. Und deshalb auch bekommt jeder Streik der Arbeiter eines Betriebs, einer Region oder eines Industriezweiges sofort diesen politischen Charakter, ist jeder erfolgreiche Streik ein Stück Machtverlust mehr für das sowieso schon erschütterte Regime.

Ein Beispiel: Der Streik der SEAT-Arbeiter

Schon bei der Diskussion des Forderungskatalogs, also noch vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen, nahm die Polizei einige beteiligte, als Arbeiterführer bekannte SEAT-Arbeiter fest. Mit Warnstreiks forderten Tausende von Arbeitern die Freilassung der Kollegen und zeigten ihre Entschlossenheit zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Anfang November gab die Unternehmensleitung den mit dem Zwangssyndikat abgesprochenen niedrigen Abschluß bekannt.

60 der 110 Betriebsratsmitglieder legten ihr Mandat nieder; die Belegschaft wählte neue Vertreter ihres Vertrauens und fordert ihre Anerkennung durch das Syndikat, und sie fordert neue Tarifverhandlungen mit diesen Vertretern ihres Vertrauens. Der Betrieb wird voll bestreikt, auch die Angestellten solidarisieren sich. Tausende von SEAT-Arbeitern demonstrieren – unterstützt von breiten Teilen der Bevölkerung – für ihre Forderungen im Zentrum Barcelonas. Diese Demonstrationen werden gegen eine Polizei- und Militärmacht von 10-12 000 Mann durchgesetzt und erkämpft. Die Unternehmensleitung sperrt 19 000 Arbeiter aus. Unter dem Druck der Arbeiter verspricht die Geschäftsleitung die Bezahlung aller Streiktage und die Rücknahme der Aussperrung, ein Versprechen, daß sie dann teilweise wieder rückgängig macht. Als bis Anfang Januar die von der Belegschaft gewählten Vertreter vom Zwangssysndikat immer noch nicht anerkannt sind, treten die SEAT-Arbeiter erneut in den Vollstreik. Sofort sperrte die Geschäftsleitung am letzten Donnerstag alle 21 000 Arbeiter auf unbestimmte Zeit aus. 369 Arbeiter werden fristlos entlassen. Gegen 10 Obleute wird ein Entlassungsverfahren eingeleitet. In den letzten Nachrichten, die uns aus Spanien erreichten, heißt es, daß die SEAT-Arbeiter mit einer veränderten Taktik auf diese Maßnahmen reagiert haben. Um trotz der Polizeibelagerung Barcelonas zu demonstrieren, um weiter die Bevölkerung der Stadt über ihren Kampf zu unterrichten, haben die Arbeiter Trupps von 100 bis 200 Mann gebildet. Diese Trupps führen in allen Gebieten der Stadt Demonstrationen und kurze Kundgebungen durch. Diese Kampfform macht die Arbeiter äußerst beweglich und verhindert, daß die Polizei erfolgreich bei der Zerschlagung des Kampfes der Arbeiter ist. Getragen werden alle Aktionen durch die große Sympathie und Solidarität der Bevölkerung. Die Schüler des Stadtviertels, in dem SEAT liegt, sind geschlossen in den Streik getreten, ihre Lehrer haben sich solidarisch erklärt mit den SEAT-Arbeitern. Auf den Märkten der Stadt werden die Arbeiter breit von den Händlern und Käufern mit Lebensmitteln unterstützt.

Erkämpfen die SEAT-Arbeiter die Anerkennung der von ihnen gewählten Vertreter, so sind sie einen großen Schritt vorangekommen im Kampf der gesamten spanischen Arbeiterklasse für freie und unabhängige Klassengewerkschaften. Gelingt ihnen die Anerkennung ihrer Vertreter, dann ist das Zwangssyndikat sowohl für die Kapitalisten wie für den Staat lahmgelegt, ist der Staat in seinen Grundfesten getroffen, ist ein großer Schritt vorwärts zum Sturz des Regimes getan worden.

Solidarität mit dem Kampf des SEAT-Arbeiter!

Solidarität mit der spanischen Arbeiterklasse und dem spanischen Volk in seinem Kampf für den Sturz des faschistischen Regimes und für die Erringung der Rechte und Freiheiten für das Volk!

–K.S.–

DM 171675,18 bis zum 9. Januar

Der Rest der Dezember–Spendenliste und die Eingänge bis zum 9.1.1975

Sammlung auf Hochzeitsfeier Gießen 101,87 / H.Schr. Frankfurt 600,- / Wohngemeinschaft Rote Straße Göttingen 115,- / Spendensammlung Polibula Göttingen 580,- / Basar auf Flohmarkt Frankfurt 440,- / Spendensammlung R.K. Heidelberg 100,– / Wohngemeinschaft Goethestraße Gießen 40,– / Sammlung der OG Mannheim 1 067,50 / KVZ-Lesekreis Pforzheim 204,– / SG des KBW Konstanz 1 100,– / OAG Stuttgart 290,– / GUV/Sektion Sozialpolitik Westberlin 615,– / Betriebszelle LMAG der SG des KBW Diepholz 232,– / Sammlung auf Polterabend in Bremen 27,80 / Solidaritätsveranstaltung Fachhochschulen in Westberlin 514,87 / Sammlung der KSG Bruchsal 65,40 / Sammlung in GUV Frankfurt 1 000,– / Sammlung in GUV Frankfurt 2 975,– / Spenden auf der Veranstaltung in Trier 372,74 / Fa.Gr. Bruchsal 50,– / SOWI (A.L.) Tübingen 44,– / B.L. Frankfurt 500,– / KVZ-Leserkreis Eppelheim 52,50 / Spendendose im Ortsbüro Wiesloch 87,50 / H.Z. Freiburg 35,– / Spende von PH-Studenten Aachen 101,50 / W.M. Sinsheim 20,– / A.Sch. u. M.Sch. Sinsheim 20,– / R.Gr. Kiel 100,– / H.D. Offenbach 50,– / J.Fr. Offenbach 200 / Spende von KVZ-Lesern der FOS-Klasse 12e, Ausschlägerweg Hamburg 19,50 / Projekt Antiimperialismus Westberlin 600 / Sammlung auf Veranstaltung in Bremen 38,55 / Spendendose Büro in Bochum 40,13 / S.J./J.L. Oldenburg 200,– / Sammlung auf Commende-Fest Göttingen 22,– / Chr.Mar. Bremen 53,50 / OAG Kiel 60,– / Schlampferkasse KSB Trier 103,– / Spende der Totogemeinschaft Bockenheim 32,– / Zelle Erziehungswissenschaft KSO Gießen 100,– / Basar auf Flohmarkt von der SG Frankenthal 150,– / Sammlung in Lehrveranstaltung LBS u. VV Bremen 40,50 / Sammlung der SG des KBW Ravensburg/Weingarten 725,– / I.K. Essen 250,– / SG des KBW Bochum-Werne 80,– / KHG-Zelle Psychologie Westberlin 220,– / Diplomfeier Göttingen 440,– / Sammlung in Weddel 37,56 / Stadtteilzelle Steintor und Sympathisanten Bremen 80,– / Betriebszelle Nordmende Bremen 35,– / Betriebszelle Klöckner Halle HB Bremen 630,– / Zelle Universität Dienstleister Bremen 35,– / M.W.Sch. Neumünster 25,– / KHG-Zelle Biologie Westberlin 138,– / Basar des KAJB Wolfsburg 105,– / Sammeldose im Büro Wolfsburg 30,– / G.R. Gummersbach 40,60 DM / Sammlung unter Soziologiestudenten Kiel 100,20 / Basar der Zelle Biologie KSB Frankfurt 170,– / Sammlung bei Jugendzentrum und Schule SG des KBW Preetz 150,– / Sammlung auf VV Soziologie Bielefeld 45,– / Spende OAG Bielefeld 80,– / N.N. Stormarn 400,– / Sammlung auf der "Keksweite Eppelheim" Eppelheim 40,– / P.A. Eppelheim 50,– / H.L. Frankfurt 500,– / Wohngemeinschaft Goethestraße Kassel 60,– / Skatrunde aus Braunschweig 39,– / Deutschkollektiv der PH Heidelberg 50,– / SG des KBW Schriesheim 40,– / P.M. Mannheim 50,– / R.Schl. Frankfurt 20,– / Sammlung der GUV Heidelberg 6 500,– / Zelle Chemie des KSB Göttingen 37,– / GUV Karlsruhe 550,– / B.K. Freiburg 500,– / Sammlung auf Feier in Sinsheim 117,43 / R. Kiel 75,– / Doppelkopfrunde Eichenstraße Hamburg 90,– / Sammlung auf Geburtstagsfeier Bremen 122,77 / Sammlung in Physikal. Institut Freiburg 62,– / Veranstaltung und Stand Bochum 1 225,83 / Fest der Inst.gr. Psychologie Heidelberg 775,– / V.R. Kiel 20,– / SG des KBW Herne 164,81 / ZA des KSB Bremen 100,– / SG des KBW und Leserkreis Bonn 250,– / Doppelkopfrunde Frankfurt 100,– / Zelle Ges.Wiss. KSO Gießen 60,– / G.Schw. Sandhausen 10,– / G.V. Göttingen 10,– / U.S. Karlsruhe 50,– / Sammlung und Basar Marburg 135,12 / Spendendose im Büro Göttingen 72,30 / Th.H. Westberlin 52,– / S.T. Marburg 65,– / M.R. Frankfurt 19,20 / M.T. Kiel 300,– / Stadtteilzelle Bockenheim Frankfurt 226,82 / W.W. Wolfsburg 50,– / Basar der Sympathisanten der KHG Westberlin 134,85 / Solidaritätsfest der KHG Westberlin 807,30 / Fachhochschule Sozialp. Frankfurt 415,40 / R.B. Ludwigshafen 1 800,– / Bücherbasar des FSR/Volkswirtschaft Freiburg 367,– / Skatrunde Roter Graben Seesen 17,22 / H.G. Bremen 60,– / H.-W.M. + M.M. Bremen 50,– / Schafkopfrunde Roter Löwe Heidelberg 51,85 / KSB Münster 12,83 / Sammlung am Inst.f.Soz.+Ethn. Heidelberg 87,29 / F.Y.Gl. Göttingen 40,– / Spende aus Seminaren Universität Frankfurt 24,30 / Stadtteilzelle Bremen 100,– / Sammlung Lehrver. Statistik Heidelberg 30,– / Sammlung auf Veranst. des KAJB Waiblingen 58,50 / Sammlung OG Mannheim 1 165,– / A.P. Freiburg 10,– / Afrikakomitee Freiburg 460,– / KVZ-Leserkreis Klinik Freiburg 40,– / Sammlung PH Büchertisch Kiel 200,– / Spende GUV Freiburg 3 378,– / Sammlung auf der Fahrt zur Demonstration nach Hannover Clausthal-Zellerfeld 86,69 Antiapartheidbewegung Hannover 242,43 / W.A. Hannover 100,– / R. Bad Harzburg 100,– / Stadtteilzelle Weststadt Heidelberg 170,– / Rommerunde Kampstraße Hildesheim 40,– / Sammlung der Stadtteilzelle Hohngen Hildesheim 151,64 / Basar der GUV Offenbach 487,64 / Spende der GUV Offenbach 3 670,– / R.Th. Clausthal-Zellerfeld 120,– / Sammlung auf Examensfeier Mönchengladbach 70,– / Erlös eines Festes der Fachschaft Anglistik Gießen 151,– / Sammlung der Uni Konstanz 236,50 / G.M. Braunschweig 30,– / A.Br. Bremen 30,– / Sektion Wifo GUV Hamburg 500,– / J.Op. Hannover 70,– / K.Str. Frankfurt 900,– / anstelle eines Weihnachtsgeschenkes Familie Fr., Krefeld, 20,– / P.N. Frankfurt 100,– / Wohngemeinschaft Ifflandstraße 106,– / Turk Frankfurt 1 680,– / S.R. Nußloch 500,– / Kommunistische Studentenzelle Lüneburg 450,– / B.M. Ravensburg 20,– / FSVV Bauing. TU Braunschweig 20,60 / J.B. Frankfurt 50,– / Basar GUV/Sozialarb. Frankfurt 300,– / T.V. Nienberge 20,– / M.S. Münster 50,– / U.L. Werne-Lippe 68,80 / Tischtennisturnier SG Neumünster 82,– / H.Fr. Heidelberg 150,– / H.R. Sandhausen 165,– / U.G. Frankfurt 1 000,– / H.P. Frankfurt 500,– / E.Z. Leer 200,– / Afrikakomitee Münster 618,– / Buchladen Braunschweig 138,– / Sammlung der OG Braunschweig 323,60 / Basar der GUV Göttingen 1 068,– / Rote Zellen Kiel 13,24 / Studenten der Hochschule für Politik München 50,– / Sammlung der Stadtteilzelle Detmerode Wolfsburg 175,– / Flohmarkt in Ravensburg 471,– / Spende der SG Ravensburg 308,50 / Betriebszelle Bremer Vulkan Bremen 250,– / P.B. Offenbach 500,– / Basar KSG-Zelle FHS Frankfurt 236,– / Stadtteilzelle Woltmershausen Bremen 162,– / W.K., H.-H.R., I.R., H.R., Wolfsburg 140,– / L.H. Paderborn 30,– / VV der Diplompädg. Frankfurt 505,– / F.J.Sch. Frankfurt 546,08 / Spenden beim KVZ-Verkauf vor KEPA Bremen 24,– / Chr.S. Bremen 40,– / Sammlung der GUV Frankfurt 327,– / Zelle Math./Did. KSB Frankfurt 48,50 / KSB-Sympathisanten des Psych.Inst. Münster 40,16 / Sammlung unter Planern Architekten Westberlin 410,– / Statt Weihnachtsgesch. W.F., R.L. Peine 40,– / Spende des KVZ-Leserkreis Ravensvurg 43,50 / Institutssammlung TH Darmstadt 42,50 / Zelle Slaw. KSB Göttingen 70,– / H.U. Herten 75,– / Sammlung Buchladen Hamburg 160,– / Basar Päd.Inst. Hamburg 564,90 / Zelle Vogelstang und GUV Mannheim 1 063,– / Ortsleitung Karlsruhe 150,– / KSG Karlsruhe 215,– / Schülerzelle SG Gießen 244,– / L.V. Bremen 150,– / Straßensammlung in Eimsbüttel Hamburg 19,– / A.G. (Wichernstift) Ganderkesee 88,50 / F.Sch. Braunschweig 50,– / Zelle Psych KSO Gießen 70,– / M.M. Frankfurt 200,– / H.P.B. Darmstadt 100,– / R.L. Hamburg 300,– / R.L. Hamburg 200,– / U.T. Mosbach 174,60 / Basar Fachschaft des FB Psych. Gießen 584,01 / P.N. + P. Göttingen 111,22 / Aufbauzelle Hafen Bremen 100,– / Stadtteilzelle Neustadt Sympathisanten Bremen 317,– / SSK der GUV Heidelberg 153,– / SG des KBW Müllheim 80,– / Kegelklub 03 Gießen 42,– / KSB Osnabrück 384,23 / J.B. Westberlin 50,– / Sammlung am Glühweinstand Mosbach 87,50 / Zelle Altes Gymnasium KOB Bremen 85,– / Versteigerung in Bielefeld 220,32 / SG des KBW Augsburg 150,– / OAG Leverkusen 500,– / Basar der Uni Bremen 912,20 / Sammlung Kindergarten Kohlhökerstraße Bremen 25,– / Hochschullehrer und Assistent Oldenburg 230,– / GUV Sektion HoFo Frankfurt 1 160,– / Chr.Sch. Aalen 20,– / J.Op. Hannover 100,– / Fachschaft Psych. Kiel 52,20 / Dr.W.Schr. Los Angeles 100,– / KVZ-Leserkreis Jugendzentrum Neckargemünd 100,– / E.D. Bremen 71,10 / V.J. Ravensburg 200,– / Rote Zellen Kiel 60,– / G.K. Oldenburg 50,– / G.K. Bonn 50,– / G.Ki. Bonn 50,– / Kl.-D.M. Büdingen 50,– / Kindergarten Stern e.V. 300,– / G.N. (Hochzeitsfeier) Brodersdorf 276,45 / Kollekte der Gemeinde Osterholz am 24.12.1974 Bremen 75,– / V.K. Bremen 212,46 / SG des KBW Frankenthal 90,– / H.L. Lüneburg 40,– / St.H. Wildemann/Harz 20,– / GUV Bremen 2 000,– / OAG Seesen 32,75 / Versteigerung einer Landrovertorte auf Veranstaltung der OAG Seesen 20,– / Verlosung proletarischer Literatur Seesen 35,– / Straßensammlung OAG Seesen 60,– / Sammlung GUV Oldenburg 468,95 / Kommunistische Schülergruppe Bochum 170,– / Doppelkopfrunde Ronneburger Straße Frankfurt 30,– / Betriebszelle Krupp-Atlas Bremen 100,– / Stadtteilzelle Ostertor Bremen 35,– / Sammlung Hochsch. f. Gest. Bremen 43,– / Sammlung Buchladen Bremen 240,– / KSB ALP Geo. Bremen 50,– / SG des KBW Hockenheim 40,– / E.G. Stuttgart 17,– / P.+W. Weinheim 3 250,– / K.K. Hamburg 100,– / OG Wiesbaden 3 650,– / IG Angl./Germ. Mannheim 93,80 / H.A.W., Caro-Druck Plankstadt 20,– / SG des KBW Lampertheim 370,– / GUV Osterholz-Scharmb. 300,– / Sammlung Polibula Frankfurt 215,– / H.D.St. Frankfurt 160,– / SG des KBW Rüsselsheim 180,– / Sammlung in Wohngemeinsch. Gießen 90,35 / Sammlung unter Studenten am Klin. Fachber. Freiburg 101,21 / Sammlung auf Veranst. Münster 30,– / KSB Zelle Sozialwesen Münster 366,65 / Kegelrunde Münster 11,– / Wohngemeinsch. Aumund Bremen 234,50 / R.M.M. Oldenburg 25,– / Schülergruppe Westberlin 50,– / W.B. Heidelberg 1 000,– / Versteigerung GUV Heidelberg 536,70 / KHG Köln 150,– / Wohngemeinsch. Daubringen Gießen 400,– / Doppelkopfrunde Verden 7,– / Weihnachtsgeld Sozialarbeiter aus Hamburg 300,– / Sammlung Afrikakomitee Hamburg 38,29 / Betriebszelle VFW-Lemwerder Bremen 62,50 / Polterabend P. + B.B. Bremen 47,88 / KHG Dortmund 60,– / Zelle Jura KSB Frankfurt 40,– / Basar in Hamburg 104,50 / Kickerturnier Heidelberg 33,– / Sammlung der OAG Hamm 75,– / Weihnachtsgelder KAJB Wolfsburg 80,– / Sammlung der Zelle Kolleg Wolfsburg 33,50 / Spende Wolfsburg 4,50 / Blutspende H.L. Hamburg 39,– / Spende von RA G.K. Frankfurt 100,– / Th.K. Hamburg 100,– / E.Gr. HH-Bramfeld Hamburg 84,– / AZ-Klinik SG Gießen 25,36 / Geburtstagsfeier in Braunschweig 37,21 / KVZ-Leserkreis Magniviertel Braunschweig 30,50 / SG des KBW Wolfenbüttel 27,– / Wohngemeinsch. Steinkreuz Bremen 15,– / Skatrunde "Rotes Kreuz" Kiel 38,– / E.R. Münster 61,– / Semesterfeier HfSS Bremen 31,– / E.K. Trier 5,– / B.G. Rastorfer Passau 200,– / Basar des KSB Braunschweig 1 004,16 / Sammlung KHG Karlsruhe 152,25 / Th.Schi. Westberlin 30,20 / Th.Ha. Hannover 10,– / B.Sch. Neumünster 50,– / N.H. Braunschweig 17,– / M.H. Bergisch-Gladbach 50,– / Skatrunde in Bockelkamp 77,30 / H.Schw. Hamburg 194,– / D.F. Frankfurt 97,– / SG des KBW Worms 440,– / A.M. Ludwigshafen 257,05 / M.G. Göttingen 15,– / SG des KBW Worms 60,– / E.M. Laatzen 20,– / Spenden einer Hüttenfeier Homburg-Sanddorf 31,44 / Pfeilwurfspiel Verden 10,– / Seniorenklub Norderstedt 107,55 / Proletarische Jugend Norderstedt 62,66 / U.+J. Norderstedt 90,– / Sammlung Afrikakomitee Hamburg 62,22 / A.G. Göttingen 750,– / SG des KBW Kaiserslautern 54,– / Spende der SVBW/GUV Bremen 135,–

Unterstützung für die politischen Gefangenen in Oman

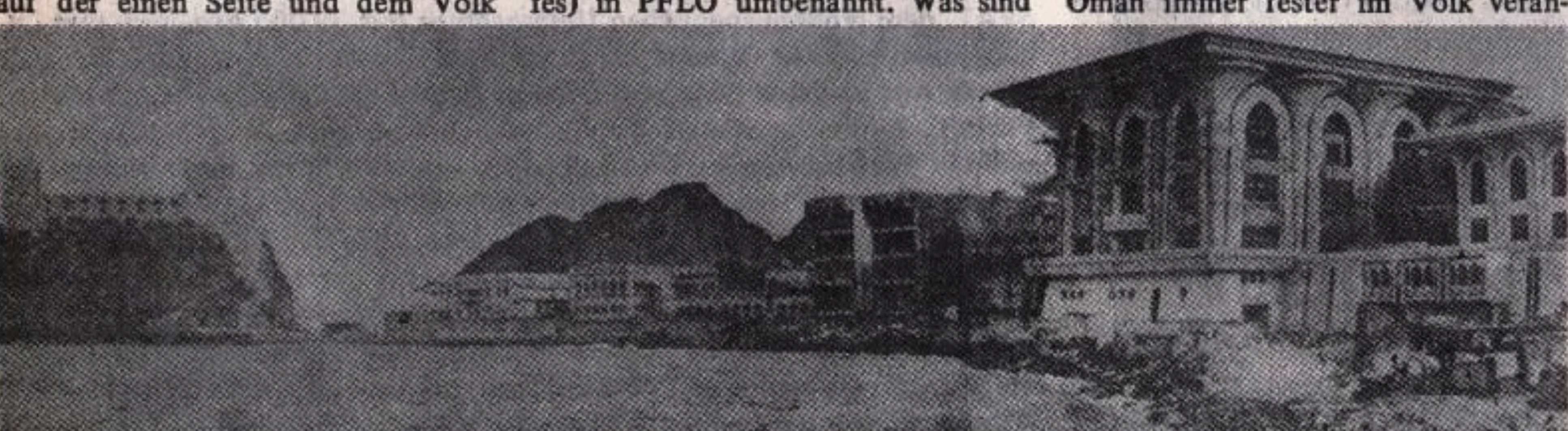
Interview mit Hussein Mussou, Vertreter der "Volksfront für die Befreiung von Oman" (PFLO)

Vom 27. bis 30. Dezember 1974 fand in Paris ein internationaler Solidaritätskongreß der "Volksfront für die Befreiung von Oman" (PFLO) statt. Ein Mitglied des Nahost-Komitees Heidelberg machte während dieser Konferenz das folgende Interview mit einem der beiden Vertreter der PFLO auf dieser Konferenz, Hussein Moussa.

Die politische und wirtschaftliche Lage

Frage: Anfang des Jahres 1974 richtete das "Komitee für den Gesundheitsdienst Provinz Dhofar" zwei Aufrufe an die Weltöffentlichkeit, in denen auf die Lage in den von der PFLO(AG) befreiten Gebieten eingegangen wurde. Kannst Du darüber berichten, wie die politische und wirtschaftliche Situation in Oman derzeit aussieht?

Hussein Moussa: Die politische Lage ist in Oman derzeit gekennzeichnet durch die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den Imperialisten und ihren lokalen Verbündeten auf der einen Seite und dem Volk



Drei Symbole der Unterdrückung in Oman: Links im Bild die Festung, in der die politischen Gefangenen festgehalten werden; in der Mitte die britische Botschaft und dann der neue Palast des Sultan Quabus von Oman, der 2 Millionen Dollar gekostet hat.

Dollar gekostet hat.

von Oman unter Führung der PFLO auf der anderen Seite. Diese sich verschärfende Konfrontation drückt sich auch auf militärischem Gebiet hauptsächlich in den befreiten Gebieten von Oman aus, also im südlichen Teil von Oman, in der Provinz Dhofar. Internationale Nachrichtenagenturen bestätigen in ihren Meldungen, daß dieses Gebiet Zeuge heftiger Angriffe hauptsächlich seitens der iranischen Truppen ist, unterstützt von einigen jordanischen und lokalen Söldnertruppen, die alle von der britischen Luftwaffe unterstützt werden. Das ist ein Zeichen der wachsenden Konfrontation. Auf der anderen Seite befindet sich ganz Oman heute in einem Belagerungszustand. Auf Hauptstraßen und Kreuzungen werden Straßensperren errichtet, schwere Militärpatrouillen und Wachen kontrollieren die Straßen der Hauptstädte des Sultanats. Der Grund dafür liegt in den Vorfällen von Rustaq (1), wo die Front militärische Aktionen durchgeführt hat. Dem folgte eine Politik der Verhaftungen und des Terrors, wie es Oman niemals vorher erlebt hat. Eine Terrorwelle, die sich auf Hunderte von Menschen verschiedener Schichten des Volkes und verschiedener politischer Herkunft bezog. Natürlich schoben sie (das Regime des Sultans, Red.) der Front die Hauptverantwortung dafür in die Schuhe, nämlich, daß sie die inneren Konflikte zugespitzt habe. Es ist auch ganz richtig, und wir haben das niemals bestritten, daß wir die Kämpfe, was uns angeht, so lange zuspitzen werden, bis der endgültige Sieg erreicht sein wird.

Die ökonomische Situation ist trotz der gestiegenen Öleinnahmen des Sultans dadurch gekennzeichnet, daß es dem Regime in Maskat (Maskat ist die Hauptstadt von Oman) nicht gelungen ist, die ökonomischen Probleme zu lösen, denen sich das Land gegenübergestellt sieht. 1970, als die Briten Quabus an die Macht brachten, lagen die Öleinnahmen etwa bei 40 Millionen Pfund, heute liegen sie etwa bei 500 Millionen Pfund. Trotzdem sind sie nicht in der Lage, die Krise im Land zu lösen. So steigt die Zahl der Arbeitslosen weiter, und es ist ihnen nicht gelungen, den Lebensstandard zu heben; im Gegenteil, Inflation und hohe Preise! Die hohen Preise haben lediglich eine Wirkung auf die hohen Einkommen der wohlhabenden Leute in Oman, die im Dienst des Sultans stehen (gemeint ist ein kleiner Teil von gekauften Managern, die Projekte des Sultans beaufsichtigen, Red.). In diesem Jahr (1974) hatte das Sultanat beschlossen, sich Rat bei solchen Projekten (Entwicklungsprojekten) zu suchen, wie sie im wesentlichen im "Middle East Economic Digest" (Wirtschaftliches Handbuch für den Nahen Osten) niedergelegt sind. Momentan beschränken sie sich aber darauf, die alten Projekte überhaupt zu erhalten, und nehmen keine neuen in Angriff. Das zeigt, daß das Sultanat trotz seines hohen Einkommens nicht einmal den minimalen Lebensstandard der Bevölkerung heben kann, überhaupt den Menschen in Oman ein anständiges Leben sichert. Deswegen ist auch die Auswanderung weiter im Ansteigen; sie hatte niemals nachgelassen, wie es erwartet worden war. Tausende von Omanis sind immer noch im Ausland.

Das ist – ganz allgemein – die ökonomische Situation.

(1) Bei Rustaq geriet eine militärische Einheit der PFLO in einen Hinterhalt. Vier Kämpfer der PFLO fielen, einer wurde gefangengenommen. Unter den fünf Kämpfern befanden sich zwei Mitglieder des Zentralen Komitees der Front.

Die PFLO – eine nationale Frontorganisation

Frage: Auf ihrem letzten Kongreß im Juni 1974 hat sich die vormalige PFLOAG (Volksfront für die Befreiung Omans und des Arabischen Golfes) in PFLO umbenannt. Was sind die Gründe dafür? Inwieweit hängt es mit der aktuellen Situation in Oman und am Arabischen Golf zusammen?

Hussein Moussa: Seit ihrem ersten Kongreß im Dezember 1971 hat die Front bis zu ihrem zweiten Kongreß im Juni 1974 eine ganze Menge Veränderungen durchgemacht; das waren Veränderungen, die zum Teil sehr schnell vorgenommen werden mußten, weil der Kampf immer den jeweiligen herrschenden Verhältnissen entsprechen muß. Unser nationales Programm trägt dem Rechnung, gerade um unserem Volk die Stunde der Befreiung näher zu bringen. In dem letzten Zeitabschnitt waren wir Zeuge der Einmischung einer gewaltigen Macht in die inneren Verhältnisse in Oman, nämlich von seiten des Iran; das war ein sehr schwerwiegender Eingriff. Und diese iranische Intervention in einen andauernden Konflikt forderte alle politischen Kräfte heraus und zwang die nationalen Kräfte, das Programm noch einmal durchzusehen. Angesichts eines solchen starken Feindes kam es darauf an, die Kräfte vor der großen Gefahr, die von ihm ausgeht, zu vereinigen, denn dieser Feind bedroht nicht nur das Voranschreiten der Revolution in unserem Lande, sondern seine nationale Unabhängigkeit überhaupt. Das bedeutete, daß wir einige Zugeständnisse machen mußten und einige unserer früheren Feinde neutralisieren mußten. Die Front war als Volksfront für die Befreiung Omans **und des Arabischen Golfes** mit mehreren lokalen reaktionären Regimes konfrontiert, und um die Konflikte mit diesen Regimes so gering wie möglich zu halten, haben wir das geändert.

Ich meine, das war der eine Grund, unsere eigene Strategie zu verändern. Der zweite Grund ist, daß wir uns der veränderten Situation anpassen mußten. In den vergangenen drei Jahren haben diese zersplitterten Scheichtümer am Golf ihre Unabhängigkeit erlangt und alle ihre politische Eigenständigkeit erhalten. In ökonomisch-sozialer und politischer Hinsicht sind sie sehr unterschiedlich voneinander geworden, und das in kurzer Zeit. Die Front als ein vereinigtes Kampforgan für den gesamten Raum des Golfes wurde also mit sehr unterschiedlichen Kampfbedingungen konfrontiert und war in einer immer schwierigeren Lage. Jetzt ermöglicht die freiwillige Unabhängigkeit der verschiedenen Organisationen es, sich besser auf die lokalen Besonderheiten einzustellen, und sie sind in der Lage, sich den jeweiligen Bedingungen anzupassen. Das ist der zweite Grund.

Wir hoffen, daß solche Veränderungen zu einer Triebkraft in unserem Kampf werden, und sie werden ihn nach vorn bringen; das ist keinesfalls irgendein Rückzug.

Das Eingreifen der Arabischen Liga

Frage: Wir haben davon gehört, daß die "Arabische Liga" versucht hat, den Konflikt in Oman auf "friedlichem Wege" zu lösen?

Hussein Moussa: Die "Arabische Liga" hatte die Entwicklung in Oman und am Arabischen Golf bisher immer völlig ignoriert; das trotz der Gefahr, die durch die ausländische Intervention entstanden ist. Und plötzlich hat sie angefangen, sich damit zu beschäftigen – ihre Motive sollten wohl woanders liegen. Wir wissen, daß Saudi-Arabien – nicht immer in öffentlicher Form – versucht, die Arabische Liga für seine Interessen einzusetzen, und diese Intervention der Arabischen Liga war auch so ein Trick von seiten Saudi-Arabiens. Saudi-Arabien ist nicht daran interessiert, iranische Truppen in Oman zu sehen. Nicht weil es für unser Volk besonders viel übrig hat, nein, sondern weil es im Iran einen Rivalen um die eigene Vorherrschaft in diesem Gebiet sieht. So sieht die Sache auf der einen Seite aus. Auf der anderen Seite hat Saudi-Arabien gemerkt, daß nach der iranischen Intervention die Revolution in Oman immer fester im Volk verankert ist und daß der Sultan von Oman immer isolierter dasteht. Um diese Isolation des Sultans aufzuheben, versuchten sie die Arabische Liga einzusetzen.

Und der dritte Grund ist folgender: Der Schah von Iran hatte versprochen, die Revolution in Oman innerhalb von ein paar Wochen zu liquidieren; jetzt dauert es schon länger als ein Jahr, und es ist ihm immer noch nicht gelungen. So waren sie gezwungen, zusätzlich zu der militärischen auch noch die politische Liquidierung zu versuchen. Die ganze Absicht ihres Planes ist es, die iranischen Truppen durch arabische Truppen zu ersetzen und den nationalen Kampf in einen "Bürgerkrieg" zu verwandeln. Das ist die eine Absicht. Die andere Absicht ist, die Volksdemokratische Republik Jemen für das verantwortlich zu machen, was in Oman vor sich geht. Aber die Volksdemokratische Republik Jemen hat ihre Pläne durchkreuzt. Sie hat sich geweigert, an diesen Anstrengungen teilzunehmen und knapp mitgeteilt, daß die Sache bei denen läge, die wirklich in den Kampf einbezogen sind, und das sind das Volk von Oman und die Front auf der einen Seite und die Aggressoren, der Iran, Großbritannien und das Regime in Maskat auf der anderen Seite. Und dann ist die Mission nicht weitergekommen und wurde eingefroren.

Frage: Glaubst Du, daß diese Mission noch eine Zukunft hat?

Hussein Moussa: Nein. Sicherlich, eine arabische Intervention ist immer möglich, aber zwischen den einzelnen Parteien herrschen zu große Widersprüche, so daß sie bisher keine Einigung erzielen konnten.

Die Rolle der Bundesrepublik in Oman

Frage: Das Sultanat von Oman wird von verschiedenen ausländischen imperialistischen Ländern unterstützt, auch von der Bundesrepublik. Was für eine Rolle spielt der westdeutsche Imperialismus gerade in Oman?

Hussein Moussa: Die Bundesrepublik hatte "ihren Mann" in der Regierung des Sultans, den früheren Premierminister. Den Kampf um den westdeutschen und britischen Einfluß auf die Wirtschaft Omans haben die Briten für sich entscheiden können. Sie haben sich dieses Premierministers entledigt. Das konnten sie, weil sie damals, als er Premierminister war, in der besseren Position als die Deutschen waren. Aber das heißt nicht, daß die deutschen Kapitalisten ihren Einfluß völlig verloren hätten; nur haben sie nicht die gleiche Stellung wie die Briten. Natürlich gibt es verschiedene westdeutsche Monopole im Sultanat; sehr große Projekte werden (z.B. von Hoch-Tief, Red.) dort ausgeführt. Das geschieht, indem auf Kosten des Wohlstands unseres Volkes Profite gemacht werden und auch auf Kosten der Naturreichtümer von Oman. Das ist eindeutig gegen das Interesse unseres Volkes.

Die Solidarität mit dem Volk von Oman

Frage: Im letzten Jahr hat es in der Bundesrepublik eine Solidaritätsbewegung mit der PFLO(AG) und dem Volk von Oman gegeben. Was denkt die Front darüber?

Hussein Moussa: Wir haben diese Aktivitäten der Solidaritätsbewegung, wie sie in der Bundesrepublik durchgeführt wurden, immer als ein Beispiel auch für andere Länder angesehen. Das deswegen, weil diese Solidaritäts-Aktionen relativ breite Massen erreichen konnten, verschiedene Städte umfaßten und nicht nur auf die Hauptstadt konzentriert blieben. Sie haben verschiedene Formen wie Medikamentensammlungen, Geldsammlungen, politische Propaganda etc. angenommen. Wir glauben, daß diese große Solidarität auf jeden Fall einen starken Eindruck auf unser Volk hinterläßt, daß es nicht allein in seinem Kampf steht; diese Solidarität ist sehr wichtig als Hilfe und Unterstützung für die Revolution. Sie übt Druck auf den Feind und seine Verbündeten aus, auch in der Bundesrepublik.

Unterstützung für die politischen Gefangenen in Oman

Frage: Was müssen die nächsten Aufgaben der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Oman sein? Du erwähntest eine hohe Zahl politischer Gefangener in Oman?

Hussein Moussa: Trotz einer sehr hohen Zahl von politischen Gefangenen, trotzdem die Situation in den Gefängnissen wirklich grauenhaft ist, die Lage der politischen Gefangenen schlecht, in einem Land ohne Verfassung, ohne Gerichte, in dem es kein Recht für die politischen Gefangenen gibt, trotzdem einige dieser Gefangenen gequält und gefoltert werden, trotz dieser gefährlichen Situation hört die Weltöffentlichkeit nicht viel davon, denn Oman liegt nicht in ihrem Hauptblickpunkt. Wir meinen, die hauptsächlichen Aktivitäten der Solidaritätskomitees müssen darin bestehen, eine Kampagne für die Freilassung politischer Gefangener in Oman zu führen, ihre Situation überall bekannt zu machen. Sie müssen Druck auf solche Regierungen ausüben, die verantwortlich für die Verhältnisse in Oman sind, hauptsächlich das Sultanat selbst und England. Überhaupt alle Unterstützung für das Regime von Maskat muß aufgedeckt werden.

Nahost-Komitee Heidelberg, C.K.

SPENDENKONTO:

"Humanitäre Hilfe Dhofar"

Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin

Konto Nr. 1 004 704 305

Die PFLO hat auf der Pariser Konferenz den anwesenden Komitees einen Aufruf zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Oman übergeben mit der Aufforderung, sich in der Zeit vom 3. bis 30. Februar 1975 an auf diesen Aufruf gegründeten Aktivitäten in ganz Europa zu beteiligen. In der Bundesrepublik wird gegenwärtig in Absprache mit der PFLO eine Postkartenaktion für diesen Zeitraum vorbereitet.

Südafrika: Minenarbeiter im Streik



Die beiden Bilder zeigen, wie das südafrikanische Rassistenregime seine Herrschaft über die Schwarzen aufrechterhält.

In der Goldmine "Vaal Reef" in der Republik Südafrika ist letzte Woche eine breite Streikbewegung unter den schwarzen Minenarbeitern entstanden.

Die schwarzen Arbeiter, die in der Mine arbeiten und in den Streik getreten sind, protestieren mit dieser Aktion gegen eine Verfügung, wonach für die Dauer ihres Arbeitsvertrages 60 % ihres Lohnes auf einem Sperrkonto festgelegt werden, ihnen also nur 40 % oder weniger als die Hälfte ausbezahlt wird.

Verfügt wurden diese Maßnahmen durch die "Regierung von Lesotho", ein Reservatgebiet inmitten der Südafrikanischen Republik, wo die Schwarzen leben. Das südafrikanische Siedlerregime hat die schwarze Bevölkerung gezwungen, sich in solchen Reservaten anzusiedeln, weil so die Schwarzen besser unter Kontrolle zu halten sind. Lesotho zum Beispiel ist lückenlos umstellt von Polizei- und Armee-Einheiten des südafrikanischen Siedlerregimes. Wenn die südafrikanischen Rassisten Arbeitskräfte brauchen, dann holen sie sie aus diesen Reservatgebieten. Nach Beendigung schicken sie sie dorthin zurück. Zudem hat das Vorster-Regime in Pretoria versucht, diese Reservatgebiete, die sich in nichts unterscheiden von den Indianer-Reservaten in den USA, großspurig als "selbständige Staaten" auszugeben, mit einer eigenen Regierung. In Wahrheit aber handelt es sich dabei nur um schwarze Statthalter des Vorster-Regimes, um "scharze Vorster". Sie führen im Auftrag des Siedlerregimes die Verwaltung in den Reservaten und sind in allem der verlängerte Arm des Vorster-Regimes.

Von dem Vorster-Regime sind diese Statthalter nun beauftragt worden, ihr Budget selber aufzubringen. Da



als einzige Einnahmequelle die Löhne der schwarzen Arbeiter, die in den Minen arbeiten, in Frage kommt, wurde diese Maßnahme getroffen, die in Wahrheit eine 60-prozentige Steuer auf den Lohn ist, wenn auch nur für einen bestimmten Zeitraum. Da die Bergwerksleitung direkt die Summe vom Lohn abzieht und einbehält, haben die Arbeiter mit Streik reagiert. Zugleich sind Tausende nach Lesotho zurückgekehrt, um die Rücknahme der Maßnahme von der Verwaltung dort zu erzwingen. Gegen die Streikenden hat das Vorster-Regime sofort Polizei und Armee eingesetzt, mehrere schwarze Arbeiter sind dabei erschossen worden.

Auf der Seite des vietnamesischen Volkes zum nächsten Sieg gegen den US-Imperialismus

1975 wird ein Jahr verstärkten militärischen und politischen Kampfes in Südvietnam sein. Nachdem die US-Regierung und Thieu alles darangesetzt haben, die Verwirklichung des Pariser Abkommens zu verhindern, hat die Provisorische Revolutionäre Regierung im vergangenen Jahr eine politische Offensive zum Sturz Thieus und der Beendigung der US-Einmischung eingeleitet, die in den Aktionen der Volksbewegung in den Saigoner Gebieten ihren Ausdruck findet. Dabei wird sie durch die militärischen Operationen unterstützt, die dazu beitragen sollen, die Verwirklichung des Pariser Abkommens zu erzwingen.

Dieser Kampf hat sich während der vergangenen 2 Jahre in mehreren Abschnitten entwickelt. Dabei war wichtig, daß das Pariser Friedensabkommen über Vietnam kein Kompromiß mit dem US-Imperialismus und seinen Knechten war, sondern die Ziele des vietnamesischen Volkes und insbesondere der Bevölkerung im Süden auf vollständige Befreiung des Südens und Wiedervereinigung mit dem Norden unter Führung der Provisorischen Revolutionären Regierung festhält. Gleichzeitig widerspricht es vollständig den Interessen des US-Imperialismus, der deshalb seine Verwirklichung mit allen Mitteln zu verhindern sucht.



Spendet für eine mobile medizinische Ausrüstung zur Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes. Sie wird zentral über die Provisorische Revolutionäre Regierung besorgt und kostet ca. 8 000 DM je Einheit.
Die mobile medizinische Ausrüstung ist entwickelt worden unter den Bedingungen eines brutalen Aggressionskrieges der USA und ihrer Marionette Thieu gegenüber dem vietnamesischen Volk. Die Ausrüstung ist im wesentlichen so zusammengestellt, daß mit den einfachsten Mitteln schnell an jeder Stelle Hilfe geleistet werden kann. Die Ausrüstung kann von zwei Menschen getragen werden und mit Fahrrädern und anderen Fahrzeugen, die den Verhältnissen des Landes angepaßt sind, an jeden beliebigen Ort transportiert und eingesetzt werden.

Spendenkonto Vietnam Nr. 130 24 50

Bezirkssparkasse Heidelberg, H.Leberl

Stichwort: Mobile medizinische Ausrüstung

Da sich die USA im Pariser Abkommen verpflichten mußte, ihre Truppen aus Südvietnam abzuziehen und ihre politische, wirtschaftliche und militärische Einmischung zu beenden, forcierten sie die "Vietnamisierung des Krieges". Mit US-Geldern und Kriegsmaterial ausgerüstete vietnamesische Marionetten sollten für sie den Krieg weiterführen.

Aufrüstung Thieus – der erste Schritt

Der erste Schritt war, sie mit den Mitteln dazu zu versehen. Waffen- und Rüstungsmaterial wurde in ungeheuren Mengen nach Südvietnam gebracht. Die abziehenden US-Truppen hinterließen einen Großteil ihrer Waffen und ihrer Stützpunkte, obwohl das den Vereinbarungen im Pariser Abkommen widerspricht. Inzwischen wurden Thieu 84 eigens für den Einsatz in Vietnam entwickelte Jagdbomber vom Typ F 5 E geliefert. Außerdem 1 100 Panzer, über 1 Million Tonnen Bomben usw.. Der gesamte Kriegsapparat wird von über 25 000 als 'Zivilisten' auftretende US-Militärs angeleitet. Regiert wird die 'Republik Südvietnam' Thieus über die US-Botschaft in Saigon, 4 US-Generalkonsulate in den 4 Militärregionen und über 40 Konsulate in den Provinzen.

Thieu: Waffenstillstand für Landraub nutzen

Mit dieser Macht im Rücken glaubte
Mit dieser Macht im Rücken glaubte
Thieu, den Waffenstillstand, zu dessen strikter Einhaltung die Provisorische Revolutionäre Regierung die Bevölkerung und die Befreiungsarmee immer wieder aufgerufen hatte, dazu benutzen zu können, um Schritt für Schritt die befreiten Gebiete zu zerschlagen. Thieu legte seinen Standpunkt dar: "Der Waffenstillstand ist ein Trick der Kommunisten. Wir müssen jedes Hindernis auf dem Weg zum totalen militärischen Sieg beseitigen."

Konstruktive Vorschläge durch die PRR

Zunächst reagierte die Provisorische Revolutionäre Regierung mit dem Rückzug der Befreiungsstreitkräfte aus den nur schwer haltbaren Gebieten. Bei den Verhandlungen in der gemeinsamen Kommission mit Thieu legte sie gleichzeitig in dieser Phase immer wieder positive Vorschläge vor, wie die wichtigsten Forderungen des Volkes konkret (vor allem Waffenstillstand, Freilassung der politischen Gefangenen, Herstellung der demokratischen Freiheiten) verwirklicht werden können. Wesentliches Ziel war die Schaffung der Voraussetzungen für die Bildung des nationalen Versöhnungsrates.
Damit entsprach die PRR dem Wunsch des Volkes. Gleichzeitig trug sie damit dem Umstand Rechnung, daß die breite Bewegung in den Städten für Frieden, Demokratie und nationale Versöhnung noch mit der Illusion behaftet war, daß diese Ziele mit dem Thieu-Regime erreicht werden können.
Thieu sah in dieser Haltung der PRR eine Schwäche und verstärkte seine Landraub- und Säuberungsaktionen. An vielen Orten errichtete er Stützpunkte oder übernahm US-Militärbasen mitten in den befreiten Gebieten als Ausgangspunkte für diese Angriffe. Begründet hat er sie als 'Präventivschläge' gegen die 'geplante kommunistische Offensive'.
Die Sabotage des Abkommens und die Fortsetzung des Krieges beschleunigte den wirtschaftlichen Verfall.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch

Da Thieu die Flüchtlinge nicht in ihre Heimatdörfer zurückkehren ließ und von den Reisanbaugebieten weitgehend abgeschnitten war, lebte die Saigoner Bevölkerung in wachsendem Elend. Die Produktion brach zusammen, über 40 % aller Handels- und Produktions-Unternehmen gingen bankrott. Steuern, Preise und Lebenskosten stiegen ins Unvorstellbare. Trotz der Einfuhr von 400 000 Tonnen US-Reis hungern 60 bis 70 % der Bevölkerung. Schätzungsweise müssen 500 000 Kinder in den Städten ihren Lebensunterhalt auf der Straße durch Bettelei und Diebstahl suchen. Folge davon ist, daß Blutarmut, Typhus, Malaria, Scharlach und andere Seuchen weit verbreitet sind. Allein in Saigon wurden 1974 im ersten Halbjahr 400 Kinder wegen Typhus behandelt.
Die erhofften ausländischen Investitionen blieben weitgehend aus, weil für das internationale Kapital die Lage zu unsicher ist.
Auch die Hoffnung auf das große Geschäft mit Erdöl auf dem Küstensockel ging kaum in Erfüllung. Die Ölmonopole der USA haben erklärt, daß es "... monatelanger weiterer Versuchsbohrungen bedarf, bevor überhaupt festgestellt werden kann, ob die Ölreserven groß genug sind um Investitionen zu rechtfertigen." "Wir haben noch nicht einmal das Stadium erreicht, wo wir sagen können, ob wir was gefunden haben oder nicht." (New York Times vom 29.8.1974, nach Claridad 614)

Die Provisorische Revolutionäre Regierung ruft auf, Thieu zur Einhaltung zu zwingen.

Mit dem Tagesbefehl vom 15.10.73 eröffnete die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam die zweite Phase des Kampfes um die Verwirklichung des Abkommens. Die Bevölkerung und die Befreiungsstreitkräfte wurden aufgerufen, die befreiten Gebiete zu verteidigen und die Angriffe der US-Söldner an jedem Ort entsprechend zurückzuschlagen.
Bei den Verhandlungen über die Lösung der inneren Angelegenheiten Südvietnams mit Thieu unterbreitete die PRR weitere konkrete Vorschläge, zuletzt den 6-Punkte-Plan vom 22.3.1974 zur Verwirklichung des Abkommens:

1. Sofortiger Waffenstillstand
2. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen
3. Sofortige Herstellung der demokratischen Freiheiten
4. Bildung des Nationalen Versöhnungsrates drei Monate nach dem Waffenstillstand
5. Durchführung von Wahlen ein Jahr nach dessen Bildung
6. Regelung der Frage der Streitkräfte im Sinne der nationalen Eintracht und Versöhnung ohne fremde Einmischung.

Thieus Landbesetzungsaktionen in der ersten Phase verstreuten seine Söldnertruppen über das ganze Land. Dadurch konnten die lokalen Guerillaeinheiten mit Unterstützung der Bevölkerung ihn in langwierige und verlustreiche Kämpfe verwickeln. Gleichzeitig reagierte Thieu auf die stärker werdende Bewegung in den Städten mit schärfstem Terror gegen die Zivilbevölkerung.
Auf die Eroberung bzw. Schleifung mehrer seiner Stützpunkte in den befreiten Gebieten und die zum Teil schweren Verluste seiner Söldnertruppen begann er erneut das Gespenst der 'kommunistischen Offensive' an die Wand zu malen, diesmal, um noch mehr US-Dollars und Waffen zu erhalten, seine Verluste auszugleichen. Doch bereits am 4. Januar 1974 hatte Thieu auf einer Truppenparade bei Saigon befohlen, "die (PRR) in ihrem eigenen Territorium anzugreifen" (New York Times, 5.1.1975).
Die USA erhöhten ihre Militärlieferungen an Thieu. Diese betrugen für 1973 und 1974 insgesamt über 6 Mrd. Dollar (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2.1.1975).

Abbruch der Verhandlungen mit Thieu

Aufgrund dieser verschärften Aggression brach die PRR endgültig die Verhandlungen mit Thieu im Juli 1974 ab.
Inzwischen war auch in den von Saigon kontrollierten Gebieten eine Situation herangereift, in der breiten Teilen der Bevölkerung klargeworden war, daß Thieu und die USA allein verantwortlich für die Fortsetzung des Krieges und das damit verursachte Elend und die politische Unterdrückung sind. Die sogenannte dritte Kraft, Intellektuelle, Juristen, Abgeordnete, Journalisten usw., ehemals sowohl Gegner der PRR als auch des Thieu-Regimes erkannten, daß dieses Regime nur die Sprache der Gewalt versteht. Und immer breitere Teile der Bevölkerung nahmen nun offen den Kampf gegen Thieu auf. Damit trat der Kampf für den Sturz der US-Marionetten in die dritte Phase.

PRR: Weg mit Thieu – die USA zur Beendigung ihrer Einmischung zwingen.

Am 8.10.1974 stellte dann die PRR die Forderungen nach Beendigung jeglicher US-Einmischung in Südvietnam, den Sturz von Thieu und der Bildung einer Verwaltung in Saigon, die gewillt ist, das Abkommen zu verwirklichen, auf. Diese Forderungen griff die inzwischen zum Sturm auf Thieu gewordene Volksbewegung auf und machte sie zur Grundlage ihrer Einheit. Die Versuche der USA, in dieser Bewegung Einfluß zu gewinnen, schlugen fehl. In dieser aussichtslosen Lage haben nun die USA und Thieu den Plan COMET ausgearbeitet, der die Liquidierung der gesamten Volksbewegung – und nicht nur ihrer Führer – vorsieht. Dieses letzte Mittel, um ihre Herrschaft in Südvietnam doch noch aufrechtzuerhalten, haben die USA schon einmal 1965 in Indonesien und dann 1973 in Chile zu praktizieren versucht, mit unterschiedlichem Erfolg.

1974 – große Niederlagen der USA bei der Vietnamisierung ihrer Aggression

Für die Marionette des USA Thieu und seine US-Berater war 1974 das entscheidende Jahr in der "Vietnamisierung des Krieges". Gewaltsam sollte endgültig das Leopardenfell – die Vermischung von Gebieten, die durch Saigon bzw. durch die PRR kontrolliert werden – in durchgehend von Thieu beherrschtes Gebiet verwandelt werden. 70 % aller Dörfer sollten "100-prozentig pazifiert" werden. 600 000 Landbewohner wurden in etwa 250 mit wohlklingenden Namen wie "Wiedereingliederungszentren" umschriebenen Konzentrationslagern eingesperrt. Der ganze
zentren" umschriebenen Konzentrationslagern eingesperrt. Der ganze
Militärapparat wurde dazu in Bewegung gesetzt.

Seit Okotber 1974 sind nun die Befreiungsstreitkräfte dagegen in die Offensive gegangen. Das Ergebnis ist offensichtlich. Thieus Söldnertruppe ist in verzweifelte Rückzugsgefechte verwickelt bis selbst vor die Tore Saigons. In kurzer Zeit wurde die ganze Provinz Phuoc Long befreit. Weite Teile des an Reis reichen Mekong-Deltas sind fest in der Hand der Provisorischen Revolutionären Regierung. Nach den Angaben der PRR in Paris betrugen die Verluste Thieus, ohne die schweren Verluste im Dezember, 250 000 Soldaten in den ersten 11 Monaten, 500 Flugzeuge, 4 100 Militärfahrzeuge, Panzer inbegriffen. 200 Militärdepots wurden gesprengt, dabei 250 000 Tonnen Bomben und 31 Millionen Liter Treibstoff.

Thieus Niederlagen sind nicht Ergebnis der Reduzierung der offiziellen amerikanischen Kriegsgelder, sondern Ergebnis der Politik der Sabotage des Abkomens und der Fortsetzung des Krieges, die von den USA selbst inszeniert wurden. Wenn die Befreiungsstreitkräfte nun zur Gegenoffensive übergegangen sind, so beschleunigen sie nur, was im Interesse des ganzen vietnamesischen Volkes und der Verwirklichung des Pariser Abkommens ist, den Sturz der US-Mationetten.

Indochina-Information Nr.6
erschienen, erhältlich über:
Buchvertrieb Mannheim,
68 Mannheim, Sandhoferstr.29

2 Jahre nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens hat sich die Front gegen die US-Imperialisten und ihre Marionette Thieu auf eine neue und noch breitere Grundlage formiert.

Die Bedingungen für die US-Imperialisten, in Saigon ein Marionettenregime zu halten, werden täglich schlechter. Die Aktionen der Volksbewegung gegen Thieu nehmen ständig an Breite und Militanz zu. Gleichzeitig haben sie in der Volksbefreiungsarmee eine mächtige Unterstützung.

Das einzige Hindernis auf dem Weg ist die massive Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams.
vietnams.

Hier kommt es gerade auf die internationale Solidarität an, die dazu beitragen muß, daß das die letzte Etappe im Kampf um die Beendigung der US-Aggression und für die Befreiung Südvietnams vom Imperialismus ist.
–N.F., H.L.–

Offensive in Kambodscha

US-Luftwaffe versorgt Phnom Penh – Neue Kriegskredite

Ab dem 1. Januar haben die kambodschanischen Volksbefreiungsstreitkräfte eine Offensive an allen Fronten rings um die Hauptstadt Phnom Penh gegen die US-Marionetten eingeleitet. Dabei wurden überall wichtige und von US-Technikern mit großem Aufwand ausgebaute Stützpunkte der Söldnertruppen erobert und eine Reihe von Vororten Phnom Penhs befreit. Vor allem die Hauptversorgungswege nach Phnom Penh, der Mekong-Fluß und der Flughafen Pochentong liegen jetzt direkt im Feuerbereich der Befreiungsstreitkräfte.

Diese Offensive hat die in Phnom Penh verschanzte Marionettenclique um Lon Nol und den US-Botschafter Dean, deren Lage immer katastrophaler wird, erneut schwer getroffen. Hastig trieben sie die Bewohner der näher gelegenen Vororte nach Phnom Penh, um sie weiterhin als menschlichen Schutzwall einsetzen zu können. Jedoch der "Flüchtlingsstrom ... beunruhigt die Autoritäten, die bei dieser Gelegenheit feindliche Infiltration befürchten. Aber keine Kontrolle ist möglich." (Le Monde, 8.1.1975)

Gleichzeitig setzt die Bevölkerung Phnom Penhs ihren Kampf für die endgültige Vertreibung der US-Marionetten fort. Die Arbeiter des Werkes Chip Tomg z. B. halten ihr Werk besetzt. Sie verkaufen ihre Produkte selbst und haben sich bewaffnet, um alle Angriffe der Lon Nol-Söldner zurückzuschlagen. (nach AKI, vom 7.1.75, Informationsbulletin der GRUNK)

Nachdem die Versorgung Phnom Penhs über den Mekong abgeschnitten ist, hat US-Präsident Ford offiziell eine Luftbrücke der US-Armee zur Versorgung Phnom Penhs angeordnet.

US-Präsident Ford hat beim Kongreß zusätzliche Kredite beantragt, da die für 1974/75 bewilligten Gelder in Höhe von 200 Mio. Dollar bereits ausgegeben seien, und die jetzigen Zahlungen bereits aus einem 75 Mio. Dollar starken Notfonds stammten. Diese finanzielle Unterstützung der US-Regierung macht erneut deutlich, wer tatsächlich hinter dem angeblichen 'Bürgerkrieg' in Kambdoscha steht. Die US-Regierung kann dadurch jedoch nicht einmal die Inflation in Phnom Penh im Griff halten. Der Wechselkurs des Riel gegenüber dem Dollar stieg von 1 200 Riel vor 3 Monaten auf 3 000 Riel heute.

Diese Offensive hat die in Phnom Penh verschanzte Marionettenclique um Lon Nol und den US–Botschafter Die US-Imperialisten werden jetzt von der kambodschanischen und der vietnamesischen Befreiungsfront gemeinsam sichtbar in die Enge getrieben. Am 27.12.1974 fand in Kambodscha ein wichtiges Treffen einer Delegation der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL und der Provisorischen Revolutionären Regierung PRR mit den Repräsentanten der kambodschanischen Befreiungsfront FUNK und ihrer Regierung GRUNK statt. In der Schlußerklärung zu diesem Treffen bekräftigten "die beiden Parteien ... erneut feierlich ihre Entschlossenheit, sich noch stärker in ihrem langwierigen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu solidarisieren."
–M.L.–

Viva Zapata, jedenfalls nicht revolutionär...

Über die Besprechung von "Viva Zapata" auf der letzten Seite der KVZ 1/75 war ich verblüfft. Es ist schon längere Zeit her, daß ich den Film gesehen habe. Ich kann mich aber gut an den Film erinnern: revolutionär ist er jedenfalls nicht. Was wird erzählt?
Ein Bauer wird zum Führer von Bauern, die gegen die Großgrundbesitzer um ihr Land kämpfen. Er kommt an die Macht und wird korrumpiert. Als er erkennt, wie weit es mit ihm gekommen ist, kehrt er heim zu den Bauern und führt den Kampf weiter. Im Kampf stirbt er. Für die Bauern wird er unsterblich, aber ihre Sache ist nicht weitergekommen. Sie werden weiterhin aufbegehren, aber aus dem Kreislauf werden sie nicht herauskommen: Entweder ihre Anführer werden nach dem Sieg selbst zu Unterdrückern oder sie kehren zum Volk zurück und gehen tragisch zugrunde. Der Film ist also konservativ, er sagt: Die Verhältnisse sind so. Er stellt sich auf die Seite des Volkes in diesen Verhältnissen, sagt aber gleichzeitig, das Volk wird die Verhältnisse nicht ändern können. Es wird Helden haben, aber keine entscheidenden Erfolge. Die Helden werden genauso unsterblich werden, wie die Unterdrückung ewig bleibt. Das ist die Aussage des Films. Für einen Hollywood-Regisseur und seine Schauspieler ist es schon viel, wenn sie sich auf die Seite der Unterdrückten stellen. Für die Unterdrückten ist es wenig, wenn ihnen gesagt wird, eure Unterdrückung wird ewig währen, eure Helden aber sind in eurer Erinnerung genauso langlebig.
In dem Film geht es um die Landfrage. Die Bauern wollen ihren Grund und Boden erhalten und wollen ihn selber bewirtschaften. Sie sind gegen die Großgrundbesitzer, aber nicht für den Sozialismus. Aus der eigenen Sicht können sie dieses Ziel auch nicht entwickeln. Sie verteidigen ihre Produktionsmittel gegen die Enteignung durch die Großgrundbesitzer, treten aber nicht ein für die Enteignung der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten, um die Produktion zu vergesellschaften. Dieses Ziel kann nur durch die Arbeiterklasse entwickelt werden, denn sie produziert bereits gesellschaftlich, wenn auch, im Kapitalismus, für die Privateigentümer an den Produktionsmitteln. Solange die Arbeiterklasse nicht die Führung der Bauern übernimmt, gibt es für die Bauern tatsächlich nur die Perspektive kämpfen, scheitern, wieder kämpfen, erneut scheitern und so weiter, bis die Bauernschaft vernichtet ist und es nur noch Kapitalisten gibt, die die Landwirtschaft plantagenmäßig betreiben, und Lohnarbeiter, die auf diesen Plantagen arbeiten. Der Film verherrlicht den Kampf und das Scheitern. Aber er sagt nicht, daß das entweder mit dem Untergang der Bauernschaft enden wird **oder** mit dem Sieg der Arbeiterklasse, die die kämpfenden Bauern auf ihre Seite zieht und damit den Kreislauf von Rebellion und Niederlage durchbricht.
Der Film ist 1951 entstanden. Damals hatte das chinesische Volk bereits die Probe aufs Exempel gemacht. An dieses Beispiel hielten sich die Hollywood-Filmmacher nicht. Sie hielten sich an die mexikanischen Rebellionen, denn diese sind immer wieder gescheitert, weil ohne Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei geblieben. Viva Zapata ist kein revolutionärer, sondern ein konservativer Film. Im Zeitalter der proletarischen Weltrevolution verherrlicht er die Tragik der erfolglosen Bauernrevolten. So ist es auch nicht erstaunlich, daß die Hersteller dieses und entsprechender Filme nach und nach verkommen sind, während die proletarische Weltrevolution Schritt für Schritt vorwärts kommt. Und mit ihr die unterdrückten Bauern.
Wenn also die Genossen diesen Film aufführen, dann müssen sie ihn gemeinsam mit den Zuschauern einer gründlichen Kritik unterziehen.

–G.S.–

Kommunismus und Klassenkampf 4/74

Die Zeitschrift **Kommunismus und Klassenkampf** wird vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, KBW, herausgegeben. Redaktion ist der Ständige Ausschuß des ZK des KBW. Sie erscheint viermal im Jahr. Preis pro Heft 4,– DM, im Abonnement 16 – DM (Porto eingeschlossen).

Bisher sind 5 Hefte von Kommunismus und Klassenkampf erschienen, die sämtliche noch erhältlich sind. Die Nr.4/74 ist soeben erschienen.

Inhalt der bisher erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf

Erscheint im Verlag **Kühl KG · Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf**
Verlag der Kommunistischen Volkszeitung
– Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland –
Zu beziehen über **Buchvertrieb Mannheim**
68 Mannheim/Sandhoferstr.29
Postfach 5129

Das Weihnachtsfest, ein Problem, das ich diesmal, glaube ich, angepackt habe

Jedes Jahr war das Weihnachtsfest für mich ein Problem. Dieses Jahr glaube ich, das Problem angepackt zu haben.

Die Situation in meiner Familie hat sich geändert. Meine Geschwister sind auf dem Weg, gute Kommunisten zu werden. Mit meinem Vater haben wir häufig diskutiert. Meine Mutter ist in vielen Punkten von der Richtigkeit der Politik des KBW überzeugt.
Trotzdem besteht gerade sie darauf, daß das Weihnachtsfest als Fest der Familie und mit dem Singen von Liedern gefeiert wird. Ich sprach mit meinen Schwestern, und wir beschlossen, meiner Mutter am Weihnachtsabend eine Rede zu halten. Dies geschah so bei Tisch.
"Liebe Mami! An diesem Abend geht es in besonderer Weise um Dich. Deine drei Kinder sind Kommunisten geworden. Und Kommunisten feiern das Weihnachtsfest nicht.

Du aber wünschst Dir ein Fest und Lieder. Du meinst, daß dadurch Du und Deine Kinder zusammengehalten werden. Und wenn wir sagen: Mami, wir wollen nicht singen, dann hast Du Angst, daß Du etwas verlierst. Wir aber werden Dir erklären, daß Du nichts verlieren wirst, sondern gewinnen. Wir sind durch ganz andere Bande verbunden als durch Familienbande. Wir haben gemeinsame Ziele, und wir kämpfen für sie, Du an Deinem Arbeitsplatz, wir unter den Schülern und Studenten. Wir tun das mit unterschiedlicher Klarheit und unterschiedlichem Einsatz. Und doch verstehen wir einander deshalb besser als andere Familien. Was kannst Du also verlieren?
Weihnachten soll sein ein Fest des Friedens. Es kommt damit einer tiefen Sehnsucht der Menschen entgegen, und diesen Wunsch mißbraucht die Bourgeoisie schändlich, um das Volk einzunebeln.
Feiern wir doch wirklich ein Fest des Friedens! Feiern wir den Kampf der unterdrückten Völker für ihre Befreiung, feiern wir den Kampf des Proletariats für den Sozialismus! Schauen wir uns um in der Welt! Haben wir nicht allen Grund, uns zu freuen?
Wir sehen den Kampf des Volkes von Zimbabwe. Die Smith-Regierung ist bald sturmreif. Die Kolonien von Portugal, Guinea-Bissau und Mosambique, sind unabhängig geworden. Angola wird seine Unabhängigkeit im nächsten Jahr erhalten. In Eritrea kämpft das Volk für die Freiheit, in Oman Dhofar. Es kämpft das Volk der Palästinenser, die Völker Indochinas. Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich verändert zugunsten der Völker der 3.Welt.
Auch in den Industrieländern hält das Proletariat nicht still. So streikten in Japan 3,5 Millionen gegen den Besuch von Ford. In Spanien streikten 6000 für die Freilassung ihrer Kollegen aus den Gefängnissen. Unruhe ist in ganz Europa, den Imperialisten ein Greuel.
Uns an den Siegen der fortschrittlichen Kräfte in der Welt zu freuen, ist ein tiefes und wahrhaftiges Gefühl. Wahrhaftiger als das Traumbild eines Weihnachtsabends. Traumbilder hindern uns, wahrhaftige Gefühle zu haben.
Unsere Freude verbindet uns tief und ehrlich mit den Millionen von Kämpfern in der ganzen Welt und verbindet uns mit dem wirklichen Weg zum Frieden!
Das ist es, Mami, was Du dazugewinnst. Das ist mehr als das enge Bild der Zusammengehörigkeit einer Familie!
Darum heben wir auf Dich das Glas, und heben das Glas auf den Kampf der Völker für Frieden und Sozialismus!"

An diesem Weihnachtsabend berichteten wir über die politischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen und über die Verbrechen, die an ihnen verübt werden. Wir diskutierten über die Ziele der USA und des Zionismus und über die Ziele der PLO. Wir überlegten uns, wie wir unsere Solidarität mit den Gefangenen ausdrücken könnten und folgten dem Vorschlag aus der KVZ, Karten zu schreiben.
Auch in den nächsten Tagen, wenn Besuch da war, wurde darüber diskutiert und auch Freunde dafür gewonnen, Karten zu schreiben.

–V.F., KSB Göttingen–

„Kultur", Ergänzungen eines Bühnenarbeiters

Dem Bericht "Die bürgerliche Kultur ist teuer" von G.P.B. in der KVZ 27/74 möchte ich einiges hinzufügen.
Seinerzeit war in der "Bild" unter der Überschrift "Wie der Intendant mit der Sängerin auf dem Sofa lag" zu lesen, daß jener (ungenannte) Intendant einer Opernsängerin für einen Beischlaf 400 DM mehr Gage im Monat und drei auf den Leib geschneiderte Rollen versprochen hatte. Auch solche Aufgaben muß ein Intendant offensichtlich erledigen. An vielen Theatern ist dies gang und gäbe.
Wir Bühnenarbeiter haben jedoch für derlei nicht viel Zeit, denn in der Tat haben wir immer noch die 45-Stunden-Woche. Die Schlosser, Tischler, Maler und Schneider arbeiten laut Tarifvertrag noch 42 Stunden in der Woche. Doch oft wird diese Zeit nicht eingehalten und die Dienstpläne sehen so aus, daß man zum Schluß über 200 Stunden im Monat arbeitet. Im letzten Monat ist die Maskenbildnerei auf 230 Stunden gekommen. Dort arbeiten Volonteure, die 700 DM brutto im Monat verdienen, auch sie kommen auf die gleiche Stundenzahl. Ich erhalte als Bühnenarbeiter 1 400 brutto. Hierbei ist zu bedenken, daß unsere Arbeit oft bis 23.30 Uhr oder noch später geht. Manchmal hat man 13 Stunden am Tag. So gibt es Nachtarbeit. Dies, und auch die Arbeit an Sonnabenden, sowie Sonn- und Feiertagen, wird ab dreimonatiger Dienstzeit mit der Theater-Betriebszulage (TBZ) abgegolten. Sie beträgt 150 DM im Monat. Im November hatten wir an Sonnabenden und Sonntagen 28 Stunden, im Dezember werden es mit einem Feiertag 38 1/2 Stunden sein. In der Fabrik erhält man für Samstagsarbeit 50 %, an Sonntagen 100 %. Man kann schnell ausrechnen, was die TBZ für ein Betrug ist. Wenn man dies anspricht oder zum Beispiel die Arbeitszeit, so bekommt man oft gesagt, am Theater herrsche eben eine Ausnahmesituation. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch der ÖTV-Sekretär am Ort, Aleith: "Wenn Du so eine Arbeit machst, dann mußt Du eben damit rechnen, daß nachts und am Wochenende gearbeitet werden muß."
Doch die Arbeit eines Bühnenarbeiters ist keine besondere. Denn auch hier müssen die Knochen hingehalten werden. So schleppen wir Kulissen, die bis zu 4 Zentnern wiegen. Zu zweit, denn ein Umbau oder Aufbau soll immer schnell geschehen. Wenn von diesen Geräten eins fällt, und die Gefahr besteht oft, dann mußt du zusehen, daß du Land gewinnst, denn sonst bist du breit.

Bei uns am Theater haben die Bühnenarbeiter und die Beleuchter beschlossen, die Dinge nicht mehr so, wie sie sind, hinzunehmen. Wir haben uns jedoch nicht mit dem Intendanten aufs Sofa gelegt, sondern haben eine Unterschriftenliste gemacht und fordern die 40 Stunden-Woche. Da bis auf einen alle in der ÖTV organisiert sind, sind die Voraussetzungen gut. Weiter kommt es darauf an, daß wir es ausnützen, daß wir einen Haustarif haben, denn wenn er gekündigt wird, muß neu über Lohn wie über Arbeitszeit verhandelt werden. Haustarif, das heißt, daß uns der Feind gegenübersitzt. Dies ist gut.
Es grüßt T., Bühnenarbeiter, Hildesheim.